

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Lothar Probst

Ost-West-Differenzen und das republikanische  
Defizit der deutschen Einheit

Detlef Pollack/Gert Pickel

Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus  
oder Produkt der Wiedervereinigung?

Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie

Carsten Zelle

Soziale und liberale Wertorientierungen:  
Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede  
zwischen Ost- und Westdeutschen

Christine Eifler

Die deutsche Einheit und die Differenz  
weiblicher Lebensentwürfe

Gesine Spieß

Vater Staat und seine ungleichen Töchter

B 41–42/98

2. Oktober 1998



Lothar Probst, Dr. phil., geb. 1952; Geschäftsführer und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für kulturwissenschaftliche Deutschlandstudien (FB 10) an der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln 1993; (Hrsg. zus. mit Antonia Grunenberg) Einschnitte – Hannah Arendts politisches Denken heute, Bremen 1995; zahlreiche Zeitschriftenbeiträge zu Fragen der politischen Kultur in Deutschland sowie zur Parteien- und Bewegungsforschung.

Detlef Pollack, Dr. theol., geb. 1955; seit 1995 Professor für vergleichende Kulturosoziologie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder; 1996/97 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Religiöse Chiffrierung und soziologische Aufklärung: Die Religionssoziologie Niklas Luhmanns im Rahmen ihrer systemtheoretischen Voraussetzungen, Frankfurt am Main 1988; (zus. mit Irena Borowik und Wolfgang Jagodzinski) Religiöser Wandel in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas, Würzburg 1998.

Gert Pickel, Dipl.-Soz., Dipl.-Pol., geb. 1963; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für vergleichende Kulturosoziologie der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder.

Veröffentlichungen u. a.: Dimensionen religiöser Überzeugungen bei jungen Erwachsenen in den neuen und alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1995) 47; (Hrsg. zus. mit Susanne Pickel/Jörg Jacobs) Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich, Bamberg 1997.

Carsten Zelle, Dr. phil., geb. 1964; 1990 bis 1995 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt-Augustin; 1995 bis 1998 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl „Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ der Universität Potsdam; Carsten Zelle verstarb am 1. April 1998.

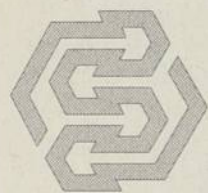
Veröffentlichungen u. a.: Der Wechselwähler. Eine Gegenüberstellung politischer und sozialer Erklärungsansätze des Wählerwandels in Deutschland und USA, Opladen 1995; Parteien und Politiker in den USA: Personalisierung trotz party revival, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 27 (1996) 2; (Hrsg. zus. mit Christopher Anderson) Stability and Change in German Elections. How Electrates Merge, Converge or Collide, Westport (i. E.).

Christine Eifler, Dr. sc. phil., geb. 1949; seit 1998 Arbeit an einem von der DFG geförderten Forschungsprojekt über Militär als Ort der sozialen Konstruktion von Geschlecht – dargestellt an der Einbeziehung von Frauen in Streitkräfte; zur Zeit Gastprofessorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Kulturwissenschaften.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Frauenfrage, Frauenpolitik und „Forschung über Frauen“ in der DDR; zuletzt u. a.: Nachkrieg und weibliche Verletzbarkeit. Zur Rolle von Kriegen für die soziale Konstruktion von Geschlecht, in: Christine Eifler/Ruth Seifert (Hrsg.), Soziale Konstruktionen – Militär und Geschlechterverhältnis, Münster 1998.

Gesine Spieß, Dr. päd., geb. 1945; Lehrerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin (DFG); Leiterin der Frauenbüros in Solingen und Düsseldorf; seit 1994 Professorin an der FH Erfurt.

Veröffentlichungen u. a. zu den Themen Kindheit, Sozialisation und Geschlechterverhältnis; zuletzt: (zus. mit Cilly Rentmeister) Politische Frauenbildungsarbeit am Beispiel Thüringen. Theorie – Praxis – Perspektiven, Erfurt 1997; Frauen in Führungspositionen. Eine Neupositionierung der Geschlechter zwischen Anpassung und Widerstand, Köln 1998.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.



## Ost-West-Differenzen und das republikanische Defizit der deutschen Einheit

### I. „Innere Einheit“ und moderne Gesellschaftstheorie

Die in den letzten Jahren gewachsenen und in zahlreichen Umfragen bestätigten Kommunikationsstörungen zwischen Ost- und Westdeutschen haben in der öffentlichen Diskussion die Befürchtung ausgelöst, daß die vielbeschworene „innere Einheit“ der Deutschen zu einer Fiktion zu werden droht. Während Politiker und ein Teil der Medien die „Entfremdung“ zwischen Ost- und Westdeutschen beklagen, mehrten sich in den Politik- und Sozialwissenschaften die Stimmen derer, die das Diktum von der „inneren Einheit“ als Zielgröße des Einigungsprozesses kritisch hinterfragen. Es wird der Verdacht geäußert, daß sich hinter dem Imperativ der „inneren Einheit“ „die alte deutsche Sehnsucht nach Harmonie“<sup>1</sup> verstecken könnte, eine Sehnsucht, die zum „Einfallstor für einen neuen Gemeinschaftsmythos“ taugte. Der Begriff der „inneren Einheit“, so wird argumentiert, versperre den Blick auf die Frage, „welchen Bedarf an mentaler Integration und politisch-kultureller Homogenität, an Uniformität in bezug auf kollektive Identität eine vielfältig ausdifferenzierte Gesellschaft in einer pluralistischen Demokratie eines föderalistisch strukturierten, seine Souveränitätsrechte an inter- und supranationale Organisationen abtretenden Staates eigentlich hat“<sup>2</sup>. Differenzen und Differenzierungen zwischen Ost- und Westdeutschen seien im Grunde beruhigende Anzeichen einer wünschenswerten verfassungsrechtlichen Normalität im vereinten Deutschland. Zur Unterstützung dieser Argumentation wird u.a. ausgeführt, daß landsmannschaftliche Stereotype und Vorurteile innerhalb der alten Bundesrepublik schließlich auch kein grundlegendes Problem gewesen seien, sondern im Gegenteil

das „föderale Kolorit“ bereicherten. Das Fazit der hier angedeuteten Positionen liegt auf der Hand: Wenn die institutionelle Verfestigung des Vereinigungsprozesses, politische und soziale Ausdifferenzierung, die Legitimität des Interessenpluralismus und die Verfahrensregeln des liberalen Rechtsstaates allgemein akzeptiert werden, ist der Topos von der „inneren Einheit“ im Grunde überflüssig bzw. sogar schädlich. Statt dem falschen Verlangen nach „Einheit“ nachzugeben, müsse es darum gehen, die Pluralität der Interessen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung angemessen zur Geltung zu bringen. Diese Argumentation legt den Umkehrschluß nahe, daß die Kommunikationsstörungen und politisch-kulturellen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, wie sie im Prozeß der deutschen Einheit sichtbar geworden sind, geradezu förderlich sind für die Überwindung eines falschen Gemeinschaftspathos und für die Festigung eines Politik- und Gesellschaftsverständnisses, das sich ohne Umschweife an den Vorgaben der alten westdeutschen Gesellschaft mit ihrem liberalen Grundkonsens orientiert und an dieses anschlussfähig ist.

Soweit es darum geht, illusionäre und normativ fragwürdige Erwartungen, die mit dem Topos von der „inneren Einheit“ verbunden sein können, zu hinterfragen und zu kritisieren, kann die hier dargestellte Position im Sinne eines Frühwarnsystems dazu beitragen, vor Irr- und Abwegen im Prozeß der deutschen Einheit zu warnen. Sollte tatsächlich mit dem Begriff der „inneren Einheit“ als Zielgröße des Vereinigungsprozesses die Erwartung assoziiert werden, daß sich „Einstellungen, Werthaltungen, Weltanschauungen, Mentalitäten, Vorurteile und Sympathien, Antipathien und Verhaltensweisen“ mehr oder weniger „homogenisieren“ müßten<sup>3</sup>, um dem Gebot der „inneren Einheit“ zu gehorchen, wäre dies eine bedenkliche und sowohl verfassungsrechtlich wie politisch zu verwerfende und zu bekämpfende Position. Genausowenig kann, wie Hans-Joachim Veen überzeugend darlegt, mit dem Begriff der „inneren Einheit“ die Vorstellung von einer „Einheitlich-

1 Hans-Joachim Veen, Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Vereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 19 f.

2 Wolfgang Bergem, Deutschland-Ost und Deutschland-West: Kulturelle oder politisch-kulturelle Differenz?, unv. Ms., Wuppertal 1997.

3 H.-J. Veen (Anm. 1).



keit der materiellen Lebensverhältnisse und der wirtschaftlichen Entwicklung“ in ganz Deutschland verknüpft werden, da – jenseits der bestehenden verfassungsrechtlichen finanziellen und sozialen Ausgleichsmechanismen – Disparitäten innerhalb der föderalen Struktur der Bundesrepublik in Kauf genommen werden müssen. Es überstiege die Möglichkeiten der Politik, soziale Ungleichheiten und Diskrepanzen sowohl im Nord-Süd- als auch im Ost-West-Verhältnis zu verhindern. Auch die Tatsache, daß sich im Prozeß der deutschen Einheit zwei unterschiedliche politische Kulturen begegnen, kann kein Grund sein, unter „innerer Einheit“ mehr zu verstehen als eine gemeinsame Verpflichtung auf die Werte des Grundgesetzes. Zusammenfassend könnte man sagen, daß von einem liberalen Gesellschafts- und Politikverständnis aus die Einwände gegen eine „übersteigerte“ Aufladung des Begriffs „innere Einheit“ wohlbegründet und berechtigt sind.

Dennoch leidet dieses Verständnis von Gesellschaft und Politik, wie ich im weiteren Verlauf dieses Beitrages zeigen möchte, an einem Defizit republikanischer Staats- und Politikauffassung. Es verbleibt in einer typisch westdeutschen Perspektive, die in bezug auf die Ausstattung und die grundlegenden Merkmale einer liberalen Demokratie glaubt, auf der Höhe der Zeit zu sein, aber nicht in der Lage ist, den in den Kommunikationsstörungen und Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen aufscheinenden Mangel an gemeinsamer Verständigung über Fragen der kollektiven Identität angemessen zu verstehen. Aus einer verkürzten westlich-liberalen Perspektive, die für bundesrepublikanische Intellektuelle mehr und mehr prägend geworden ist, können sowohl die in der Revolution von 1989 artikulierte Auffassung „Wir sind ein Volk“ als auch das jetzt von vielen Ostdeutschen geäußerte „Unbehagen in der Einheit“ immer nur als Relikte eines überschüssigen Gemeinschaftsdenkens sowie als Fortsetzung anti-liberaler Traditionen deutscher politischer Kultur interpretiert werden, der es an Konfliktfähigkeit und einem Verständnis für interessen geleitete Politik fehle. Das Kultivieren einer diffusen „Ost-Identität“ erscheint vor diesem Hintergrund entweder als Kontinuität des sozialistischen Erbes, als Nostalgieverlangen nach den Sicherheiten des versorgenden Wohlfahrtsstaates oder als Abgrenzung gegenüber den Zumutungen der westlichen Gesellschaft<sup>4</sup>.

4 Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Detlef Pollack in diesem Heft.

Dabei zeigt meines Erachtens gerade der Rückzug vieler Ostdeutscher in die „posttotalitäre Melancholie“ einer von interpersonalen Beziehungen geprägten Lebensweise, wie wenig „der“ alte Westen auf das ostdeutsche Begehren nach „Einheit“ aus einer republikanischen Perspektive heraus zu antworten in der Lage war. Die Entwicklung einer ostdeutsch geprägten „Wir-Identität“ in den letzten Jahren korrespondiert unmittelbar mit dem Gefühl, gründlich mißverstanden worden zu sein. Im Zuge der Verengungen einer liberal-rationalistischen Politikauffassung fehlte und fehlt in der alten Bundesrepublik sowohl der Zugang zu den Quellen des ostdeutschen Aufbruchs, der in einer erfolgreichen und friedlichen Revolution mündete, als auch das Einfühlungsvermögen in die Verlusterfahrungen, die die Ostdeutschen im Zuge der Anpassung an die Mechanismen einer modernen Ökonomie und einer beschleunigten Modernisierung durchlaufen. Ich werde im folgenden versuchen, Gründe für die Einheits- und Gemeinschaftsvorbehalte in der alten Bundesrepublik, wie sie im Prozeß der deutschen Einheit zum Tragen gekommen sind, genauer herauszuarbeiten und sie ins Verhältnis zu lebensweltlich verankerten interpersonalen Gemeinschaftserfahrungen in der DDR zu setzen. Daran anschließend unternehme ich den Versuch, die Bedeutung dieser „kommunitären“ Erfahrungen für eine gemeinsame Binnenidentität und ein republikanisch untermauertes Demokratieverständnis zu entwickeln.

---

## II. Gemeinschaftsvorbehalte und Kommunikationsverweigerung im Westen Deutschlands

---

Die Gemeinschaftsvorbehalte in der politischen Kultur der alten Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung haben vor allem historische Gründe. Es gehörte gewissermaßen zur Grundausrüstung des kritisch-intellektuellen Denkens, jegliche Gemeinschaftsrhetorik in den verhängnisvollen Traditionen der deutschen Geschichte zu verorten. Von der Romantik über die erste Reichsgründung bis zum Nationalsozialismus, so der Grundtenor, reiche die Spur eines anti-liberalen, antiwestlichen Gemeinschaftsdenkens, in dem die Deutschen als Nation sich sittlich über andere Völker gestellt hätten. Alleine deshalb verbot es sich von selber, „Nation“ und „Gemeinschaft“ zu erstrebenswerten Zielen politischer Sinnstiftung zu erklären. Die Herausbildung dieses Konsenses unter dem meinungsbildenden Kern



der intellektuellen Eliten war, gemessen an den Anfängen der westdeutschen Republik, keineswegs selbstverständlich. Obwohl die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Erhöhung der eigenen Nation nach der Gründung der Bundesrepublik viel unmittelbarer waren als in den späten achtziger Jahren, war der Wunsch nach der Wiederherstellung der Einheit der Nation und der Glaube an eine kollektive Identität der Deutschen sowohl unter den politischen und intellektuellen Eliten als auch in der Bevölkerung bis in die sechziger Jahre hinein zunächst ungebrochen, auch wenn die operative Politik angesichts der Unterordnung der DDR unter die Machtinteressen der Sowjetunion mit der politisch alternativlosen Westbindung andere Wege gegangen ist. Ein langsamer Paradigmenwechsel setzte erst im Zuge der neuen Ostpolitik Ende der sechziger Jahre ein. Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik fühlten sich politisch und psychologisch nach und nach in der Zweistaatlichkeit heimisch, das Ziel der deutschen Einheit trat hinter die Zuwendung zu den Werten und kulturellen Orientierungen der westlichen Zivilisation zurück. Im Gegenteil: Unter dem Einfluß der 68er-Generation begann sich eine Art „negativer Nationalismus“ herauszubilden, der „Nation“ und „Demokratie“ als natürliche Gegensätze betrachtete<sup>5</sup>. Die ideologische und emotionale Abkehr vom Willen zur nationalen Einheit wurde im Westen theoretisch durch das Postulat des Verfassungspatriotismus ersetzt, ein Begriff, der von Dolf Sternberger stammte und insbesondere von Jürgen Habermas popularisiert wurde. Nicht nationale Identität, sondern postnationale Identität, die auf die universalistischen Prinzipien des Rechts und der Demokratie verpflichtet ist, sei, so Jürgen Habermas, das Gebot der Stunde<sup>6</sup>.

In der Gegenüberstellung von Verfassungspatriotismus und nationaler Identität wird häufig übersehen, daß Sternberger Verfassungspatriotismus in Anknüpfung an die republikanische Staatstheorie als Verbindung eines Gefühls- und eines Rechtsverhältnisses verstanden hat. Verfassungspatriotismus meinte in seinem Verständnis „eine wertrational geklärte und fundierte Zuneigung zum eigenen Land, den Willen zu einer guten, einer freiheitlichen Ordnung für das Volk, dem man angehört“<sup>7</sup>.

5 Vgl. Andreas Huyssen, Wider den negativen Nationalismus, in: Frauke Meyer-Gosau/Wolfgang Emmerich (Hrsg.), Gewalt – Faszination und Furcht. Jahrbuch für Literatur und Politik in Deutschland, 1 (1994), Opladen, S. 29.

6 Vgl. u.a. Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution, Frankfurt am Main 1990.

7 Bernhard Sutor, Nationalbewußtsein und universale politische Ethik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/95, S. 9.

Dieser Zusammenhang ist in einer verkürzten Interpretation des Terminus „Verfassungspatriotismus“ mehr und mehr verlorengegangen. Statt dessen degenerierte er zu einem Kürzel für eine abstrakte postnationale Identität, die nicht mehr an eine bestimmte politisch-kulturelle Geschichte zurückgebunden ist. Der Historiker Christian Meier weist auf dieses Defizit hin, wenn er schreibt: „Zu einer Demokratie gehört, nach allgemeiner Erfahrung, ein gewisses Zusammengehörigkeitsbewußtsein derer, die in ihr verfaßt sind. Es ergibt sich nicht nur aus der gemeinsamen Herkunft, sondern auch aus den gemeinsamen Grundüberzeugungen, aus Erwartungen, auch aus einem Wissen voneinander.“<sup>8</sup> Als in den Wintermonaten des Jahres 1989 Hunderttausende ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger die Einheit der Nation einklagten, zeigte sich, wie wenig ein abstrakter Begriff von Verfassungspatriotismus, der die Verbindung eines Rechts- und eines Gefühlsverhältnisses auseinanderreißt, in der Lage ist, ein solches Zusammengehörigkeitsbewußtsein auszudrücken. Der Wunsch nach Einheit gehörte gewissermaßen untergründig zum „mental Reservoir gegen den stets gängelnden totalitären Staat“<sup>9</sup>, auch wenn er nicht offen artikuliert wurde.

Ein großer Teil der westdeutschen intellektuellen und politischen Eliten hat den besonderen Charakter der Freiheitsrevolution von 1989, der darin bestand, daß das nationale und das demokratische Element unmittelbar miteinander verknüpft waren, nicht verstanden und statt dessen den Verfassungspatriotismus in seiner verkürzten Lesart in Front gebracht gegen die Forderung der überwiegenden Mehrheit der Ostdeutschen nach demokratischer Teilhabe in einem verbindenden Gemeinwesen. In vielen Stellungnahmen klang es geradezu so, als ob die Ostdeutschen mit ihrem Wunsch nach Einheit das schöne Konstrukt von der postnationalen Identität kaputtgemacht hätten.

Dieter Henrich gehört zu den wenigen, die die republikanische Perspektive der Herbstrevolution von 1989 hervorheben, wenn er schreibt: „Die staatliche Einheit der Deutschen in der einen Republik ist nunmehr der Einforderung der Freiheit zu verdanken. So können die Deutschen, die nicht zu den Nationen gehören, die als solche auch eine republikanische Geschichte haben, zum ersten

8 Christian Meier, Wir brauchen Vertrauen, in: Der Spiegel, Nr. 5/1995, S. 150.

9 Roland Hahn, Die Idee der Nation und die Lösung der deutschen Frage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 12.



Mal ihre staatliche Einheit auf ein historisches Ereignis gründen, das mit den Gründungsgeschichten der Schweiz, der Niederlande und der Vereinigten Staaten wenigstens in etwa zu vergleichen ist.<sup>10</sup> Aus einer solchen Perspektive wäre es darauf angekommen, die von den Ostdeutschen aufgrund ihres Freiheitswillens ermöglichte deutsche Einheit zum Anlaß zu nehmen, um sich im Sinne einer kontinuierlichen Verständigungsarbeit der gemeinsamen Grundlagen der Nation zu vergewissern und das republikanische Moment, das in der Freiheitsrevolution von 1989 zum Tragen kam, zum Bestandteil eines gemeinsamen Geschichts- und Zukunftsbewußtseins zu machen. Der geteilte Stolz auf diese historische Leistung, die in erster Linie von den Ostdeutschen erbracht worden war, hätte dazu beitragen können, sich den Verfehlungen der deutschen Geschichte und „vor allem der politisch-moralischen Katastrophe, in der diese Verfehlungen endeten“, in einer Weise zu nähern, in der die „Identitätsbalance unter der Last der Erinnerung nicht zerbrechen müßte“<sup>11</sup>. Dies wäre für die Wiederherstellung der Würde der politischen Nation in Deutschland eine entscheidende Voraussetzung gewesen.

Tatsächlich aber blieb das Echo in der westdeutschen Gesellschaft auf das Angebot der Ostdeutschen nach Einheit in Freiheit sehr schwach. Weder auf der institutionellen noch auf der symbolisch-expressiven Ebene wurde die Leistung der Ostdeutschen politisch angemessen gewürdigt. Statt sich auf ein gemeinsames politisches „Wir“ einzulassen, das sich den Bürden der Vergangenheit und den Herausforderungen der Zukunft stellt, kehrten die meisten Westdeutschen – nach einer kurzen Phase der Sympathie für die mutigen Landsleute im fernen Osten – ziemlich schnell zum *business as usual* zurück, so, als hätte die Revolution von 1989 nur für einen Augenblick die längst geordneten Dinge durcheinandergebracht. Während die politischen Eliten des Westens auf eine schnelle Eingliederung des „Beitrittsgebiets“ durch die schematische Übertragung von „erprobten“ Institutionen hinarbeiteten, setzten die etablierten Interessengruppen der alten Bundesrepublik ihre Verteilungskämpfe nach den bewährten Mustern fort, wobei der Osten lediglich als eine neue Domäne betrachtet wurde. Die aus dem Prozeß des Umbaus von Institutionen notwendigerweise resultierenden Reibungen und sozialen Verwerfungen hätten aber wahrscheinlich aufge-

fangen werden können, wenn die Westbürger den Ostbürgern signalisiert hätten, „daß man auch in den für sie unerwarteten Erfahrungen, die sie machen müssen, mit ihnen in Gemeinschaft steht, die auf westlicher Seite von Sympathie, Sorgfalt und natürlich auch von einer Bereitschaft zu materiellem Verzicht getragen ist“<sup>12</sup>. Statt dessen dominierte in der öffentlichen Rede und in den einschlägigen Modernisierungstheorien der Sozialwissenschaften das Bild von den rückständigen Ostdeutschen, die, aufgrund gesellschaftlicher Modernisierungsdefizite, einfach nicht verstehen, wie die moderne Interessengesellschaft funktioniert.

Die aus dieser Haltung resultierende Kommunikationsverweigerung eines großen Teils der westdeutschen Gesellschaft gegenüber den Ostdeutschen hat maßgeblich dazu beigetragen, daß die enttäuschten Erwartungen sehr schnell in einen Rückzug und in eine ostdeutsche „Trotzidentität“ umgeschlagen sind, die die eingeübte Distanz und mangelnde Identifikation gegenüber dem SED-Staat nun auf das neue Gemeinwesen überträgt<sup>13</sup>. Nicht ein Zuviel an falsch verstandenem Gemeinschaftspathos ist vor diesem Hintergrund das Problem des deutschen Einigungsprozesses, sondern ein Zuwenig an Verständigung und Gemeinsamkeit. Diese wären notwendig, um in einem republikanischen Sinne das Projekt „Deutsche Einheit“ zu begründen. Wer nur in den Kategorien der Gesellschaftstheorie denkt, bekommt das Defizit an republikanischer Gemeinsamkeit, daß in erster Linie der mangelnden Empathie der Westdeutschen für die historische Dimension des ostdeutschen Verlangens nach Einheit geschuldet ist, gar nicht erst in den Blick, sondern muß es zwangsläufig als Relikt eines überholten nationalen Identitätsdenkens abwerten. Richard Schröder hebt zu Recht den Mangel dieses Denkens hervor, wenn er schreibt: „Wo die Perspektive ‚Gesellschaft‘ allein herrschend wird, besteht die Gefahr einer mechanistischen und technizistischen Außenperspektive des Gesellschaftsingenieurs auf das menschliche Zusammenleben, der Tilgung der Dimension der intersubjektiven Verständigung, die sich ja nur in einem ‚Wir‘ vollziehen kann. Auf der Ebene der Gesellschaft kommt nur ein weltloser Individualismus und ein abstrakter Universalismus in den Blick.“<sup>14</sup>

10 Dieter Henrich, Deutsche Identitäten nach der Teilung, in: Politisches Jahrbuch, Stuttgart 1991, S. 31.

11 Ebd., S. 31 f.

12 Ebd., S. 21.

13 Vgl. ebd., S. 26.

14 Richard Schröder, Warum sollten wir eine Nation sein?, in: DIE ZEIT, Nr. 18 vom 25. April 1997, S. 3.



---

### III. Die „kommunitäre“ Erfahrung des Ostens als Chance für die Demokratie

---

Tatsächlich ignorieren die „Ingenieure“ der modernen Gesellschaftstheorie, deren liberal-rationalistisches Gerüst von widerstreitenden Interessen, Institutionen und Rechtsgarantien bestimmt ist, daß die Identität eines republikanischen Staates „nur zu einem Teil von den Prozessen innerhalb der Institutionen hergeleitet werden kann. Ohne Verwurzelung auch dieser Prozesse in subjektiven Einstellungen ist eine Republik ohne eine solche Identität.“<sup>15</sup> Werte wie Toleranz, Verantwortungsbewußtsein, Solidarität und Akzeptanz von Pluralität, die auch für die liberale Gesellschaft konstitutiv sind, setzen sich nicht einfach als universalistische Selbstverständlichkeiten oder als Rechtsgarantien von selbst durch, sondern bedürfen der Vergewisserung, Verstärkung und Tradierung in konkreten sozialen Zusammenhängen. Von dieser Warte aus stellt sich die Frage, wo in der modernen Gesellschaft der Ort ist, an dem diese das demokratische Projekt tragenden Einstellungen generiert und erfahren werden? Es sind in der Regel zivile Vereinigungen, Gemeinschaften und interpersonale Netzwerke, die im vorpolitischen Raum agieren, in denen Werthaltungen entstehen, „von denen der Gedanke der politischen Freiheit seine stärkste und wichtigste Fundierung“ erhält<sup>16</sup>.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die „kommunitären“ Beziehungen, die sich in der DDR als schützender Raum gegenüber den totalitären Ansprüchen des Staates herausgebildet haben, eine ganz neue Bedeutung. Angesichts der Zerstörung des öffentlichen politischen Raums als Ort der Auseinandersetzung und Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen spielten Freundschaften, Familienbeziehungen und interpersonale Netzwerke im Alltagsleben der Ostdeutschen eine zentrale Rolle. Ohne zu ignorieren, daß diese Lebensformen auch durch die Defizite in der Ökonomie und die repressiven politischen Strukturen erzwungen wurden, konnten sie dennoch, gestützt auf die reichlich vorhandene Ressource Zeit, in einem geschützten Raum ein kritisches Potential entfalten, ohne welches die Freiheitsrevolution von 1989 nicht denkbar gewesen wäre. In den Theorien der

ostmitteleuropäischen Dissidenz, die die Entstehung dieser „kommunitären“ Kultur unter dem Stichwort der Antipolitik diskutiert hat, ist immer wieder ihre produktive Bedeutung für die Entstehung von Elementen einer zivilen Gesellschaft hervorgehoben worden. Obwohl die Kleingruppen und Vereinigungen dieser „kommunitären“ Kultur im unmittelbaren Sinne sich nicht als politisch verstanden, haben sie dennoch entscheidend die soziale Kohäsion der Bürgerinnen und Bürger untereinander gestärkt und damit die Voraussetzungen dafür geschaffen, den politischen Spaltungstendenzen des Systems entgegenzuwirken. Es war eine Kultur, die die Menschen aus ihrem Wunsch nach Entfaltung ihrer unterdrückten Spontaneität heraus geschaffen haben und die ihnen einen Raum für die Entwicklung von Vertrautheit, Verlässlichkeit, gegenseitiger Hilfe und Offenheit eröffnet hat. Sie sollte deshalb nicht mit der künstlichen, von oben verordneten „Kollektivkultur“ verwechselt werden, die das realsozialistische System im Rahmen ihrer Zielkultur zu stiften versucht hat und die den meisten Ostdeutschen fremd geblieben ist. Die leeren Hülsen dieser oktroyierten „Kollektivkultur“, die u.a. in den Riten der betrieblichen Arbeitsorganisation verwirklicht werden sollte, wurden allenfalls genutzt, um vom System nicht intendierte persönliche Sozialbeziehungen einzugehen, die eine wichtige Quelle intersubjektiver Verständigung waren.

Angesichts der Bedeutung der von unten geschaffenen „kommunitären“ Alltagskultur für das spontane Leben im politisch repressiven Staat sind die vielfach zu beobachtenden Abwehrhaltungen und kulturellen „Eigensinnigkeiten“ der Ostdeutschen gegenüber der ökonomischen und sozialen Dynamik, die mit der Implementierung von Marktgesetzen und funktionalen Interessenaueinandersetzungen im Osten eingezogen ist, nicht einfach, wie es in der Sprache der westlichen Modernisierungstheoretiker gerne heißt, als „Modernisierungsrückstand“ zu qualifizieren. Sie sind vielmehr eine verständliche und zu verstehende Reaktion auf die Erosion von lebensweltlichen Gemeinschaften und interpersonalen Netzwerken, „in denen ihre persönliche Identität eine soziale Stütze gefunden hatte“<sup>17</sup>. Die Charakterisierung dieser „kommunitären“ Erfahrungen als rückwärtsgewandte „Gemeinschaftssehnsucht“, die ihren Bezugspunkt in den unpolitischen Traditionen der deutschen Geschichte habe, verfehlt deren spezifische politische Qualität gleich auf zweifache Weise: Zum einen wird ihre Bedeutung als Quelle für die in der

15 D. Henrich (Anm. 10), S. 17.

16 Ebd., S. 18.

17 Ebd., S. 26.



Herbstrevolution zum Tragen kommende Fähigkeit „to act in concert“<sup>18</sup>, die eine entscheidende Vorbedingung für den Sturz der SED-Herrschaft war, unterschätzt, zum anderen wird ihr möglicher produktiver Beitrag für die Herausbildung eines republikanisch geprägten Staatsverständnisses, das sich nicht in Interessendenken und der Fixierung auf Institutionen erschöpft, vollkommen ignoriert. Diejenigen, die einem um seine republikanischen Dimensionen verkürzten westlichen Liberalismus das Wort reden, übersehen gerne, daß auch in den ausdifferenzierten „modernen“ Gesellschaften des Westens angesichts ökonomischer und sozialer Krisen sowie einer instrumentellen Politik der privaten Nutzenmaximierung die Frage nach den die Demokratie stützenden republikanischen Fundamenten – jenseits der Rechtsbeziehungen und institutionellen Arrangements – erneut auf der Tagesordnung steht. Die „kommunitäre“ Erfahrung des Ostens läßt sich vor diesem Hintergrund ohne weiteres mit zeitgenössischen demokratiethoretischen Diskursen verbinden, in denen zu Recht darauf hingewiesen wird, daß der in der liberalen Gesellschaft „rechtlich konstituierte Staatsbürgerstatus angewiesen [bleibt] auf das Entgegenkommen eines konsonanten Hintergrunds von rechtlich nicht erzwingbaren Motiven und Gesinnungen eines am Gemeinwohl orientierten Bürgers“<sup>19</sup>. Übersetzt in eine etwas weniger sozialphilosophisch daher kommende Sprache könnte man sagen: Welche Stützung „Freiheit [als] der erste Grundrechtstitel einer republikanischen Verfassung“<sup>20</sup> erfährt, hängt nicht zuletzt von

der Qualität der soziomoralischen Grundlagen in diesem Gemeinwesen ab. Diese Grundlagen aber werden in erster Linie in den zivilen und interpersonellen Gemeinschaften, Vereinigungen, Netzwerken und Kleingruppen der Gesellschaft, die nicht dem Kalkül einer ökonomischen oder politisch-instrumentellen Rationalität unterworfen sind, erworben, erfahren und tradiert. Von einer solchen Warte aus könnten die ostdeutschen Gemeinschaftserfahrungen eine wichtige Quelle der Inspiration für eine gemeinsame republikanische Binnenidentität des staatlich vereinten Deutschland sein. Gegenwärtig allerdings sieht es eher so aus, als wäre der Westen unfähig, eine politische Sprache zu finden, die dem Wunsch der Ostdeutschen nach Anerkennung und Gemeinschaft entgegenkommt. Die Kommunikationsverweigerung des Westens und das mangelnde Einfühlungsvermögen gegenüber den Lebens- und Revolutionserfahrungen der Ostdeutschen haben in den letzten Jahren statt dessen nicht nur die Renaissance eines ostdeutschen Sonderbewußtseins gefördert, sondern auch dazu geführt, daß sich die PDS das „Unbehagen in der Einheit“ nutzbar machen konnte, um die „kalte“ Gesellschaft des Westens gegen die „warme“ Gemeinschaft des Ostens auszuspielen. Weitaus mehr, als es ihr mit ihren ideologischen Positionen jemals möglich gewesen wäre, ist es der PDS dadurch gelungen, zur dritten politischen Kraft in Ostdeutschland zu werden und das eigentliche republikanische Erbe der Revolution von 1989 aus den Köpfen zu verdrängen. Die intellektuellen und politischen Eliten des Westens aber müssen es sich selbst zuschreiben, daß das Projekt „Deutsche Einheit“ hinter seinen Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

18 Hannah Arendt, *On Violence*, New York 1970, S. 52.

19 Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main 1992, S. 641.

20 D. Henrich (Anm. 10), S. 18.



# Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung?

Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie

## I. Vorbemerkungen

So sehr die vielbeschworene Identität der Ostdeutschen in der deutschen Öffentlichkeit präsent ist, so wenig scheint sie doch gegenständlich zu greifen zu sein. In der Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschen ist sie allenthalben mit im Spiel, die Mißverständnisse zwischen ihnen zeugen von ihr. Natürlich bemüht sich inzwischen fast jeder darum, auf sie Rücksicht zu nehmen. Worin sie freilich besteht, ist nicht so recht klar.

Angesichts dieser Allgegenwart und Ungreifbarkeit der ostdeutschen Identität kann man schon einmal zornig werden. Die Kennzeichnung der Ost-Identität von heute als „Arme-Schweine-Kult“, wie sie Volker Zastrow kürzlich in der F.A.Z. vornahm<sup>1</sup>, mag überzogen und beleidigend sein; irgendwo trifft sie aber auch zu. Sie trifft die unredliche Unart vieler Ostdeutscher, sich als Opfer zu stilisieren und gleichzeitig alle Segnungen des geschmähten Kapitalismus in Anspruch zu nehmen und darüber hinaus noch weitere Forderungen zu stellen. Die rücksichtslose Aufforderung an die Ostdeutschen, das Jammern aufzugeben und anzuerkennen, daß es ihnen heute im großen und ganzen weitaus besser geht als vor zehn Jahren, ist, auch wenn sie von den Ostdeutschen natürlich als unverschämte Ignoranz zurückgewiesen werden muß, irgendwie näher an der ostdeutschen Realität als jene verständnisvolle Altväterlichkeit, der man im Umgang mit den ostdeutschen Befindlichkeiten ansonsten allenthalben begegnet. Dieser gönnerhafte Paternalismus deutet das Jammern der Ostdeutschen als eine Reaktion auf die durch die deutsche Einheit ausgelösten Umstellungsprobleme, die die Ostdeutschen überfordern würden. Daß sich die Ostdeutschen mit der deutschen Einheit schwertun, ist nach dieser Lesart das Natürlichste von der Welt.

Geprägt durch einen bevormundenden Versorgungsstaat und eine totalitäre Diktatur, müßten sie es erst lernen, sich in der Freiheit zu bewegen und Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Auch die Westdeutschen hätten schließlich mehrere Jahrzehnte benötigt, ehe sie die Demokratie der Bundesrepublik innerlich angenommen und akzeptiert hätten.

Nein, eine solche auf sich selbst fixierte Art des Verstehenwollens bleibt unpräzise. Die Ostdeutschen sind längst in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit angekommen. Auch wenn sich für sie vieles seit der Wende geändert hat – ihr Verhältnis zur Bürokratie, zum Mitmenschen, zur Arbeit, zum Geld, zur Zeit, ja sogar zum eigenen Körper –, so haben sie die Probleme der Umstellung doch inzwischen weitgehend gemeistert. Kaum einer will zurück zur alten DDR. Man vermißt sie nicht und trauert ihr nicht nach, auch wenn man vieles, was es damals gab, nicht so schlecht findet, wie es heute gemacht wird. Die bundesdeutsche Wirklichkeit ist zur selbstverständlichen Alltagsnormalität geworden, mit der man fertigwerden muß und fertigwerden will<sup>2</sup>. Wenn die Ostdeutschen jammern, dann wollen sie damit ihre antiwestlichen Ressentiments ausdrücken und daraus weitergehende Ansprüche ableiten. Jammern ist eine Form der Selbstinszenierung. Es ist das Mittel der Ohnmächtigen, sich mit den Verhältnissen abzufinden und sie doch noch ein wenig zu den eigenen Gunsten zu verändern. Dieses Instruments haben sich die Ostdeutschen auch schon zu DDR-Zeiten bedient und sind damit gar nicht so schlecht gefahren. Es geht den Ostdeutschen heute besser, als sie wahrhaben wollen. Aber gerade in der Tatsache, daß sie es nicht akzeptieren wollen, scheint irgendwo der Kern der ostdeutschen Identität verborgen zu liegen.

Wie in der Öffentlichkeit, so wird auch in der Wissenschaft der Diskurs über Wesen und Merkmale

<sup>1</sup> Volker Zastrow, *Faule Bilanzen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1998, S. 1.

<sup>2</sup> Das ist das Ergebnis einer empirischen Untersuchung von Laurence McFalls, *Die ostdeutsche Erfahrungsgemeinschaft acht Jahre nach der Vereinigung*, unv. Ms., Montreal 1998.



der ostdeutschen Identität geführt. Und wie dort scheinen auch in der wissenschaftlichen Diskussion zwei unvereinbare Positionen aufeinanderzutreffen. Während die einen behaupten, daß der Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit weitgehend gelungen sei, die Differenzen in den Werthaltungen zwischen Ost- und Westdeutschen politisch unbedeutend und das Gemeinsame zwischen ihnen stärker als das Trennende sei, vertreten andere die Meinung, daß die Differenzen in den Einstellungen und Wertpräferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen gravierend seien, sich seit 1990 teilweise sogar verstärkt hätten und die Ostdeutschen, die ihre in der DDR erworbenen Prägungen nicht so schnell abstreifen könnten, nach wie vor enorme Anpassungsprobleme zu bewältigen hätten. Wie tief sind die Risse in den Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen Ost und West? Worin bestehen sie? Und was sind ihre Ursachen? Das scheinen die Fragen zu sein, denen sich die Diskussion über die Spezifika der ostdeutschen Sondermentalität stellen muß.

---

## II. Positionen der Forschung

---

In der Forschung zur ostdeutschen Mentalität werden auf diese Fragen ganz unterschiedliche Antworten gegeben. Der *Mainstream* der Forschung geht davon aus, daß die mentalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen grundlegend seien, und führt diese Unterschiede vor allem auf die unterschiedlichen politisch-kulturellen Prägungen zurück, denen die Menschen in Ost und West in den letzten 45 Jahren ausgesetzt waren.

Wolfgang Schluchter zum Beispiel vertritt die Auffassung, daß die Gesinnungen, Gewohnheiten und Ideen der Ostdeutschen mit dem schnellen und gründlichen Austausch der Institutionen, wie er sich im Zuge der Wiedervereinigung vollzog, nicht mithalten vermochten und sich die DDR-Bevölkerung daher im Augenblick der Vereinigung plötzlich unter ein ihr fremdes und unbekanntes Ordnungsgefüge gestellt sah<sup>3</sup>. Dieses neue Ordnungsgefüge sei durch Marktwirtschaft und Demokratie charakterisiert, die Mentalitäten der Ostdeutschen aber hätten ihre Prägung durch das untergegangene System der sozialistischen Betreuung und Überwachung erhalten<sup>4</sup>. Daraus erkläre

sich, warum sich die Werthaltungen und Einstellungen der Ostdeutschen von denen der Westdeutschen auch heute noch unterschieden. Während die Westdeutschen eher eine leistungsbezogene Verteilungsgerechtigkeit – „jeder nach seinen Fähigkeiten“ – bevorzugten, neigten die Ostdeutschen eher zu einer versorgungsbezogenen Gerechtigkeitseinstellung – „jedem nach seinen Bedürfnissen“<sup>5</sup>. Die einen seien eher ich-, die anderen eher kollektivorientiert. Auch hinsichtlich der Erwartungen an den Staat, der Zuschreibung der Verantwortung für die eigene soziale Lage und der Akzeptanz der politischen Institutionenordnung macht Schluchter bedeutsame Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen aus. Anders als die Westdeutschen hätten die Ostdeutschen noch nicht genug Zeit gehabt, sich an die politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik zu gewöhnen. Der plötzliche und radikale Institutionenwandel fechte Gewohnheiten so an, „daß sie einem bewußt und teuer werden und sich gerade dadurch gegen den Strom der Zeit verfestigen“<sup>6</sup>. Wenn sich die Ostdeutschen heute ihrer DDR-Vergangenheit wieder zuwendeten, so sei eine solche Reaktion auch ein Abwehrmechanismus, ein Akt der Selbstverteidigung, der Notwehr<sup>7</sup>.

Die These prinzipieller Wertedifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen vertritt auch Dieter Fuchs<sup>8</sup>. Er macht sie vor allem an den unterschiedlichen Demokratieauffassungen in Ost- und Westdeutschland fest. Was die Ostdeutschen präferierten, sei nicht das in der Bundesrepublik implementierte Modell der liberalen Demokratie, sondern das eines demokratischen Sozialismus. Dieses Modell unterscheide sich von der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik vor allem durch zwei Merkmale: durch eine stärkere Betonung von Gleichheitsvorstellungen und eine stärkere Hervorhebung der umfassenden und direkten Bürgerbeteiligung an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten<sup>9</sup>. Dabei interpretiert Fuchs die Orientierung der Ostdeutschen an den Prinzipien direkter Bürgerbeteiligung und egalitärer Güter-

---

5 Ebd., S. 48.

6 Ebd., S. 54.

7 Vgl. ebd., S. 55.

8 Vgl. Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels, Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 3–12. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Carsten Zelle in diesem Heft.

9 Vgl. Dieter Fuchs, Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 81–113, hier S. 90.

3 Vgl. Wolfgang Schluchter, Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt am Main 1996, S. 17.

4 Vgl. ebd., S. 23.



verteilung als eine unmittelbare Folge der Sozialisationserfahrungen, die sie in der DDR als einem paternalistischen Versorgungsstaat gemacht hätten. Aus dieser Orientierung erkläre sich, daß die Ostdeutschen die Demokratie der Bundesrepublik mehrheitlich nicht unterstützten, so daß zwischen der implementierten politischen Institutionenordnung und der politischen Kultur der Ostdeutschen eine Inkongruenz bestehe, die die Stabilität des politischen Systems der Bundesrepublik langfristig bedrohe<sup>10</sup>. Zwar war die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform, wie Fuchs einräumt, unter den Ostdeutschen kurz nach Einführung der Demokratie erstaunlich hoch. Dies aber sei nur eine auf der Überlegenheit des westlichen Systems beruhende oberflächliche Unterstützung gewesen. Eine wirkliche Akzeptanz der Implikationen der Demokratie lasse sich „nur durch schwierige und langwierige Lernprozesse“ erlangen<sup>11</sup>. Deshalb müsse man damit rechnen, daß sich die normativen Standards zur Bewertung der Demokratie der Bundesrepublik, die sich durch die Sozialisationsprozesse in der ehemaligen DDR herausgebildet hätten, nicht so schnell änderten<sup>12</sup>.

Demgegenüber stellt Hans-Joachim Veen die These auf, daß die innere Einheit Deutschlands bereits weitgehend erreicht sei<sup>13</sup>. Wo es Einstellungsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen gebe, so etwa wenn die Ostdeutschen mehr Staat und mehr Gleichheit forderten als die Westdeutschen, sei dies nur ein Ausdruck unterschiedlicher akuter Problemlagen, nicht aber ein Indiz für prinzipielle sozialisatorisch bedingte Differenzen<sup>14</sup>. Die Behauptung einer nachhaltigen frühen Prägung der politischen und sozialen Grundüberzeugungen, wie sie die ältere Sozialisationstheorie aufstelle, ignoriere die Fähigkeit des Menschen, Erfahrungen rational zu verarbeiten. Sie lege den Menschen auf einmal erworbene Einstellungen und Verhaltensweisen fest, sehe an seiner Vernunftbegabung und Flexibilität vorbei und ideologisiere damit die durch das sozialistische System geprägten Wertorientierungen der Ostdeutschen<sup>15</sup>.

Ebenso wie Hans-Joachim Veen geht auch Claudia Ritter davon aus, daß die kognitiven und mentalen

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nicht so groß seien, wie oft behauptet<sup>16</sup>. Die Herausbildung einer ostdeutschen Identität, die Claudia Ritter nicht bestreitet, beruhe nicht auf grundlegenden Wertdifferenzen zu den Westdeutschen. Vielmehr handele es sich um eine Abgrenzungsidentität, die die Gemeinsamkeiten mit den Westdeutschen ebenso leugne wie die Heterogenität innerhalb der eigenen Gruppe<sup>17</sup>. Die Ostdeutschen hätten eine solche Abgrenzungsidentität entwickelt, um sich nicht mit dem, was sie mit den Westdeutschen verbindet, nämlich mit der schuld beladenen deutschen Geschichte auseinandersetzen und damit ihrer eigenen geschichtlichen Verantwortung stellen zu müssen. Der tiefgreifende politisch-kulturelle Abgrenzungsbedarf der Ostdeutschen sei keine zwangsläufige Folge des staatssozialistischen politisch-kulturellen Erbes, sondern aus den Bedingungen der deutsch-deutschen Vereinigung hervorgegangen<sup>18</sup>.

Dieter Walz und Wolfram Brunner wiederum stellen zwar ebenso wie Veen heraus, daß es keine innere Mauer zwischen Ost- und Westdeutschen gebe, anders als Ritter bestreiten sie jedoch, daß intellektuell-mentalen Aspekten überhaupt bei der Herstellung der inneren Einheit eine größere Bedeutung zukommt<sup>19</sup>. Die Herstellung der inneren Einheit sei in erster Linie eine Frage der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse. Wenn die Ostdeutschen sich als Bürger zweiter Klasse fühlten, dann sei dies vor allem ein Ausdruck ihrer ökonomisch prekären Lage, weniger eine Folge von Anerkennungsproblemen und Abgrenzungsbedürfnissen. Darauf würde der Anstieg des Gefühls, Bürger zweiter Klasse zu sein, seit 1995 hindeuten, denn seitdem hätten sich auch die negativen Wirtschaftserwartungen im Osten verstärkt, und außerdem sei es seit dieser Zeit auch zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote und zu einem Einbruch der Konjunktur gekommen<sup>20</sup>.

16 Vgl. Claudia Ritter, Politische Identitäten in den neuen Bundesländern: Distinktionsbedarfe und kulturelle Differenzen nach der Vereinigung, in: Helmut Wiesenthal (Hrsg.), Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt am Main–New York 1997, S. 141–187.

17 Vgl. ebd., S. 175 ff.

18 Vgl. ebd., S. 143.

19 Vgl. Dieter Walz/Wolfram Brunner, Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/97, S. 13–19.

20 Vgl. Wolfram Brunner/Dieter Walz, Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990–1997: Warum sich die Ostdeutschen zwar als Bürger 2. Klasse fühlen, wir aber nicht auf die „innere Mauer“ treffen, in: Heiner Meulemann (Hrsg.), Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland: Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen 1998.

10 Vgl. ders., Die politische Kultur des vereinigten Deutschland, unv. Ms. Berlin 1998, S. 43.

11 Ebd., S. 23.

12 Vgl. ders. (Anm. 9), S. 113.

13 Vgl. Hans-Joachim Veen, Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/97, S. 19–28.

14 Vgl. ebd., S. 23.

15 Vgl. ebd., S. 24.



---

### III. Die Fragestellung

---

Die Fragen, die sich aus dem kurzen Durchgang durch die sozialwissenschaftliche Forschung zur Sondermentalität der Ostdeutschen ergeben, lauten also: Gibt es mentale Unterschiede zwischen den Ost- und Westdeutschen, und wie bedeutsam sind sie; worin bestehen sie, betreffen sie mehr politische, mehr ökonomische oder mehr alltagsweltliche Dimensionen, und schließlich, wodurch sind sie, wenn sie denn existieren, bedingt? Bezüglich der letzten Frage stehen sich zwei Hypothesen gegenüber. Die Sozialisationshypothese führt die Einstellungs- und Wertorientierungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen vor allem auf die unterschiedlichen Sozialisationsinflüsse zurück, denen die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten ausgesetzt waren. Die Situationshypothese macht für diese Unterschiede stärker soziale Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland in der Gegenwart verantwortlich: unterschiedliche soziale Lagen, Einkommens- und Lohndifferenzen, unterschiedliche Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, aber auch Unterschiede im öffentlichen Meinungsbild von Ost- und Westdeutschen, in der Darstellung ihrer Vergangenheit, in der jeweiligen Fremdbeurteilung usw.

Welcher der beiden Hypothesen man zuneigt, ist nicht ohne Belang, denn wenn man die mentalen Besonderheiten von Ost- und Westdeutschen auf sozialisatorische Einflüsse zurückführt, geht man davon aus, daß sie tief verinnerlicht sind und sich in nächster Zukunft nicht wandeln werden. Erklärt man sie dagegen aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen, dann impliziert dies, daß sie sich mit dem Wandel dieser Bedingungen relativ rasch ebenfalls verändern können. Dabei ist anzumerken, daß kaum ein Vertreter der Sozialisationshypothese situative Einflüsse vollkommen ausschließt, wie auch kaum ein Vertreter der Situationshypothese sozialisatorische Effekte grundsätzlich negiert. Der Streit geht um das unterschiedliche Gewicht der jeweiligen Einflußfaktoren, nicht um ein Entweder – Oder.

Um uns mit der Frage, ob es bedeutsame Unterschiede in den Wertorientierungen zwischen Ost- und Westdeutschen gibt und auf welche Ursachen die auszumachenden Unterschiede zurückzuführen sind, auseinanderzusetzen, wollen wir uns im folgenden auf zwei Vorstellungen konzentrieren, die für die westliche Institutionenordnung grundlegend sind. Zum einen wollen wir uns mit der Akzeptanz sozialer Ungleichheit als einem wesent-

lichen Prinzip der Marktwirtschaft beschäftigen, zum andern mit der Akzeptanz der Demokratie. Der Sozialisationshypothese zufolge dürften beide Vorstellungen unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer in Ostdeutschland nicht stark akzeptiert gewesen sein, da es den Ostdeutschen an Erfahrungen mit der Marktwirtschaft und der Demokratie gefehlt habe. Nach ihren Prämissen dürften sich die Vorstellungen zwischen den Ost- und Westdeutschen 1990 am stärksten unterscheiden haben und sich erst im Laufe der Zeit einander annähern. Der Situationshypothese zufolge, die die Einflüsse der DDR-Sozialisation nicht so hoch bewertet, dürfte eine hohe Akzeptanz von sozialer Ungleichheit und Demokratie unmittelbar nach dem Ende des Staatssozialismus nicht ausgeschlossen werden können. Ihre Annahmen legen es nahe, davon auszugehen, daß sich in der Folgezeit die Akzeptanz dieser beiden Werte in starker Abhängigkeit von der sozialen Lage und den Vereinigungsfolgen entwickelte. Bei einer positiven Entwicklung müßte die Akzeptanz eher steigen, bei einer negativen eher sinken.

---

### IV. Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit

---

Bei der Beschäftigung mit Vorstellungen von sozialer Ungleichheit müssen zwei Ebenen unterschieden werden. Die eine bezieht sich auf die Frage der Legitimation sozialer Ungleichheit, die andere auf die Wahrnehmung realer Formen sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft. Im ersten Fall geht es mehr um die Idee, die man von sozialer Ungleichheit hat, im zweiten mehr um die Einschätzung der sozialen Wirklichkeit, wobei man auch seine eigene Stellung in dieser sozialen Wirklichkeit verortet, was ebenfalls einen Einfluß auf deren Einschätzung hat. Die Legitimation sozialer Ungleichheit und ihre Wahrnehmung in der sozialen Realität lassen sich nicht streng voneinander trennen, denn natürlich beeinflußt die Idee, die jemand von sozialer Ungleichheit hat, auch seine Wahrnehmung der realen Unterschiede, wie auch umgekehrt das normative Ungleichheits- und Gerechtigkeitsbild, das jemand hat, nicht unabhängig von seiner Beobachtung der erfahrbaren Ungleichheiten in einer Gesellschaft ist. Dennoch sind beide Ebenen nicht einfach identisch, sondern müssen zum Zwecke der Analyse auseinandergehalten werden.



**Tabelle 1: Entwicklung der Akzeptanz von leistungsabhängiger Ungleichheit in West- und Ostdeutschland (Mittelwerte)**

		1990	1991	1992	1993	1995
Lebensstandard leistungsabhängig (1) versus Mindestlebensstandard sichern (7)	West	3,0	3,1	3,1	3,2	3,3
	Ost	2,4	3,0	3,2	3,3	3,5
Leistung belohnen (1) versus egalitäre Einkommensverteilung (7)	West	2,8	2,8	2,9	3,0	3,0
	Ost	2,4	2,8	3,0*	2,9	3,1

Vor die Alternative gestellt, ob z.B. der Lebensstandard leistungsabhängig sein soll oder ein Mindestlebensstandard gesichert werden soll, konnten die Befragten auf einer Skala von 1–7 angeben, ob sie mehr dem ersten Wert (1–3) oder mehr dem zweiten Wert (4–7) zustimmen.

Datenbasis: Studie „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“, IPOS-Institut in Mannheim.

**1. Normative Bewertungsmaßstäbe von Ungleichheit**

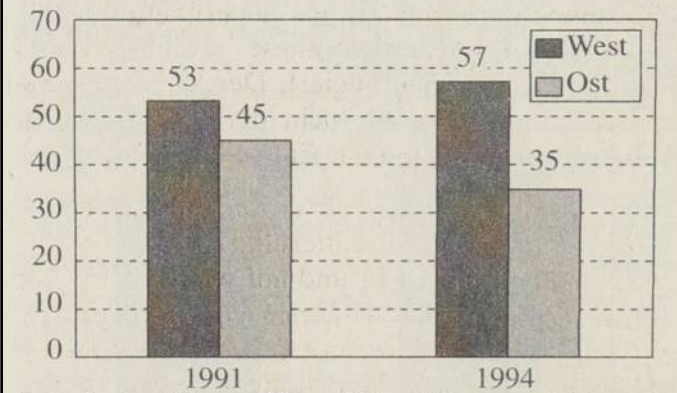
Die Legitimation sozialer Ungleichheit kann anhand unterschiedlicher Kriterien erfolgen. Sie kann auf Leistungsunterschiede oder auf Bedürfnisdifferenzen abstellen. Während das erste Legitimationskriterium als typisch für die Marktwirtschaft angesehen wird, gilt das zweite als typisch für das sozialistische Verteilungsmodell. Den Ostdeutschen werden im allgemeinen egalitäre Grundüberzeugungen als den Westdeutschen unterstellt<sup>21</sup>. Eine Akzeptanz von Ungleichheit als Folge von Leistungsdifferenzen hätte sich bei ihnen nicht ausbilden können. Bedingt durch die Gewöhnung an die Leistungen des sozialistischen Versorgungsstaates würden sie mehr eine Gleichheit der Resultate befürworten.

Wie sehen nun die Ungleichheitsvorstellungen der Ostdeutschen im Vergleich zu denen der Westdeutschen tatsächlich aus? Wie Tabelle 1 zeigt, liegt die Akzeptanz von sozialer Ungleichheit als Ergebnis von Leistungsdifferenzen im Osten Deutschlands 1995 nur knapp unter den Werten in Westdeutschland. In den Jahren zwischen 1991 und 1993 entsprachen sich die Werte in den beiden Landesteilen in etwa. 1990 dagegen war die Akzeptanz leistungsabhängiger Ungleichheit im Osten Deutschlands sogar deutlich höher als im Westen. Wenn die Vertreter der Sozialisationshypothese im Recht wären, müßte die Entwicklung von 1990 bis 1995 genau umgekehrt verlaufen sein: von einer niedrigen Akzeptanz sozialer Ungleichheit zu einer hohen. Die hohe Akzeptanz leistungsabhängiger Ungleichheit im Jahr 1990, also unmittelbar nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes, spricht gegen die Gültigkeit der Sozialisationshypothese.

Ziehen wir andere Daten zur Legitimation sozialer Ungleichheit heran, so bestätigt sich das gewonnene Bild. Auch in den Grafiken 1 und 2 sehen wir, daß die Bereitschaft der Ostdeutschen, soziale Differenzen zwischen den Menschen zu rechtfertigen, im Zeitverlauf abnimmt. 1991 lag die Akzeptanz leistungsabhängiger Ungleichheit in Ostdeutschland noch relativ nahe an den Werten für Westdeutschland. 1994 hat sich der Abstand zwischen den beiden Teilen Deutschlands erheblich vergrößert. Er ist von 8 auf 22 bzw. von 6 auf 18 Prozentpunkte angewachsen. Zwar war die Akzeptanz sozialer Ungleichheit in der ostdeutschen Bevölkerung auch im Jahre 1991 bereits nicht so hoch ausgebildet wie in der westdeutschen. Dabei muß man aber bedenken, daß im Jahr 1991 bereits ein Jahr seit der Wiedervereinigung vergangen war und die Einstellungen der Ostdeutschen zu Ungleichheitsfragen, wie Tabelle 1 ausweist, in der Zeit zwischen 1990 und 1991 ihre stärkste Wandlung durchliefen.

**Grafik 1: Verteilungsnormen und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1994 (in Prozent)**

„Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.“



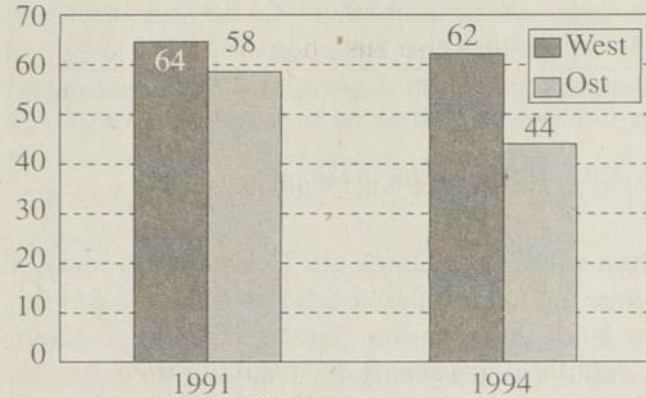
Datenbasis: Allbus 1991, 1994 (Allbus = Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, hrsg. vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln).

21 Vgl. Helmut Wiesenthal, Die Transition Ostdeutschlands: Dimensionen und Paradoxien eines Sonderfalls, in: ders. (Anm. 16), S. 10–38, hier S. 24 ff.; Lothar Fritze, Sehnsucht nach der DDR in den neuen Bundesländern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. März 1995, S. 10.



**Grafik 2: Verteilungsnormen und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1994 (in Prozent)**

„Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung.“

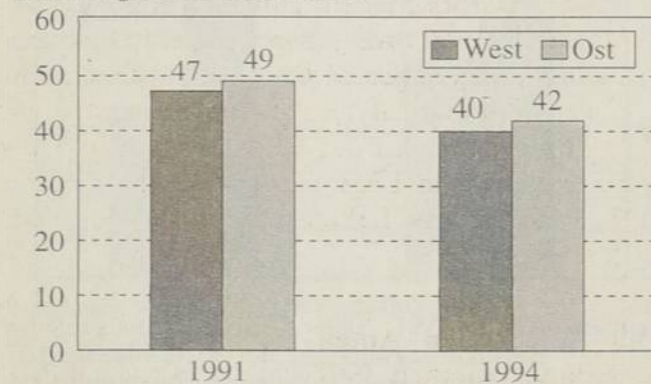


Datenbasis: Allbus 1991, 1994.

Betrachten wir nun umgekehrt die Zustimmung zu den sozialistischen Verteilungsnormen, so sehen wir, daß die Unterschiede zwischen Ost und West sowohl 1991 als auch 1994 minimal sind (vgl. Grafik 3). Als Vertreter eines liberalen Wirtschaftsmodells wird man daran Kritik üben wollen, daß so viele einer Gleichheitsnorm zustimmen, die die Bedürfnisse zum Kriterium einer gerechten Verteilung macht. Diese Norm trifft man freilich in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen an, und die Westdeutschen hatten immerhin über vier Jahrzehnte Zeit zu begreifen, daß es einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht entspricht, so zu denken. Wiederum steht die Sozialisationshypothese auf schwachen Füßen, und nun nicht nur in bezug auf die Bürger aus der ehemaligen DDR, sondern auch in bezug auf die Bürger aus dem anderen Teil Deutschlands.

**Grafik 3: Verteilungsnormen und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991–1994 (in Prozent)**

„Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung jedes einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht.“



Datenbasis: Allbus 1991, 1994.

Gehen wir im Rahmen unserer Betrachtungen über die Bejahung der Normen sozialer Ungleichheit nunmehr auf die Einstellung der Ostdeutschen zu Gleichheit und Freiheit ein. Diese Gegenüberstellung wird von vielen Forschern mit Vorliebe benutzt, um die egalitären Grundüberzeugungen der Ostdeutschen nachzuweisen<sup>22</sup>. Aber auch hier sehen wir (vgl. Tabelle 2), daß Freiheit bei den Ostdeutschen 1990 noch vor Gleichheit rangierte und sich das Verhältnis der beiden Werte erst in der Zeit danach umkehrte. Immerhin fiel die Verortung der Freiheit vor dem Wert Gleichheit bei den Ostdeutschen auch 1990 nicht so deutlich aus wie bei den Westdeutschen. Dies stellt eine gewisse Bestätigung der Sozialisationshypothese dar. Aber daß die Ostdeutschen 1990 noch Freiheit über Gleichheit stellten, spricht eher für die Situationsals für die Sozialisationshypothese.

**Tabelle 2: Freiheit und Gleichheit 1989/90 und 1992 in Deutschland (in Prozent)**

„Was ist letzten Endes wohl wichtiger, Freiheit oder möglichst große Gleichheit?“

	West		Ost	
	1989	1992	1990	1992
Beides ist wichtig, aber die persönliche Freiheit ist wichtiger	63	55	46	33
Beides ist wichtig, aber eine möglichst große Gleichheit ist wichtiger	22	27	43	53
Unentschieden	15	18	11	14

Datenbasis: Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, München 1993, S. 573.

Auch der Wandel der Einstellungen von der Freiheits- zur Gleichheitspräferenz ist besser mit der Situationshypothese vereinbar, denn der Sozialisationshypothese zufolge hätte sich das Gewicht von den sozialistischen Gleichheitsnormen immer mehr zu den bürgerlichen Freiheitsnormen hin verschieben müssen. Wenn sich aber der Einstellungswandel in umgekehrter Richtung vollzieht, dann ist dies am leichtesten dadurch zu erklären, daß der Wert Gleichheit in dem Maße, wie die Erfahrung von sozialer Ungleichheit gemacht wird, an Bedeutung gewinnt, während der Wert Freiheit in dem Maße, wie er als selbstverständlich gesichert gelten kann, an Bedeutung verliert<sup>23</sup>. Die

<sup>22</sup> Vgl. zum Beispiel D. Fuchs (Anm. 9), S. 102.

<sup>23</sup> Dieser Argumentation liegt die Vorstellung einer Bedürfnishierarchie zugrunde, wie sie Maslow entwickelt hat. Vgl. Abraham K. Maslow, Motivation and Personality, New York 1954. Nur die Bedürfnisse, die nicht ohne weiteres er-



Bevorzugung des Wertes Freiheit gegenüber dem Wert Gleichheit durch die Westdeutschen müßte dieser Interpretation zufolge dann vor allem damit zusammenhängen, daß die Erfahrung von sozialer Ungleichheit im Westen Deutschlands nicht jene alltagspraktische Relevanz besitzt wie im Osten.

**2. Wahrnehmung von sozialer Ungleichheit in der gesellschaftlichen Realität**

Damit sind wir bei unserem nächsten Punkt angelangt: bei der Beschäftigung mit der Wahrnehmung der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in der sozialen Realität. Stellt man zunächst die Frage, wie das Ausmaß der Ungleichheit in der Bevölkerung beurteilt wird, so stoßen wir bei 98 Prozent der Ostdeutschen und immerhin auch bei 84 Prozent der Westdeutschen auf die Meinung, die Einkommensunterschiede in Deutschland seien zu groß<sup>24</sup>. Diese Frage wurde im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) auch in 16 weiteren Ländern gestellt. In keinem anderen der in die Befragung einbezogenen Länder, ausgenommen in Bulgarien, war diese Überzeugung so verbreitet wie in Ostdeutschland. Bedenkt man darüber hinaus, daß nur 46 Prozent der Westdeutschen, aber fast 90 Prozent der Ostdeutschen annehmen, daß sie sich bei einer Nivellierung der Einkommensunterschiede persönlich verbessern würden, so wird deutlich, daß die ostdeutschen Befragten dabei in erster Linie an die Einkommensdifferenzen zwischen Ost und West denken<sup>25</sup>. Anscheinend fühlen sich die Ostdeutschen mehrheitlich gegenüber den Westdeutschen unterprivilegiert.

Diese Vermutung bestätigt sich, wenn man die Deutschen in Ost und West danach fragt, ob sie glauben, daß sie im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, ihren gerechten Anteil erhal-

füllt werden können, nehmen in der Bedürfnishierarchie des Menschen einen oberen Rang ein, die anderen werden als nicht so wichtig eingestuft. Das heißt, die Menschen folgen oft gerade solchen Werten, die in einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung nicht selbstverständlich garantiert sind. So sind die DDR-Bürger 1989 nicht um des vom System propagierten Gleichheitswertes willen auf die Straße gegangen und auch nicht, weil dieser Wert verletzt worden wäre (so Laurence McFalls, *Communism's Collaps, Democracy's Demise? The Cultural Context and Consequences of the East German Revolution*, London - New York 1995), sondern weil sie mehr Freiheit verlangten (Karl-Dieter Opp/Peter Voß, *Die volkseigene Revolution*, Stuttgart 1993, S. 109). Maslow geht davon aus, daß höhere Bedürfnisse erst entstehen können, wenn die Grundbedürfnisse befriedigt sind.

24 Vgl. Heinz-Herbert Noll, Wahrnehmung und Rechtfertigung sozialer Ungleichheit 1991-1996, in: H. Meulemann (Anm. 20), S. 61-84, hier S. 68 f.

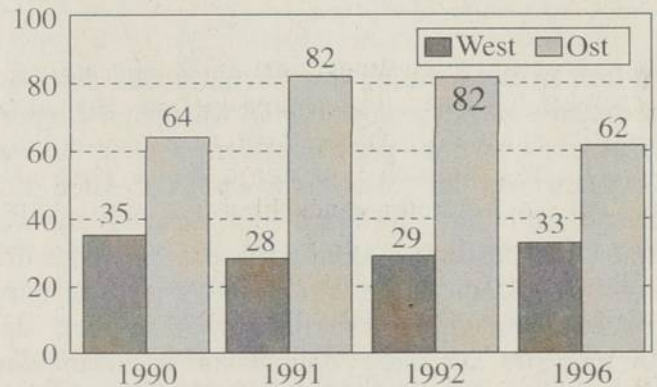
25 Vgl. ebd.

ten. Bei der Beantwortung dieser Frage vertreten fast zwei Drittel der Ostdeutschen die Auffassung, daß sie weniger als den gerechten Anteil erhalten (vgl. Grafik 4). In Westdeutschland ist es nur ein Drittel, das so denkt. 1992 und 1991 waren es sogar über vier Fünftel der Ostdeutschen, die meinten, daß sie nicht den Anteil erhielten, der ihnen gerechterweise zustehen würde, während es 1990 noch 64 Prozent waren, die dies von sich behaupteten.

**Grafik 4: Gerechter Anteil am Lebensstandard**

„Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben, glauben Sie, daß Sie Ihren gerechten Anteil erhalten?“

Weniger als den gerechten Anteil in Prozent



Datenbasis: Allbus 1991, 1992, 1996; Wildenmann-Studie für die Daten von 1990.

Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß es vor allem diese Erfahrung zunehmender Ungleichheit war, die die 1990 noch erstaunlich hohe Bereitschaft der Ostdeutschen, soziale Ungleichheit zu akzeptieren, untergraben hat. Natürlich kann man das subjektive Gefühl der Ostdeutschen, ungerecht behandelt zu werden, auch auf ihre hohe Gleichheitsorientierung zurückführen. Da diese 1990 jedoch nur schwach ausgeprägt war, ist es plausibler, den umgekehrten Kausalzusammenhang anzunehmen. Wenn das richtig sein sollte, dann wäre die nach 1990 einsetzende stärkere Präferenz für Gleichheitswerte nicht ein Relikt sozialisatorischer Prägungen aus der DDR-Zeit, sondern eine Form, Ansprüche auf Gleichberechtigung einzuklagen. Die Ostdeutschen nehmen sich offenbar als kollektiv Benachteiligte wahr. Und offenbar ist der Maßstab für die Beurteilung der eigenen Lage nicht mehr die frühere DDR, sondern das Lebensniveau in den alten Bundesländern.

Wenn der Anteil derer, die meinen, nicht den ihnen zustehenden Anteil zu erhalten, in Ostdeutschland zwischen 1992 und 1996 um 20 Prozentpunkte zurückgegangen ist, dann heißt das



freilich auch, daß es in den letzten Jahren zu einer bemerkenswerten Annäherung in der subjektiven Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit zwischen Ost- und Westdeutschen gekommen ist. Diese Annäherung entspricht der Tatsache, daß die meisten der Ostdeutschen heute meinen, es gehe ihnen besser als früher<sup>26</sup>. Mit der zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse an das westdeutsche Niveau dürfte auch das Gefühl der Verteilungsgerechtigkeit zurückgehen. Das zeigt noch einmal, in welchem starkem Maße die Entwicklung des Sonderbewußtseins der Ostdeutschen situativ bedingt ist.

## V. Die Akzeptanz der Demokratie

Bei einer Betrachtung des Verhältnisses der Ostdeutschen zur Demokratie muß wiederum die normative von der performativen Ebene unterschieden werden. Was man von der Idee der Demokratie hält, unterscheidet sich davon, wie man eine bestimmte demokratische Gesellschaft, etwa die Demokratie der Bundesrepublik, einschätzt, und die Wertschätzung der Idee der Demokratie ist noch einmal zu unterscheiden davon, wie man den aktuellen Politikprozeß beurteilt: das Funktionieren der politischen Institutionen, das Agieren der politischen Eliten, die Besetzung der führenden politischen Ämter usw. Wenden wir uns zunächst wieder der normativen Ebene zu.

### 1. Prinzipien der Demokratie

Als minimale Bestandteile der Demokratie gelten im allgemeinen die Garantie von zwei Institutionen: die verfassungsmäßige Gewährleistung der liberalen Grundrechte und die konstitutionelle Garantie des pluralistischen Parteienwettbewerbs. Was man von der Idee der Demokratie hält, kann folglich anhand der Einstellungen zu diesen beiden Institutionen erfaßt werden. Die Einstellung zu den liberalen Grundrechten läßt sich anhand der Zustimmung zur Meinungsfreiheit und zum Demonstrationsrecht erfragen, die Einstellung zum pluralistischen Parteienwettbewerb anhand der Zustimmung zur Notwendigkeit einer politischen Opposition und zur grundsätzlichen Chance jeder demokratischen Partei, an die Macht zu kommen.

<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1997, S. 436.

Wie Tabelle 3 ausweist, war die Akzeptanz dieser vier demokratischen Prinzipien sowohl 1991 als auch 1995 in den neuen Bundesländern genauso hoch wie in den alten.

**Tabelle 3: Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien (in Prozent)**

	West		Ost	
	1991	1995	1991	1995
<i>Liberale Grundrechte</i> Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.	97	90	97	96
Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen.	94	90	96	94
<i>Pluralistischer Parteienwettbewerb</i> Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	95	91	96	96
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.	92	84	94	90

Datenbasis: Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demokratie 1984–1992, München 1993, S. 546, 558; KSPW-Bus 1995.

Stellen wir die Frage nach der Wertschätzung der Demokratie als Idee direkt, dann zeigen sich zwischen Ost- und Westdeutschland zwar einige Differenzen (vgl. Tabelle 4). Im großen und ganzen muß man aber auch hier sagen, daß die Demokratie als Staatsform von einer deutlichen Mehrheit in Ost und West bejaht wird. Allerdings läßt sich an den Zahlen in Tabelle 4 beobachten, daß der Anteil derer, die die Demokratie bejahen, im Osten Deutschlands im Laufe der letzten Jahre etwas gestiegen ist. Dies dürfen wir als eine gewisse Bestätigung der Sozialisationshypothese auffassen. Aber auch 1991 lag der Anteil der Demokratiebefürworter bereits bei 70 Prozent. Nur 7 Prozent sprachen sich damals für eine andere Staatsform aus, die besser sei als die Demokratie, 23 Prozent konnten sich in dieser Frage nicht entscheiden. Betrachtet man die hohe Akzeptanz der vier angeführten demokratischen Prinzipien und die mehrheitliche Bejahung der Demokratie als Idee im Jahre 1991, so müßte dies eigentlich eine starke Infragestellung der Sozialisationshypothese bedeuten, hatten die Ostdeutschen vor 1990 doch keine Gele-



genheit, die demokratischen Prinzipien kennenzulernen und zu verinnerlichen. Allerdings könnte man den in Tabelle 4 ausgewiesenen, wenn auch geringen Abstand in der Demokratiebejahung zwischen Ost- und Westdeutschland im Jahre 1991 auch als gewisse, wenn auch schwache Bestätigung der Sozialisationshypothese lesen.

**Tabelle 4: Zustimmung zur Idee der Demokratie (in Prozent)**

„Die Demokratie ist besser als jede andere Regierungsform“ bzw. „ist die beste Staatsform.“

	1991		1997	
	West	Ost	West	Ost
dafür	86	70	88	81
dagegen	3	7	9	16
unentschieden	11	23	3	3

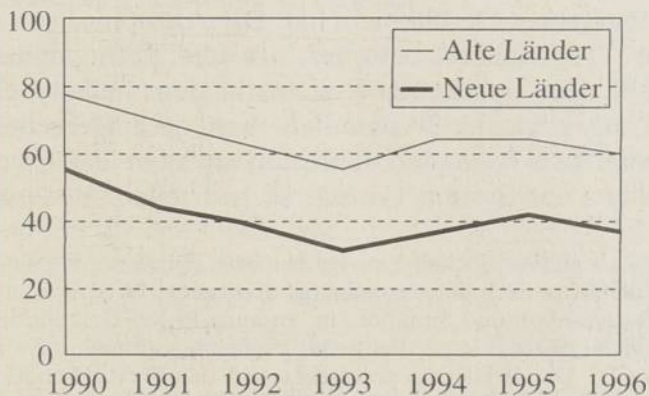
Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach; Forsa, zit. nach Dieter Fuchs, *The Political Culture of Unified Germany*, in: Pippa Norris (Hrsg.), *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*, Oxford (i.E.).

## 2. Zufriedenheit mit der Wirklichkeit der Demokratie im vereinigten Deutschland

Von der normativen Ebene gehen wir nunmehr wieder über zur performativen Ebene. Wie beurteilen die Ostdeutschen im Vergleich zu den Westdeutschen die Leistungsfähigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland? Mit dieser Frage wird nicht mehr die Einstellung zur Demokratie als Regierungsform schlechthin erfaßt, sondern die Haltung zu den erfahrbaren Leistungen des demokratischen Systems in Deutschland.

**Grafik 5: Zufriedenheit mit der Wirklichkeit der Demokratie im vereinigten Deutschland, 1990–1996 (in Prozent)**

„Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen? Sind Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ Hier: „eher zufrieden“.



Datenbasis: Politbarometer 1990–1996.

Bei der Beurteilung der real erfahrbaren Funktionsweise der Demokratie zeigen sich seit 1990 ohne Ausnahme deutliche Diskrepanzen zwischen Ost und Westdeutschland (vgl. Grafik 5). Die Bürger in den neuen Bundesländern bewerten die Funktionsweise der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland durchgängig um etwa 20 Prozentpunkte schlechter als ihre westdeutschen Mitbürger. Dies gilt im allgemeinen als ein starkes Argument für die Sozialisationshypothese, denn die Unterschiede zwischen Ost und West waren auch schon 1990 bedeutend und blieben seitdem konstant. Es liegt nahe, diese unmittelbar nach der Wiedervereinigung sichtbaren und bis heute anhaltenden Unterschiede auf die Ergebnisse einer früheren und dauerhaft wirksamen Prägung zurückzuführen.

Kann diese Argumentation einer genaueren Prüfung standhalten? Zunächst muß festgehalten werden, daß die Beantwortung der Frage, wie man die Funktionsweise der Demokratie in der Bundesrepublik beurteilt, zu früheren sozialisatorischen Prägungen nicht in einem erkennbaren Zusammenhang stehen muß, denn auch wenn man der Idee der Demokratie aufgeschlossen gegenübersteht, kann man die Funktionsweise eines konkret erlebbaren demokratischen Systems durchaus kritisch beurteilen. Ja, eine kritische Einschätzung des erfahrbaren politischen Systems kann sogar als ein Indiz für eine besonders ausgeprägte Hochschätzung der Idee der Demokratie angesehen werden. Wenn die Ostdeutschen der bundesdeutschen Verwirklichung der Idee der Demokratie also kritischer gegenüberstehen als die Westdeutschen, dann kann dies auch ein Ausdruck ihrer – nachgewiesenen – Hochschätzung der Demokratie sein oder der schlechten Erfahrungen, die sie mit dieser Demokratie gemacht haben. Mit einer sozialistischen Vorprägung muß eine solche Einschätzung nichts zu tun haben.

Als ein Effekt jener wird diese aber in der Regel behandelt. Dahinter steht, wie unschwer zu erkennen ist, ein normatives Bild von der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Man hält diese offensichtlich für eine gelungene Realisierung der demokratischen Idee, obschon doch genau dies die an die Bevölkerung gerichtete Frage ist, und beurteilt dann von dieser normativen Festlegung her die Einschätzung der Bevölkerung als demokratieadäquat oder nicht.

Doch stellen wir unsere Bedenken gegenüber der normativen Tendenz einer solchen Betrachtungsweise für einen Augenblick zurück und fragen wir mit unseren Demokratietheoretikern danach, ob



tatsächlich die DDR-Sozialisation ausschlaggebend für die im Vergleich zu ihren westdeutschen Landsleuten skeptischere Haltung der Ostdeutschen gegenüber der bundesdeutschen Demokratie ist. Von welchen Determinanten wird die Einstellung der Ostdeutschen zur Performanz der Demokratie, wie hier der politikwissenschaftliche Fachausdruck für die Funktionsweise der Demokratie lautet, beeinflusst?

In einem ersten Schritt wollen wir den Einfluß einiger sozialstruktureller Merkmale wie Bildung, soziale Lage, Schichtzugehörigkeit, Ortsgröße und anderes auf den Unterschied in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen untersuchen. Beziehen wir die Determinanten Bildung, Ortsgröße, subjektive Schichteinstufung, persönliche Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeitserfahrung und Kirchengang in unsere Betrachtung der Einstellungsunterschiede mit ein, dann verringern sich die Differenzen in der Einschätzung der Funktionsweise des politischen bzw. demokratischen Systems der Bundesrepublik zwischen Ost- und Westdeutschland für 1991 von 20 auf 10 Prozentpunkte und für 1996 von 20 auf 15 Prozentpunkte. Mit anderen Worten, wenn es die gegenwärtig realen sozialstrukturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nicht geben würde, dann wäre auch die Diskrepanz in der Beurteilung der Demokratieperformanz zwischen Ost- und Westdeutschen fast um die Hälfte geringer. Bleibt immerhin noch eine Differenz von 10 bis 15 Prozentpunkten. Wie läßt sich diese erklären?

Natürlich kann diese Differenz mit einer Fülle von Einstellungs- und Erfahrungsunterschieden zwischen den Landsleuten diesseits und jenseits der Elbe zusammenhängen. Wir kommen zu unserem zweiten Schritt. In Tabelle 5 sind einige Einstellungsindizes zusammengetragen, die sich alle mehr oder weniger deutlich auf das Verhältnis der Befragten zum jeweils anderen Teil Deutschlands bzw. auf Gerechtigkeitsprobleme beziehen. So sind in die Betrachtung die Fragen aufgenommen worden, inwieweit man sich gerecht behandelt fühlt, ob man der Meinung ist, daß eher der Westen aus der Vereinigung Vorteile gezogen hat als der Osten oder umgekehrt, und wie fremd einem die Landsleute im anderen Teil Deutschlands sind. Diese Fragen wurden in Beziehung gesetzt zur Beurteilung der Performanz des politischen Systems und mit Hilfe einer Korrelationsanalyse auf ihre statistischen Zusammenhänge mit dieser Beurteilung geprüft. Je höher die Korrelationskoeffizienten ausfallen, desto höher ist der nachgewiesene Zusammenhang.

**Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen der Beurteilung der Funktionsweise des politischen Systems und der subjektiv empfundenen Verteilungsgerechtigkeit sowie der Distanz zum anderen Teil Deutschlands**

	West			Ost		
	1991	1994	1996	1991	1994	1996
Empfinden, gerecht behandelt zu werden	.14		.17	.24		.26
„Soziale Unterschiede sind gerecht“	.22	.26		.26	.27	
Vorteile aus Wiedervereinigung für den Osten	.08	.10		.32	.33	
Vorteile aus Wiedervereinigung für den Westen	.10	.09		-.09	-.12	
Bürger im anderen Teil Deutschlands sind einem fremd	-.07	n.s.		-.21	-.19	

*Datenbasis:* Allbus 1991, 1992, 1994, 1996; alle ausgewiesenen Werte Pearsons Korrelationen signifikant bei  $p < .05$ ; leere Zellen resultieren aus nicht erhobenen Indikatoren zu diesen Zeitpunkten; n.s. bedeutet nicht signifikant. Pearsons Korrelationen bewegen sich zwischen +1.00 (hoher Zusammenhang) und -1.00 (niedriger Zusammenhang). Ein Wert von .26 weist auf einen substantiellen Zusammenhang zwischen dem Empfinden, gerecht behandelt zu werden, und der Funktionsweise des politischen Systems hin. Mit dem Empfinden, gerecht behandelt zu werden, verbessert sich die Bewertung des politischen Systems.

Daß die Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit mit der Einschätzung des politischen Systems korreliert, wundert uns nicht. Es leuchtet unmittelbar ein, daß man ein System positiver beurteilt, in welchem man das Empfinden hat, den einem zustehenden Anteil zu erhalten, als ein solches, in dem man dieses Gefühl nicht hat. Die Akzeptanz sozialer Ungleichheit befördert also die Zufriedenheit mit dem politischen System, in dem man lebt<sup>27</sup>. Umgekehrt heißt das, daß man, je ungerechter man sich behandelt fühlt, um so mehr dazu tendiert, das System kritisch zu beurteilen. Bedenkt

27 Vgl. Gert Pickel, Eine ostdeutsche „Sonder“-mentalität acht Jahre nach der Vereinigung? Fazit einer Diskussion um Sozialisation und Situation, in: Susanne Pickel/Gert Pickel/Dieter Walz (Hrsg.), Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998, Frankfurt am Main.



man, daß in Ostdeutschland der Zusammenhang zwischen dem Empfinden, gerecht behandelt zu werden, und der Systemakzeptanz deutlich höher ist als im Westen (.24 bzw. .26 versus .14 bzw. .17) und daß darüber hinaus der Anteil derer, die sich ungerecht behandelt fühlen, ebenfalls weitaus größer ist als im Westen (vgl. Grafik 4), dann kann man ermessen, wie stark das Gefühl der Unterprivilegierung in Ostdeutschland auf die Bejahung der bundesdeutschen Demokratie durchschlägt.

Einen Einfluß auf die Systembeurteilung hat auch die Entscheidung der Frage, ob man Vorteile aus der Wiedervereinigung vor allem für den Westen oder für den Osten sieht. In Westdeutschland ist der Zusammenhang zwischen der Akzeptanz der Funktionsweise des politischen Systems und der Beantwortung der Frage, ob die Wiedervereinigung mehr dem Westen oder mehr dem Osten zugute gekommen ist, gleichermaßen positiv (vgl. Tabelle 5). In Ostdeutschland dagegen fällt der Zusammenhang zwischen der Systemakzeptanz und der Wahrnehmung von Vorteilen für den Osten zwar positiv, der zwischen der Systemakzeptanz und der Wahrnehmung von Vorteilen für den Westen aber negativ aus (vgl. Tabelle 5). Offenbar haben die Westdeutschen zu den Folgen der Wiedervereinigung ein entspannteres Verhältnis. Selbst wenn man im Westen mehr Vorteile für den Osten wahrnimmt, schwächt das die Zufriedenheit mit dem eigenen politischen System nicht. Im Osten hingegen wirkt sich die Wahrnehmung von Vorteilen für den Westen negativ auf die Systembeurteilung aus, und die Bedeutung wahrgenommener Vorteile für den eigenen Landesteil ist hinsichtlich der positiven Bewertung des demokratischen Systems ungleich höher als im Westen. Wie es scheint, hat die Beurteilung des Abschneidens der Ostdeutschen im deutsch-deutschen Verteilungsprozeß unmittelbare Auswirkungen auf die Evaluation der Demokratie in Deutschland. Das Gefühl der Benachteiligung schlägt sich in einer systemkritischen Haltung nieder, das Gefühl der Bevorzugung in einer systemaffirmativen.

Dabei unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland durchaus nicht im Ausmaß des Gefühls der Übervorteilung. Beide Seiten sehen gleichermaßen den jeweils anderen Landesteil als bevorzugt an. Etwa 75 Prozent der Westdeutschen nehmen mehr Vorteile für den Osten wahr, und fast ebenso hoch ist der Anteil der Ostdeutschen, der die Auffassung vertritt, daß die Wiedervereinigung vor allem dem Westen zugute gekommen ist<sup>28</sup>. Im Westen mag

diese Einschätzung eher das Resultat eines abwägenden Evaluationsprozesses sein, im Osten dagegen scheinen sich hier hohe Erwartungen an die Wiedervereinigung und Enttäuschungen durch das neue System zu vermischen. Es ist kaum verwunderlich, daß sich solche enttäuschten Hoffnungen dann auch auf die Systemzufriedenheit auswirken.

Auch hinsichtlich der Verbreitung des Gefühls, daß die Bürger im anderen Teil Deutschlands einem fremd sind, unterscheiden sich die Ostdeutschen und die Westdeutschen nicht. Jeweils etwa 25 Prozent stimmen dieser Aussage zu<sup>29</sup>. Unterschiedlich sind aber wiederum die Auswirkungen dieser Einschätzung auf die Beurteilung der Performanz der Demokratie. Im Westen Deutschlands hat das Distanzgefühl gegenüber den Ostdeutschen nur eine schwache oder gar keine Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit (vgl. Tabelle 5). Im Osten hingegen sind die Effekte von 1991 bis 1994 nahezu gleichbleibend deutlich negativ (vgl. Tabelle 5). Dort führt das Empfinden der Fremdheit der Westdeutschen und der eigenen Andersartigkeit, also eines gesteigerten Identitätsbewußtseins zu einer tendenziellen Abwertung des von den Westdeutschen repräsentierten demokratischen Systems. Ist dies ein Hinweis auf versteckt wirksame unkontrollierte Resentiments? Wird hier die erfahrene Abwertung der eigenen Biographie kompensiert durch eine Geringschätzung des westlichen Systems<sup>30</sup>?

Zusammenfassend läßt sich sagen: Zwischen der Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit, der Wahrnehmung der Vorteile der Wiedervereinigung für Ost oder West, der Distanz gegenüber der Fremdgruppe einerseits und der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland andererseits zeigen sich unübersehbare Zusammenhänge. Die Beurteilung der Systemperformanz ist in starkem Maße von situativen Faktoren abhängig.

In einem dritten Schritt wollen wir nun Sozialisationsinflüsse und Situationsbedingungen in ihrem Effekt auf die Demokratiebeurteilung gegeneinander abwägen. Wir bedienen uns dazu eines strengeren statistischen Verfahrens, der sogenannten multiplen Regressionsanalyse, die in der Lage ist, den Einfluß einzelner Determinanten auf eine abhängige Variable zu prüfen. Einbezogen in die

pirische Sozialforschung an der Universität zu Köln, Variable 154, 155.

29 Vgl. ebd., Variable 157.

30 Diese These wird ausführlicher diskutiert bei Detlef Pollack, Das Bedürfnis nach Anerkennung: Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13/97, S. 3–14, bes. S. 9 ff.

28 Vgl. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) 1994, hrsg. vom Zentralarchiv für em-



Untersuchung sind einmal die uns schon bekannten Determinanten „Akzeptanz sozialer Ungleichheit“ und „Fremdheit der Bürger im anderen Teil Deutschlands“. Darüber hinaus werden als Indikatoren für Sozialisationseinflüsse die Befürwortung der Idee des Sozialismus und die Einordnung auf einer Skala von politisch links bis politisch rechts herangezogen. Schließlich dient als weiterer Indikator für situative Einflüsse die Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage. Die Idee des Sozialismus kann zwar im strengen Sinne nicht ausschließlich für Sozialisationseinflüsse stehen, da sich in der Befürwortung dieser Idee inzwischen auch eine Reaktion auf das negative Image des Sozialismus und der DDR, wie es sich im öffentlichen Meinungsbild zeigt, ausdrückt. Dennoch wollen wir hier in Ermangelung eines „reinen“ Indikators diesen Wert benutzen. Die Zustimmung zur Idee des Sozialismus ist im Osten Deutschlands seit 1991 mit leichten Schwankungen ungebrochen hoch. Sie liegt zwischen 58 und 72 Prozent<sup>31</sup>. Im Westen macht der Anteil derer, die der Idee des Sozialismus ihre Zustimmung geben, nur zwischen 30 und 35 Prozent aus. Ebenso verorten sich die Ostdeutschen mehr als die Westdeutschen auf der politischen Kontinuitätskala eher links<sup>32</sup>. Was die persönliche wirtschaftliche Lage angeht, so fielen die Einschätzungen in Ost- und Westdeutschland 1991 eklatant auseinander. Trotz Annäherung haben sie sich bis heute noch nicht angeglichen<sup>33</sup>.

Betrachten wir die unterschiedlichen Einflüsse auf die Beurteilung der Funktionsweise des bundesdeutschen politischen Systems in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 6), so sehen wir, daß zwar die Idee des Sozialismus als Indikator für Sozialisationseinflüsse einen eigenständigen Erklärungswert für die Beurteilung der Performanz des politischen Systems hat. Dieser ist aber unter allen angeführten Effekten außer der Links-rechts-Einstufung, die ebenfalls Sozialisationseinflüsse anzeigen soll, der geringste (-.11 bzw. -.7). Sowohl die persönliche Wirtschaftslage als auch die Distanz zu den Bürgern in Westdeutschland und die Akzeptanz der sozialen Ungleichheit tragen mehr zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit bei. Das heißt, die wirtschaftliche Lage (.20 bzw. .18) wirkt – und dies übrigens mit gewissen Abstrichen auch in Westdeutschland (.15 bzw. .13) – nicht unmaßgeblich auf die Akzeptanz des bundesdeutschen politischen Systems ein. Auch das Gefühl von Identität und Fremdheit besitzt Relevanz für die Beurteilung der Demokratie, dies aber nur in Ostdeutschland – ein Hinweis darauf, wie stark das ostdeutsche Sonderbewußtsein die Systemakzeptanz mit beeinflußt. Ein besonderer Stellenwert kommt der Anerkennung sozialer Ungleichheit zu (.18 bzw. .19). In dem Maße, in dem der einzelne meint, daß er in der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht den ihm zustehenden Anteil erhält, wird er auch dem politischen System dieser Gesellschaft seine Zustimmung verweigern. Der Bedeutung der subjektiv empfundenen Verteilungsgerechtigkeit wurde bislang in der Forschung zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Demgegenüber sind die bislang stark beachteten Sozialisationseinflüsse, wie sie sich in der Zustimmung zur Idee des Sozialismus (-.11 bzw. -.07) und in der Linkseinordnung (.09 bzw. n.s.) ausdrücken, zwar nicht zu vernachlässigen, aber vergleichsweise gering.

In einem vierten Schritt soll schließlich darauf aufmerksam gemacht werden, daß die positive Beurteilung der Systemperformanz unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Ostdeutschland am höchsten war. Damals lag sie bei über 50 Prozent (vgl. Grafik 5). Das heißt, daß zu einem Zeitpunkt, als die Nachwirkung des sozialistischen Systems am stärksten gewesen sein mußte, die Bejahung der westdeutschen Demokratie am höchsten war. Bedenkt man darüber hinaus, daß die Ostdeutschen den Prinzipien der Demokratie ebenfalls unmittelbar nach dem Untergang des Staatssozialismus genauso stark zustimmten wie die Westdeutschen (vgl. Tabelle 3) und daß ihre Befürwortung der Demokratie als Staatsform damals nur geringfügig unter der der Westdeut-

**Tabelle 6: Einflüsse auf die Beurteilung der Funktionsweise des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland**

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1991	1994	1991	1994
Links-rechts Kontinuum	-.10	n.s.	-.09	n.s.
Befürwortung der Idee des Sozialismus	n.s.	n.s.	-.11	-.07
Persönliche Wirtschaftslage	.15	.13	.20	.18
Bürger im anderen Teil Deutschlands sind fremd	n.s.	n.s.	-.15	-.15
Akzeptanz sozialer Ungleichheit	.15	.23	.18	.19
R Quadrat	.09	.10	.15	.11

*Datenbasis:* Multiple lineare Regressionsanalyse, Basis Allbus 1991, 1994; alle ausgewiesenen Werte signifikant bei  $p < .05$ , außer n.s. = nicht signifikant.

31 Vgl. Allbus 1994 (Anm. 28), Variable 160.

32 Vgl. ebd., Variable 123.

33 Statistisches Bundesamt (Anm. 26), S. 428.



schen lag (vgl. Tabelle 4), dann fällt es schwer, die Sozialisationshypothese noch aufrechtzuerhalten.

Die Vertreter der Sozialisationshypothese reagieren auf diese Einwände, indem sie drei Gesichtspunkte geltend machen. Erstens weisen sie darauf hin, daß es über den Einfluß der Massenmedien, über Verwandtschaftsbesuche und andere Kontakte mit Bundesbürgern Formen des externen Lernens in der DDR gab, die die DDR-Bürger schon vor der Einführung der Demokratie mit dem westlichen politischen System bekannt gemacht hätten<sup>34</sup>. Zweitens stellen sie die These auf, daß es sich bei der hohen Demokratieakzeptanz unmittelbar nach der Wende nur um einen vorübergehenden Bedeutungsverlust sozialistischer Überzeugungen gehandelt habe. Diese seien während der sich überstürzenden Ereignisse der Wende kurzzeitig gewissermaßen in eine Latenzphase eingetreten, nach deren Ablauf sie sich aber wieder durchgesetzt hätten<sup>35</sup>. Drittens erklären die Vertreter der Sozialisationshypothese, daß das westliche System aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Überlegenheit eine besondere Attraktivität auf die Ostdeutschen ausübte, die sie für die Ordnungsprinzipien dieses Systems einnahm, auch wenn sie sie bislang persönlich nicht kennengelernt hätten<sup>36</sup>.

Der zuletzt genannte Hinweis ist völlig berechtigt, nur müßte er von den Vertretern der Sozialisationshypothese auch selber ernst genommen werden, bedeutet er doch, daß die Sozialisation in der DDR nicht ungebrochen gewirkt hat, sondern ihre Wirkung stets durch westliche Einflüsse konterkariert war. Wenn man aber die Gebrochenheit der Wirkung der DDR-Sozialisation anerkennt, dann ist es unsinnig, davon auszugehen, daß die Ostdeutschen durch diese Sozialisation derart geprägt

34 Vgl. Edeltraut Roller, *Ideological Basis of the Market Economy: Attitudes Toward Distributional Principles and the Role of Government in Western and Eastern Germany*, in: *European Sociological Review*, 10 (1994), S. 105–107; vgl. auch Carsten Bluck/Henry Kreikenbom, *Die Wähler in der DDR: Nur issue-orientiert oder auch parteigebunden?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22 (1991), S. 495–502.

35 Vgl. Bettina Westle, *Demokratie und Sozialismus: Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (1994), S. 571–596, hier S. 573.

36 Diese unter der Demonstrationsthese bekannt gewordene Argumentation findet sich unter anderem bei Frederick D. Weil, *The Development of Democratic Attitudes in Eastern and Western Germany in a Comparative Perspective*, in: ders. (Hrsg.), *Research on Democracy and Society*, Volume I, Greenwich, Conn. 1993, S. 195–225; Russel J. Dalton, *Communists and Democrats: Democratic Attitudes in the Two Germanies*, in: *British Journal of Political Science*, 24 (1994), S. 469–493.

worden wären, daß sie sich nur schwer von ihren Einflüssen zu lösen vermögen.

Die Behauptung einer Latenz sozialistischer Ordnungsvorstellungen in der Wendezeit arbeitet, worauf schon Hans-Joachim Veen aufmerksam machte<sup>37</sup>, mit der Unterscheidung zwischen objektiver Prägung und subjektiver Stimmung und behandelt die in der Umbruchszeit zutage getretenen Einstellungen der Ostdeutschen als eine Art subjektive Verblendung. Es ist aber mit Nachdruck die Frage zu stellen, ob der Zusammenbruch des Sozialismus nicht solch einen starken Einschnitt für die Ostdeutschen darstellt, daß er mit einem tiefgreifenden Einstellungswandel einherging. Selbst dann, wenn danach quasisozialistische Vorstellungen wieder an Geltung gewinnen, haben diese doch eine ganz andere Bedeutung als die durch das DDR-System geformten Überzeugungen. Das Aufkommen dieser quasisozialistischen Vorstellungen stellt auch eine Form der Verarbeitung der Vereinigungsfolgen dar, nicht einfach eine Fortsetzung eingelebter Mentalitäten und Ideen. Selbst wenn sie ein ähnliches Erscheinungsbild aufweisen, haben sie in den kommunikativen Konflikten und Interessengegensätzen zwischen Ost und West nach 1989 eine ganz andere Funktion als in der Zeit davor.

Was schließlich den Hinweis auf die Demonstrationseffekte des westlichen Systems angeht, so ist zu wiederholen, was schon gegenüber dem ersten Hinweis geltend gemacht wurde: daß sich damit die Sozialisationstheoretiker selber widersprechen. Wenn die Überlegenheit des westlichen Systems so erdrückend war, daß sich viele der Ostdeutschen bereits vor dem Untergang des Sozialismus innerlich dem westlichen Gesellschaftsmodell und den von ihm repräsentierten Werten annäherten, dann heißt das, daß die Sozialisation in der DDR nur noch eingeschränkt zu greifen vermochte und daß die Sozialisationshypothese grundsätzlich revidiert werden muß.

Die historischen Ereignisse geben dem Hinweis auf die überwältigende Attraktivität des Westens recht. Mit den Demonstrationen im Herbst 1989 und mit der Wahl vom März 1990 votierten die DDR-Bürger für einen schnellen Anschluß an die Bundesrepublik. Nicht zufällig war es die Abwanderung Tausender DDR-Bürger, die dem SED-Regime den Todesstoß versetzte. Die DDR-Bürger verabschiedeten sich von der DDR im Freudentaumel und mit dem festen Willen, nie wieder zu solchen Zuständen, wie sie sie 40 Jahre lang

37 Vgl. H.-J. Veen (Anm. 13), S. 24.



erlebt hatten, zurückzukehren. Warum sollte dieser Abschied nicht gründlich und dauerhaft sein? Es ist überhaupt nicht ausgemacht, daß die bereits vor 1989 einsetzende Orientierung der Ostdeutschen an den westlichen Werten nicht intensiver war als ihre Übereinstimmung mit der DDR-Ideologie, auch wenn sie – und vielleicht sogar weil sie – nicht durch unmittelbare eigene Anschauung, sondern durch externes Lernen erworben wurde. Stellt man die Ostdeutschen heute vor die Wahl, ob sie irgendeine andere Staatsform der Demokratie vorziehen würden, so ist es nur eine verschwindende Minderheit, die dies wünscht<sup>38</sup>. Trotz aller Kritik und aller Unzufriedenheit ist die Überlegenheit des westlichen Systems gegenüber allen alternativen Ordnungen tief verinnerlicht.

---

## VI. Schlußbemerkungen

---

Soll damit gesagt sein, daß es zwischen Ost- und Westdeutschen keine relevanten Einstellungsunterschiede gibt und die innere Einheit bereits erreicht ist? Nein, auch bei unserer Beschäftigung mit den Einstellungen der Deutschen zur sozialen Ungleichheit und zur Demokratie sind wir durchaus auch auf sozialisationsbedingte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gestoßen. Allerdings soll hier die These aufgestellt werden, daß der Graben, der sich heute noch vielerorts zwischen Ost- und Westdeutschen auftut, nicht auf diesen Wertdifferenzen beruht. Um eine ostdeutsche Identität begründen zu können, sind diese Wertdifferenzen viel zu gering. Max Kaase und Petra Bauer-Kaase haben in einer äußerst aufschlußreichen Untersuchung nachgewiesen, daß die Tatsache, ob die Ostdeutschen die Westdeutschen als Fremdgruppe geringschätzen oder nicht, nicht von ihrer Beurteilung der bundesrepublikanischen Demokratie und auch nicht von der Akzeptanz der Idee des Sozialismus abhängt<sup>39</sup>.

---

38 Fast zwei Drittel der Ostdeutschen gaben 1995 an, Vertrauen zur Demokratie im vereinten Deutschland zu haben, vgl. infas-Umfrage, in: Berliner Zeitung vom 22./23. Juli 1995.  
39 Vgl. Max Kaase/Petra Bauer-Kaase, Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990–1997, in: H. Meulemann (Anm. 20), S. 251–267, hier S. 264. Umgekehrt hat die Negativ-Stereotypisierung der Westdeutschen aber einen Einfluß auf die Unterstützung der Demokratie und die Bejahung der Idee des Sozialismus (Petra Bauer-Kaase/Max Kaase, *Five Years of Unification: The Germans on the Path to Inner Unity?*, in: *German Politics*, 5 (1996), S. 1–25, hier S. 21). Auch wenn die Abgrenzungsidentität der Ostdeutschen kaum auf Wertdifferenzen beruht, so kann sie doch durchaus Wertdifferenzen zur Folge haben und sich kognitiv verfestigen.

Das heißt, die zur Konstruktion einer positiven ostdeutschen Identität vorgenommene negative Distanzierung von den Westdeutschen, wie sie inzwischen charakteristisch ist für einen Großteil der ostdeutschen Bevölkerung, ist nicht bedingt durch Wertdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, sofern diese sich auf die Einstellung zur Demokratie oder zum Sozialismus beziehen.

Die Herausbildung einer ostdeutschen Sondermentalität, die mit der Behauptung geringer Wertdifferenzen nicht geleugnet werden soll, hat andere Ursachen. Sie ist vor allem ein Produkt der ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West – darin ist Dieter Walz und Wolfram Brunner recht zu geben. Allerdings spielen auch andere Faktoren mit hinein, denn den Ostdeutschen geht es inzwischen materiell deutlich besser als noch vor sieben oder acht Jahren – das geben sie übrigens auch zu<sup>40</sup>, aber der Anteil derer, die sich als Bürger zweiter Klasse fühlen und erwarten, es zu bleiben, ist dennoch nahezu unverändert hoch<sup>41</sup>. Die Ausbildung einer ostdeutschen Identität hat auch etwas mit der im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung eingetretenen Entwertung der ostdeutschen Biographien und der Ostdeutschen als sozialer Gruppe zu tun<sup>42</sup>. Die Rückwendung der Ostdeutschen zur DDR und die gleichzeitige Abwertung der Westdeutschen ist durchaus eine Form der Selbstbehauptung, aber nicht – wie Wolfgang Schluchter meint – aufgrund einer mentalen Überforderung durch das implementierte bundesdeutsche Institutionensystem, sondern aufgrund der Verletzung des merkwürdigerweise auch bei Ostdeutschen vorhandenen Gefühls der eigenen Würde und des Stolzes. Das Empfinden der Benachteiligung, aus dem sich die ostdeutsche Abgrenzungsidentität vor allem rekrutiert, ist also nicht nur ökonomisch bedingt, sondern auch kulturell. Beides ist wichtig, wenn man die Entstehung einer ostdeutschen Sondermentalität erklären will: sowohl der Einfluß der ökonomischen als auch der der kulturellen Unterprivilegierung.

---

40 1995 waren es 61 Prozent der Ostdeutschen, die sagten, die Lebensbedingungen hätten sich seit 1990 verbessert. 1996 lag der Anteil derer, die dies behaupteten, bei 48 Prozent. Der Prozentsatz derer, die meinen, sie hätten sich verschlechtert, machte dagegen nur 17 bzw. 19 Prozent aus: Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (Anm. 26), S. 436.

41 1991 betrug er zwischen 81 und 84 Prozent, 1997 80 Prozent. Vgl. D. Walz/W. Brunner (Anm. 18), S. 13.

42 Dies räumen inzwischen auch Walz und Brunner ein. Vgl. D. Walz/W. Brunner, „It's the economy, stupid!“ – Revisited: Die Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse?“ – Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland kurz vor der Bundestagswahl 1998, in: S. Pickel/G. Pickel/D. Walz (Anm. 27), S. 113–130, hier S. 120 ff.



Insofern sollte man das ostdeutsche Gefühl der materiellen Schlechterstellung vielleicht ernster nehmen, als es Volker Zastrow in seinem F.A.Z.-Artikel vom 2. Mai dieses Jahres<sup>43</sup> getan hat, aber vielleicht auch wieder nicht zu ernst. Die Ostdeutschen stilisieren sich gern als die großen Verlierer.

<sup>43</sup> Vgl. V. Zastrow (Anm. 1).

Aber sie haben auch gelernt, damit zu leben, daß sie Bürger zweiter Klasse sind und es auf längere Sicht bleiben werden. Es empört sie nicht mehr, wie das vor sieben oder acht Jahren noch der Fall war. Freilich hält sie das nicht davon ab, darüber immer wieder auch einmal zu jammern, denn man weiß nie, vielleicht ist es ja doch nicht ganz umsonst.



# Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unter- schiede zwischen Ost- und Westdeutschen

---

## I. Einleitung

---

In den acht Jahren deutscher Einheit (und in den acht Jahren innerdeutsch vergleichender empirischer Sozialforschung) wurde wiederholt festgestellt, daß die Deutschen unterschiedliche Akzente hinsichtlich bestimmter Wertorientierungen setzen. Gleichzeitig kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Lebensumstände in Ost- und Westdeutschland – trotz aller Bemühungen um den „Aufbau Ost“ – in erheblichem Maße voneinander abweichen, was vor allem die Meldungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit regelmäßig offenkundig machen. In der vorliegenden Untersuchung wird der Frage nachgegangen, ob zwischen dieser subjektiven und der objektiven Abweichung von dem Ideal der „inneren Einheit“ ein Zusammenhang besteht. In welchem Maße sind also die Unterschiede in Wertorientierungen der Deutschen in Ost und West auf Unterschiede in der jeweiligen Lebenssituation zurückzuführen? Anders ausgedrückt: Wären die Unterschiede in den Wertvorstellungen der Deutschen weniger ausgeprägt, wenn die Lebensbedingungen ähnlicher wären? Wäre bei einer Angleichung der Lebensbedingungen mit einer Annäherung der Wertvorstellungen zu rechnen, bei einer unterschiedlichen Entwicklung dagegen mit deren Auseinanderdriften?

Diese Fragen richten sich auf das Potential situativer Faktoren für die Erklärung dessen, was gemeinhin als „innere Mauer“ bezeichnet wird. Damit ist ein Erklärungsansatz angesprochen, der in einem großen Teil der Literatur über verschiedenste Arten von Einstellungsdifferenzen zwischen Ost und West auf eine Nebenrolle verwiesen blieb. Die Untersuchung versteht sich somit als ein – versuchter – Gegenpol zu der Standarderklärung von Einstellungsdivergenzen durch die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen in der DDR bzw. der

alten Bundesrepublik. Den konkreten Untersuchungsgegenstand bildet das unterschiedliche Gewicht, das Deutsche in Ost und West auf soziale und freiheitliche Werte legen. Als situative Erklärungsfaktoren werden die – differenziert erfaßte – Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie ergänzend die Lebenszufriedenheit betrachtet.

Das folgende Kapitel II stellt zunächst die unterschiedliche Akzentsetzung der Deutschen zu den sozialen und freiheitlichen Werten dar. Anschließend werden der situative Erklärungsansatz erläutert, Operationalisierungsmöglichkeiten erörtert, die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und das unterschiedliche Ausmaß an Lebenszufriedenheit dokumentiert sowie ein zusammenfassender Indikator für die verschiedenen situativen Erklärungsfaktoren gebildet (Kapitel III). Die Zusammenhänge zwischen diesen Skalen werden in Kapitel IV untersucht. Dann wird versucht, den Erklärungswert der situativen Faktoren für die Wertunterschiede zwischen Ost und West abzuschätzen (Kapitel V). Eine Diskussion von Ergebnissen und Implikationen erfolgt im sechsten Kapitel. Als Datenbasis dienen Umfragen des Bereichs Forschung und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung, und zwar in erster Linie die Herbstumfrage 1995 mit jeweils ca. 2000 Befragten in Ost- und Westdeutschland<sup>1</sup>.

---

## II. Die abhängige Variable: Unterschiede in sozialen und freiheitlichen Werten zwischen Ost- und Westdeutschen

---

Empirische Untersuchungen verschiedener Arten von Einstellungen haben wiederholt zutage gefördert, daß Ostdeutsche ein stärkeres Gewicht

---

*Wolfram Brunner und Jürgen Hoffmann gebührt besonderer Dank für die Durchsicht des Manuskripts und für letzte Korrekturen, die Carsten Zelle selbst nicht mehr anbringen konnte. Er verstarb am 1. April 1998.*

<sup>1</sup> An der Erstellung dieser Studie war der Verfasser beteiligt. Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung, namentlich Hans-Joachim Veen, für die freundliche Genehmigung, diese Daten weiterhin verwenden zu dürfen.



auf soziale Zielvorstellungen legen als Westdeutsche. So treten Ostdeutsche im Durchschnitt mit größeren Erwartungen an den Sozialstaat heran<sup>2</sup>, setzen einen stärkeren Akzent auf Werte wie „soziale Gerechtigkeit“<sup>3</sup> und bringen dem Sozialismus ein höheres Maß an Sympathie entgegen als Westdeutsche<sup>4</sup>. Dagegen stehen freiheitliche Werte bei den Westdeutschen höher im Kurs<sup>5</sup>.

Dementsprechende Befunde zu einschlägigen Wertvorstellungen aus den Jahren 1993 und 1995, auf die hier nur verwiesen werden kann<sup>6</sup>, zeigen, daß im Ost-West-Vergleich ein charakteristisches Muster der Wertschätzung sozialer und freiheitlicher Ziele hervortritt, das über den Zeitraum der zwei Jahre nahezu unverändert bleibt: In den Prozentanteilen werden unterschiedliche Wertehierarchien der Deutschen in Ost und West erkennbar. In Westdeutschland zeigt sich ein klares Schwergewicht auf den liberalen Werten „Freiheit“, „freie Meinungsäußerung“ und „Rechtsstaat und Demokratie“, die 1995 zwischen 71 Prozent und 80 Prozent der Befragten „sehr wichtig“ sind. Die sozialen Werte „Sozialstaat“ und „soziale Gerechtigkeit, Verringerung von Einkommensunterschieden“ stehen mit Nennungen von etwas über 40 Prozent deutlich hinter den liberalen Werten zurück. In Ostdeutschland ist eine Gewichtung zwischen diesen Gruppen von Werten dagegen zum einen wesentlich schwächer ausgeprägt, zum anderen entgegengesetzt ausgerichtet. Gegenüber den liberalen Werten, die 1995 Prozentanteile zwischen 57 und 61 verzeichneten, werden hier also

die sozialen Werte etwas häufiger als „sehr wichtig“ angesehen (62 und 67 Prozent).

Mögliche Veränderungen dieser Wertorientierungen in den Jahren vor 1993 lassen sich auf der gegebenen Datenbasis nicht untersuchen. Es ist aber außerordentlich wahrscheinlich, daß auch diese Werte von dem Trend zu einer stärkeren Betonung des Sozialen erfaßt wurden. Eine derartige Entwicklung in den Jahren nach der Vereinigung ist in Ostdeutschland mehrfach dokumentiert, deutet sich weniger durchgängig, auf einem anderen Niveau und häufig in geringerer Intensität aber auch in Westdeutschland an. Hinweise auf diesen Trend liefern etwa das Erstarren der Sympathie für die Idee des Sozialismus<sup>7</sup> und die veränderten Wertorientierungen zu Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung<sup>8</sup>. Daher ist wohl eher von einer Verlagerung auch der hier betrachteten Werte zu einer stärker sozialen Orientierung zumindest in den neuen Ländern auszugehen als von einem unveränderten Muster seit der Vereinigung.

Die weitere Analyse hat zum Ziel herauszufinden, ob der regionale Unterschied in den Wertorientierungen der Ost- und Westdeutschen – statistisch die an die Region gebundene Varianz – abnimmt, wenn die unterschiedlichen Lebensumstände in Ost und West berücksichtigt werden. Dies ist gleichbedeutend mit der Frage, ob die Unterschiede in den Werten die Divergenzen in der Lebenssituation in Ost und West widerspiegeln oder ob sie auf andere Ursachen zurückzuführen sind.

2 Vgl. Edeltraud Roller, Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß, Opladen 1997, S. 115–146; Jörg Machatzke, Einstellungen zum Umfang staatlicher Verantwortung – Zum Staatsverständnis der Eliten im vereinten Deutschland, in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf u.a., Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 321–350.

3 Vgl. Hans-Joachim Veen/Carsten Zelle, National Identity and Political Priorities in Eastern and Western Germany, in: German Politics, (1995) 4, S. 1–26.

4 Vgl. Bettina Westle, Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinigten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (1994), S. 571–596; H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 3). *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Detlef Pollack und Gert Pickel in diesem Heft.

5 Vgl. Renate Köcher, Der Freiheit entwöhnt. Sicherheitsstreben und egalitäre Tendenzen unterminieren die Wertschätzung des Freiheitsideals, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. März 1996, S. 5; H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 3).

6 Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Sommerstudie 1993, Archiv Nr. 9303, Herbststudie 1995, Nr. 9502.

7 Vgl. Carsten Zelle, Factors Explaining the Increase in PDS Support, in: Christopher J. Anderson/Carsten Zelle (Hrsg.), Stability and Change in German Elections. How Electorates Merge, Converge, or Collide, Westport, Conn. (i. E.); B. Westle (Anm. 4).

8 Vgl. Kai Arzheimer/Markus Klein, Die friedliche und die stille Revolution. Die Entwicklung gesellschaftspolitischer Wertorientierungen in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder, in: O. W. Gabriel (Anm. 2), S. 37–59.

---

### III. Die unabhängige Variable

---

#### 1. Zur Stellung situativer Erklärungen in der Werteforschung

In der Werte- und Einstellungsforschung ist es im Grundsatz unbestritten, daß von sozioökonomischen Faktoren Einflüsse auf Wertvorstellungen ausgehen. Im einzelnen bestehen jedoch unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Wirkungs-



weise dieser Zusammenhänge. Für die vorliegende Untersuchung sind dabei zwei strittige Dimensionen relevant, nämlich erstens der Zeitpunkt, zu dem der Einfluß als wirksam angesehen wird (Sozialisation versus gegenwärtige Lage), sowie zweitens die maßgebliche Bezugskategorie – also ob individuelle oder gesamtgesellschaftliche sozio-ökonomische Faktoren wirksam werden. Beide Dimensionen bilden zentrale Aspekte einer kontroversen Debatte, die Ronald Inglehart und Scott C. Flanagan in den siebziger und achtziger Jahren führten.

Hinsichtlich der zeitlichen Einordnung kreist die Debatte darum, ob die Sozialisationsthese Ronald Ingleharts um situative Einflüsse zu ergänzen ist. Inglehart hatte stets betont, daß aus seiner Sicht die Bildung von Wertvorstellungen nach den „formative experiences“ im wesentlichen abgeschlossen sei, so daß mit lebenslanger Stabilität der Wertmuster zu rechnen sei. Die soziale Situation während der Phase der Sozialisation ist aus dieser Perspektive die wesentliche Erklärungsvariable für Wertvorstellungen<sup>9</sup>. Veränderungen im Laufe des Lebens – etwa als Anpassung an veränderte Lebensumstände – räumt Inglehart ursprünglich einen nachgeordneten Stellenwert ein, während er sie an anderer Stelle definitiv ausschließt<sup>10</sup>. Im Gegensatz dazu sieht Scott C. Flanagan in seinen vergleichenden Analysen verschiedener Generationen (Kohortenanalysen) nicht etwa nur lebenslange Stabilität der Werte, sondern auch deren Veränderung auf der individuellen Ebene<sup>11</sup>. Obwohl also auch Flanagans Theorie im wesentlichen auf einen Wertewandel in der Generationsfolge als Resultat unterschiedlicher Sozialisationserfahrungen setzt, spielt bei ihr der Einfluß der gegenwärtigen Lebensbedingungen gerade auf die materialistischen Wertvorstellungen eine wichtigere Rolle.

Diese Debatte um den Stellenwert der Einflüsse von Sozialisation und Situation ist eng an die anhaltende Diskussion um die Veränderungslogiken von Wertvorstellungen eingeflochten<sup>12</sup>. Dabei

9 Vgl. Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1997, S. 72–98.

10 Vgl. ebd., S. 96f.; ders., *Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten*, in: Helmut Klages/Peter Kmieciak (Hrsg.), *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt am Main – New York 1979, S. 279–316.

11 Vgl. Scott C. Flanagan, *Changing Values in Advanced Industrial Societies. Inglehart's Silent Revolution from the Perspective of Japanese Findings*, in: *Comparative Political Studies*, 14 (1982), S. 403–444.

läßt sich insbesondere die Veränderung der Wertorientierungen in Deutschland im Zeichen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der neunziger Jahre als ein Indiz für Auswirkungen der aktuellen Gegebenheiten deuten<sup>13</sup>.

Des weiteren spezifizieren die Theorien Flanagans und Ingleharts die Effekte sozioökonomischer Faktoren auf unterschiedlichen Ebenen. Ingleharts Mangelthese benennt den Wohlstand auf der individuellen Ebene als den maßgeblichen Faktor<sup>14</sup>. Dagegen gehen nach Flanagans Theorie der „functional constraints“ die prägenden Einflüsse auf Wertvorstellungen von im gesellschaftlichen Kontext definierten Möglichkeiten und Zwängen aus, die unter anderem durch den Wohlstand einer Gesellschaft bestimmt sind<sup>15</sup>. In einer Reaktion auf Flanagan akzeptiert Inglehart derartige Kontexteffekte als Ergänzung seiner Theorie, ohne aber auf die Effekte auf der Individualebene zu verzichten, während spätere Analysen Kontextbedingungen sogar sehr breiten Raum einräumen – was Flanagan genüßlich registriert<sup>16</sup>. Die vorliegende Untersuchung geht zwar davon aus, daß situative Faktoren sowohl in der Form von Kontexteffekten als auch in der Form von Individual-effekten wirksam sein könnten, beschränkt die empirische Analyse allerdings auf die Individual-ebene.

12 Vgl. Markus Klein, *Wieviel Platz bleibt im Prokrustesbett? Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1973 und 1992 gemessen anhand des Inglehart-Index*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 47 (1995), S. 207–230; Wilhelm Bürklin/Markus Klein/Achim Ruß, *Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und der Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 35 (1994), S. 579–606; dies., *Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel? Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 37 (1996), S. 517–536; Ronald Inglehart/Hans-Dieter Klingemann, *Dimensionen des Wertewandels. Theoretische und methodische Reflexionen anlässlich einer neueren Kritik*, in: ebd., S. 319–340.

13 Vgl. Hans-Joachim Veen/Jutta Graf, *Rückkehr zu traditionellen Werten? Zum Zusammenhang von Wertorientierungen, politischen Prioritäten und Wirtschaftsklima 1982–1996*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung (Interne Studien Nr. 131/1997); Dieter Fuchs/Robert Rohrschneider, *The Electoral Process in the United Germany*, Berlin, Veröffentlichung der Abteilung Institutionen und Sozialer Wandel des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin (WZB), 1997.

14 Vgl. R. Inglehart (Anm. 9), S. 72–98.

15 Vgl. S. C. Flanagan (Anm. 11), S. 406–409.

16 Vgl. Ronald Inglehart, *Changing Values in Japan and the West*, in: *Comparative Political Studies*, 14 (1982), S. 473f.; ders., *Value Change in Industrial Societies*, in: *American Political Science Review*, 81 (1987), S. 1303; ders., *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt am Main – New York 1989, S. 311–323.



Im folgenden wird also untersucht, ob situative Faktoren auf der Individualebene mitursächlich für die Ost-West-Unterschiede bei den sozialen und liberalen Werten sind. Diese Hypothese besteht aus zwei Stufen. Zunächst wird ein Zusammenhang zwischen einem bestimmten Aspekt der Lebenssituation und den individuellen Wertvorstellungen (*Situationsargument*) behauptet. Die zweite Stufe besteht in einem *Kompositionsargument*, das an eine unterschiedliche Verteilung der relevanten Lebenssituation in Ost und West anknüpft.

Der erwartete situative Effekt der Lebensbedingungen könnte auf unterschiedlichen Begründungszusammenhängen basieren. Insbesondere in bezug auf die sozialen Werte ist es naheliegend, den aktuellen Mangel als wesentlichen Mittler zwischen Lebenssituation und Werten anzusehen. Demnach führte der vor allem wegen der höheren Arbeitslosigkeit stärkere Bedarf an sozialen Leistungen in Ostdeutschland dazu, daß die Ziele „soziale Gerechtigkeit“ und „Sozialstaat“ besonders dringlich erscheinen. Die im Vergleich zu Westdeutschland geringere Betonung der liberalen Werte läßt sich in dieser Argumentation zum einen darauf zurückführen, daß hinsichtlich dieser im Vergleich zu den sozialen Werten ein geringeres Maß an Mangel besteht. Darüber hinaus könnte spekuliert werden, daß zahlreichen Bürgern die Verwirklichung freiheitlicher Werte in einem negativen Zusammenhang zur Verwirklichung sozialer Werte erscheint und deswegen als kontraproduktiv für die Behebung des aktuellen wirtschaftlichen Mangels gesehen wird. Eine verhaltenere Einstufung der freiheitlichen Werte wäre dann durchaus nachvollziehbar. Dies kann bei einigen so weit gehen, daß die Zusammenhänge zwischen sozialen und liberalen Werten im Rahmen einer Konfrontation von Systemalternativen verstanden, also in die Gegenüberstellung von Sozialismus und Marktwirtschaft eingebettet werden.

Die erwartete Beziehung zwischen individueller Lebenssituation und Wertorientierungen könnte zudem über die Lebenszufriedenheit vermittelt werden. Demnach beeinträchtigen die objektiven Schwierigkeiten in den neuen Ländern die subjektive Einschätzung der Lebensumstände und mithin die Lebenszufriedenheit. Wenn die Umstände (partiell) im Verantwortungsbereich des politischen Systems gesehen werden, könnten – so die Hypothese – die tragenden Werte dieses Systems in Frage gestellt werden. Dies bedeutet eine Abwertung der freiheitlichen gegenüber den sozialen Werten.

Gleich, welcher Mechanismus sich im Einzelfall vollzieht: Für die gegenwärtige Untersuchung ist maßgeblich, daß es plausibel ist, einen nicht unerheblichen Einfluß situativer Faktoren auf die Wichtigkeitseinstufungen sozialer und liberaler Werte zu erwarten. Ob dieser tatsächlich im nennenswerten Umfang existiert, ist empirisch zu klären.

Bei diesem Anliegen kann nur im geringen Ausmaß auf bisher vorliegende Studien zurückgegriffen werden. Zwar existiert eine Vielzahl von Untersuchungen zu Unterschieden und Gemeinsamkeiten in den Einstellungen und Werten der Deutschen nach der Vereinigung, diese sehen aber in der Regel keine Effekte der Lebenssituation vor. Zahlreiche Autoren führen bestehende Unterschiede in ihrer Gesamtheit auf die konträren Sozialisationserfahrungen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zurück, ohne andere Erklärungsmöglichkeiten zu erörtern<sup>17</sup>. In einer jüngeren Untersuchung gehen Kai Arzheimer und Markus Klein deutlich über dieses einfache Argumentationsmuster hinaus, indem sie drei mögliche Modelle auf ihren Erklärungswert für die seit der Vereinigung festgestellten Wertemuster beleuchten<sup>18</sup>.

Auch Michael Braun<sup>19</sup> versucht auf dem Wege der inhaltlichen Konkretisierung von Einstellungsdifferenzen diese den jeweiligen Effekten der aktuellen Lage und der Sozialisation zuzuweisen. Edltraud Roller<sup>20</sup> spezifiziert aktuelle Lage und Sozialisation in Regressionsanalysen, um deren Einflüsse auf der individuellen Ebene zu erfassen. So wegweisend jedoch Rollers Vorgehensweise auf der theoretischen Ebene erscheint, so wenig vermag die empirische Erhebung der potentiellen Kausalfaktoren zu überzeugen: Für die DDR-

17 Vgl. Ursula Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen. Eine Analyse aus Anlaß der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11–12/91, S. 21–32.

18 Jedes dieser Modelle – Kongruenzmodell, Konvergenzmodell und Sozialisationsmodell – benennt jedoch ausschließlich Faktoren, deren Wirkung spätestens im Jahr 1990 endete. Um Veränderungen zu erklären, die sich nach 1990 vollzogen (wie die wachsende Unterstützung für soziale Werte), müssen Arzheimer und Klein auf Hilfsannahmen zurückgreifen. Gerade dieser Umstand macht das Potential einer situativen Herangehensweise deutlich: Kurzfristige Veränderungen eines Untersuchungsgegenstandes legen es nahe, Effekte aktuell wirksamer Faktoren zu prüfen. Vgl. K. Arzheimer/M. Klein (Anm. 8).

19 Vgl. Michael Braun, *Ideologie oder objektive Lage?* Anmerkungen zur Interpretation von Unterschieden und Ähnlichkeiten in den Einstellungen von Ost- und Westdeutschen, in: *ZUMA-Nachrichten*, 32 (1993), S. 7–21.

20 Vgl. E. Roller (Anm. 2).



Sozialisation steht die PDS-Anhängerschaft (die nach dem Umbruch anwuchs, also unmöglich ausschließlich von Sozialisationsfaktoren bestimmt sein kann) und eine positive Haltung zu einem abstrakten Sozialismus (die sich auch im Westen bei einem beträchtlichen Prozentsatz findet, die also gleichfalls nicht pauschal auf die DDR-Sozialisation zurückgeführt werden darf). Die Messung der individuellen Lebensumstände bezieht die Arbeitslosigkeit ein, kann sich jedoch lediglich auf die gegenwärtige Arbeitslosigkeit stützen, was – wie zu erörtern sein wird – zu kurz greift, um das Ausmaß der Betroffenheit zu erfassen.

In der vorliegenden Untersuchung wird versucht, diese Schwierigkeiten zu reduzieren, indem die theoretische Reichweite der Forschungsfrage eingengt und gleichzeitig die empirische Messung vertieft wird. Angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten, den Sozialisationshintergrund eines Individuums zu erschließen, verzichte ich notgedrungen darauf, diesen Erklärungsfaktor zu spezifizieren. Dagegen werden die gegenwärtigen Lebensbedingungen, und zwar vor allem die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, besonders eingehend gemessen. Diese Strategie erkaufte den Vorzug, einen Erklärungsfaktor umfassend untersuchen zu können, damit, daß dieser nicht in Beziehung zu anderen Einflüssen gesetzt werden kann<sup>21</sup>.

## 2. Die Messung der situativen Faktoren

Im folgenden wird der Einfluß situativer Faktoren auf der individuellen Ebene untersucht, wobei in einigen Fällen weitere Haushaltsmitglieder einbezogen werden. Als unabhängige Variablen fungieren also Aspekte der Wohlfahrt des einzelnen innerhalb seines engsten Umfeldes. Situative Effekte weiter gefaßter Kontexte – denen Flanagan großes Gewicht beimißt – können mangels adäquater Daten dagegen nicht berücksichtigt werden. Insbesondere bleiben also Charakteristika

21 Diese Untersuchung schließt an eine Studie an, die eine entsprechende Strategie auf die Unterschiede der Deutschen hinsichtlich der Lebenszufriedenheit, der Demokratiezufriedenheit und der Systempräferenzen anwandte. Dort ergab sich, daß ein Einfluß situativer Faktoren auf alle diese Einstellungen feststellbar war, dieser aber in dem Maße abnahm, in dem eine Einstellung ihrem Wesen nach ideologischer wird. Vor diesem Hintergrund soll hier der Einfluß der individuellen Lebensbedingungen auf die oben dargestellten Unterschiede in den Akzentsetzungen bei den sozialen und den liberalen Werten untersucht werden. Vgl. Carsten Zelle, Einstellungsunterschiede und Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland, Manuskript, Universität Potsdam (Vortrag bei der Jahrestagung 1997 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft [DVPW], AK Wahlen und Einstellungen, Bamberg).

der Region, in der der einzelne lebt, außen vor. So muß die Frage, ob ein Wohnort in einer besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Region den individuellen Akzent auf soziale Werte erhöht, einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

### *Betroffenheit von Arbeitslosigkeit*

Die Messung der situativen Faktoren wurde durch die Verfahren der Wohlfahrtsforschung angeregt, sie muß aber vor allem wegen ihres geringen Umfangs hinter der theoretischen und operationalen Rigorosität dieser Forschungseinrichtung zurückstehen. Die individuellen Lebensbedingungen werden mittels objektiver und subjektiver Komponenten erfaßt, decken also tatsächliche Gegebenheiten sowie Wahrnehmungen und Bewertungen ab. Angesichts der auf die Ost-West-Unterschiede bezogenen Fragestellung erwies es sich als angebracht, die Erhebung der Wohlfahrt auf die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zu fokussieren. Eine vollständige Erfassung der objektiven und subjektiven Wohlfahrt in ihren unterschiedlichen Aspekten geht also nicht in diese Analyse ein<sup>22</sup>.

Die individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit wird in vier Aspekten erfaßt, wovon drei an objektive Gegebenheiten anknüpfen. Dies sind:

1. gegenwärtige Arbeitslosigkeit;
2. Entlassung in der Zeit nach der Wende;
3. Langzeitarbeitslosigkeit in der Zeit nach der Wende;

22 Vgl. Roland Habich, Objektive und subjektive Indikatoren – Ein Vorschlag zur Messung des Wandels von Lebenslagen, in: Wolfgang Zapf/Jürgen Schupp/Roland Habich (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt, Frankfurt am Main – New York 1990, S. 46–65. Diese Beschränkung ist aus vier Gründen sinnvoll: Erstens steht die Arbeitslosigkeit in einem engen thematischen Zusammenhang mit den hier untersuchten Wertedimensionen, insbesondere den sozialen Werten. Zweitens stellt der Arbeitsmarkt einen zentralen Bereich der individuellen Wohlfahrt dar, der gerade angesichts seiner gegenwärtig dominierenden Stellung auf politischen Dringlichkeitslisten beträchtliche Relevanz für Einstellungen und Verhalten haben dürfte. Drittens bestehen angesichts des problematischen Arbeitsmarkts in den neuen Ländern in diesem Bereich besonders ausgeprägte objektive Unterschiede zwischen Ost und West. Das Kompositionsargument trifft für diesen Bereich also zu. Unterschiede der Lebensbedingungen in anderen Bereichen schlugen sich in hier zur Verfügung stehenden Meßinstrumenten dagegen nicht nieder, so daß sie für die weitere Analyse nicht in Betracht kommen können. Viertens bietet es sich an, die in diesem Bereich besonders offenkundige Verschlechterung der Lebensbedingungen in den vergangenen Jahren auf ihren Zusammenhang mit den oben dargestellten veränderten Wertorientierungen zu untersuchen.



4. Befürchtung, künftig arbeitslos zu werden (als subjektive Komponente).

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit bezieht sich auf den Befragten selbst, während die verbleibenden Aspekte Haushaltsmitglieder einbeziehen. Tabelle 1 stellt die Häufigkeit dieser unterschiedlichen Arten der Konfrontation mit der Arbeitslosigkeit dar.

**Tabelle 1: Aspekte der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in Ost und West 1995 (Spaltenprozente, alle Befragte)**

	Westdeutsche	Ostdeutsche
Zur Zeit arbeitslos	4,6	12,8
Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit befürchtet	16,5	34,7
Entlassung in den Jahren nach der Wende	8,2	31,1
Langzeitarbeitslosigkeit in den Jahren nach der Wende	12,0	34,7
Von keinem Aspekt betroffen	75,1	48,1
1 Aspekt	14,8	18,8
2 Aspekte	5,8	13,3
3 Aspekte	2,6	10,9
4 Aspekte	1,8	8,8
	25,0	51,8

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Herbststudie 1995, Archiv Nr. 9502 (N = 1 959 West, 2 037 Ost).

In allen vier Fällen wird die stärkere Problematik der Situation in den neuen Ländern sichtbar. Der Anteil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen beträgt bei jedem dieser Aspekte in Ostdeutschland mindestens das Doppelte (Befürchtung von Arbeitslosigkeit), aber bis zum Vierfachen des in Westdeutschland verzeichneten Wertes (Entlassung in den Jahren nach der Wende). Diese von der Arbeitslosigkeit markierte objektive „innere Mauer“ erweist sich als ähnlich ausgeprägt wie die oben dargestellten Unterschiede in den Wertvorstellungen.

Immerhin 25 Prozent der Befragten in den alten Ländern sind von einem oder mehreren dieser Aspekte von Arbeitslosigkeit betroffen, aber etwas mehr als jeder zweite in den neuen Ländern (51,8 Prozent). Knapp zwei Prozent der Westdeutschen, aber knapp neun Prozent der Ostdeutschen sind allen vier Aspekten der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. In der gefühlkalten Sprache der wissenschaftlichen Analyse bedeutet dieses hohe Maß an Variation der unabhängigen Variablen vielversprechende

Ausgangsbedingungen, um diese hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Wertunterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West zu überprüfen.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen wird auch die Notwendigkeit deutlich, die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nicht lediglich in Form der gegenwärtigen Beschäftigungssituation zu spezifizieren. Wenn eine einstellungsprägende Wirkung der Arbeitslosigkeit angenommen wird, dann ist es naheliegend, Nachwirkungen in der jüngsten Vergangenheit liegender Entlassungen bzw. Zeiten von Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Zudem ist die gegenwärtige Beschäftigungssituation wegen der vergleichsweise geringen Anteile von Betroffenheit am wenigsten geeignet für die Verwendung in statistischen Verfahren.

Für die Analyse ist es zweckmäßig, diese unterschiedlichen Aspekte der Arbeitslosigkeit zu einer Variablen zusammenzufassen. Dies wird gemeinsam mit der Skalierung der abhängigen Variablen im anschließenden Abschnitt erfolgen. Da sich die Untersuchung auf *eine* abhängige Variable konzentriert, kann die zusammenfassende Skalierung der unterschiedlichen Arbeitslosigkeitsaspekte an die Skalierung der abhängigen Variablen angepaßt werden. Meine vorangegangene Untersuchung hatte dagegen mehrere zu erklärende Phänomene im Visier, so daß eine derartige Optimierung nicht möglich war und auf den additiven Index der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zurückgegriffen werden mußte<sup>23</sup>.

### Lebenszufriedenheit

Zur weitgehend an objektiven Sachverhalten anknüpfenden Erhebung der Veränderung der Lebenssituation durch die Arbeitslosigkeit tritt ergänzend die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten, die als zusammenfassender Indikator der subjektiven Lebenssituation zum Einsatz kommt. Westdeutsche sind mit einem Durchschnittswert von 7,6 zufriedener mit ihrem Leben als Ostdeutsche mit 6,8 (der Wert 10 steht für höchste Zufriedenheit)<sup>24</sup>. Weil sich Arbeitslosigkeit negativ auf die Zufriedenheit mit dem Leben aus-

23 Vgl. C. Zelle (Anm. 21).

24 Vgl. Heinz-Herbert Noll, Steigende Zufriedenheit in Ostdeutschland, sinkende Zufriedenheit in Westdeutschland, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, (1994) 11, S. 1-7; Elazar J. Pedhazur, Multiple Regression in Behavioral Research. Explanation and Prediction, New York 1982; Thomas Bulmahn/Steffen Mau, Zufriedenheiten und Zukunftserwartungen: Tendenz fallend. Vom Wohlstandsklima der 80er Jahre zum Problemklima der 90er Jahre, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, (1996) 16, S. 5-8.



wirkt<sup>25</sup>, ist dieser Ost-West-Unterschied in der Lebenszufriedenheit nach meinen Analysen zum überwiegenden Teil aus der unterschiedlichen Belastung des Arbeitsmarktes zu erklären<sup>26</sup>. Die Lebenszufriedenheit wird in den folgenden Analysen jeweils eingeführt, nachdem die Wirkung der Arbeitslosigkeit bereits untersucht wurde, um darüber hinausgehende Effekte der subjektiven Lebenssituation festzustellen.

### 3. Arbeitslosigkeit und Werte: Konstruktion eindimensionaler Skalen

So wichtig es ist, die individuelle Konfrontation mit Arbeitslosigkeit vielschichtig zu messen, so erstrebenswert ist es, die so gewonnenen Informationen auf den für die Fragestellung zentralen Gehalt zu reduzieren. Völlig analog verhält es sich bei den Wertvorstellungen, die hier durch die Aussagen zu fünf unterschiedlichen Begriffen gemessen wurden, die den zwei Bereichen der sozialen und der liberalen Werte entstammen (vgl. Tabelle 2, rechte Spalte). Eine Möglichkeit, diese Reduktion vorzunehmen, besteht in der Konstruktion von Skalen, die im Idealfall den optimalen Kompromiß zwischen möglichst einfachem Format, aber gleichzeitig möglichst sensibler Wiedergabe der Komplexität der empirischen Wirklichkeit darstellen. Hierfür ist es ratsam auf die kanonische Korrelationsanalyse zurückzugreifen<sup>27</sup>.

Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 zusammengestellt. Diese enthält die Korrelationen der einzelnen Indikatoren mit jeweils zusammenfassenden neuen Variablen (Kanonische Variable), in die sie eingehen. Dabei beschränkt sich die Darstellung ebenso wie die Analyse auf die jeweils erste der so gewonnenen Dimensionen für jede Variablengruppe.

25 Vgl. Horst Berger/Thomas Bulmahn/Wilhelm Hinrichs, Erwerbsverläufe in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf das Wohlbefinden, in: Martin Diwald/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß, Opladen 1996, S. 33–61.

26 Vgl. C. Zelle (Anm. 21); Thomas Bulmahn, Determinanten des subjektiven Wohlbefindens, in: Wolfgang Zapf/Roland Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin 1996, S. 79–96.

27 Diese strebt an, die in zwei Variablengruppen enthaltenen Informationen dergestalt zu reduzieren, daß gleichzeitig maximale Varianzbindung innerhalb der Variablenblöcke und maximale Korrelation der resultierenden Skalen untereinander angestrebt wird. Dieses Verfahren ersetzt also die Willkür von unterschiedlich rotierten Faktorenlösungen durch die Ausrichtung auf die jeweils andere Gruppe von Variablen. Die Bildung der Skalen für Wertvorstellungen und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit erfolgt also mit dem Ziel, den Zusammenhang zwischen diesen Dimensionen in optimaler Weise wiederzugeben.

**Tabelle 2: Konstruktion eindimensionaler Variablen für Arbeitslosigkeit und Wertorientierungen durch Kanonische Korrelation\***

	Korrelation mit Kanonischer Variable „Arbeitslosigkeit“		Korrelation mit Kanonischer Variable „Soziale vs. liberale Werte“
Zur Zeit arbeitslos	.67	Sozialstaat	.53
Arbeitslosigkeit befürchtet	.80	soziale Gerechtigkeit	.72
Entlassung nach der Wende	.73	Freiheit	-.39
Langzeitarbeitslos nach der Wende	.83	freie Meinungsäußerung	-.37
		Rechtsstaat und Demokratie	-.37
Anteil der durch Kanonische Variable gebundenen Varianz (in Prozent)	57,6		24,6

\* Siehe Anmerkung 27.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Herbststudie 1995, Archiv Nr. 9502 (N = 1 959 West, 2 037 Ost).

Es zeigt sich, daß sich die in den unterschiedlichen Aspekten der Arbeitslosigkeit enthaltene Information diesbezüglich in befriedigender Weise auf eine Dimension reduzieren läßt. Die zusammenfassende Variable „Arbeitslosigkeit“ gibt – vereinfacht gesagt – 57,6 Prozent derjenigen Informationsmenge wieder, die in den Antworten zu den vier einzelnen Aspekten enthalten ist. Dabei repräsentiert die Variable die verschiedenen Erscheinungsformen von Arbeitslosigkeit weitgehend gleichermaßen gut. Die einzelnen Korrelationen mit der zusammenfassenden Variablen unterscheiden sich kaum. Der schwächste Zusammenhang ist bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (.67), der höchste bei der Langzeitarbeitslosigkeit nach der Wende (.83).

Die entsprechenden Ergebnisse zu den Wertvorstellungen sind weniger überzeugend. Die Kanonische Variable verschafft der in den Antworten zu



den einzelnen Wertzielen enthaltenen Information in weniger befriedigender Weise Ausdruck: Mit 24,6 Prozent repräsentiert sie zwar einen nicht unbeträchtlichen Anteil dieser Information; gerade im Vergleich zur Arbeitslosigkeitsvariablen bleibt ihre Repräsentationskraft aber deutlich geringer. Dies reflektiert die stärkere Heterogenität der in dieser Variablengruppe enthaltenen Komponenten, die eben soziale und liberale Ziele ansprechen. Angesichts dieser Heterogenität erscheint wiederum beachtlich, daß es überhaupt gelingt, eine gemeinsame Dimension festzustellen.

Die Vorsicht gebietet es jedoch, die Analyse nicht ausschließlich auf diese Skala zu stützen. Es empfiehlt sich, die zusammenfassenden Ergebnisse aus Tabelle 1 (25 Prozent der Befragten in den alten Ländern, aber ca. 52 Prozent in den neuen Ländern sind von einem oder mehreren Aspekten der Arbeitslosigkeit betroffen) für die jeweiligen Wertebereiche weiterhin in die Analyse einzubeziehen. Im folgenden wird also untersucht, wie die Kanonische Variable „Arbeitslosigkeit“ mit der Kanonischen Variablen „Soziale versus liberale Werte“, aber auch mit den einfachen Indizes „Soziale Werte“ und „Liberale Werte“ zusammenhängt.

---

## IV. Situative Einflüsse auf Wertvorstellungen

---

### 1. Zusammenhänge zwischen Werten, Arbeitslosigkeit und Lebenszufriedenheit

Wie eng hängen nun Arbeitslosigkeit und Lebenszufriedenheit mit sozialen und liberalen Wertzielen zusammen? Bevor untersucht werden kann, ob die Unterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West hinsichtlich ihrer Wertziele auf die unterschiedliche Belastung durch den Arbeitsmarkt und die unterschiedlich ausgeprägte Lebenszufriedenheit zurückgeführt werden kann, ist zunächst festzustellen, ob diese Dimensionen auf der individuellen Ebene zueinander in Beziehung stehen. Die entsprechenden Befunde<sup>28</sup> stützen die Hypothese, daß situative Faktoren einen Einfluß auf die Formierung von Wertvorstellungen haben können: Arbeitslosigkeit und Wertorientierungen stehen nachweisbar in Beziehung zueinander. Der zentrale Befund hierzu ist der Zusammenhang zwischen den Variablen „Arbeitslosigkeit“ und „Soziale versus liberale Werte“

(die Korrelation beträgt .18). Wer von Arbeitslosigkeit betroffen ist, tendiert also dazu, sozialen Werten gegenüber liberalen Werten relativ höhere Wichtigkeit zuzuschreiben. Ebenso eindeutig, wie die Größenordnung des Zusammenhanges darauf verweist, daß von einer wesentlichen Bestimmung oder gar einer Determination der Werte durch die Arbeitslosigkeitsvariable nicht gesprochen werden kann, läßt der Zusammenhang zumindest auf einen wichtigen Einfluß der Arbeitslosigkeit schließen. Bereits an diesem Punkt kann also konstatiert werden, daß die Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der Orientierungen zu sozialen und liberalen Werten geringer wären, wenn die Diskrepanz in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit weniger groß wäre.

Auch wenn man die Zusammenhänge zwischen der Arbeitslosigkeitsvariable und den Wertorientierungen im einzelnen betrachtet, bestätigt sich, daß Arbeitslosigkeit die Unterstützung für soziale Werte verstärkt, während zugleich eine negative Beziehung zu liberalen Werten besteht. Diese negativen Zusammenhänge fallen jedoch deutlich schwächer aus und nähern sich in dem Moment der Null-Marke, wenn die Regionen West- und Ostdeutschland getrennt betrachtet werden. Insofern läßt sich festhalten, daß Arbeitslosigkeit die Unterstützung für liberale Werte wohl nicht beeinträchtigt, während sie ohne Zweifel eine verstärkende Wirkung auf die sozialen Werte hat.

Auf welchen Aspekten der Arbeitslosigkeit beruht nun dieser Effekt? Die getrennt für Ost und West betrachteten Zusammenhänge zwischen der zusammenfassenden WertevARIABLE „Soziale versus liberale Werte“ und den einzelnen Aspekten der Arbeitslosigkeit zeigt, daß in erster Linie die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Befürchtungen künftiger Arbeitslosigkeit mit den Wertorientierungen in Beziehung stehen. Entlassungen in den Jahren nach der Wende scheinen ohne Auswirkungen auf die Wertvorstellungen geblieben zu sein. Eine Phase der Langzeitarbeitslosigkeit nach der Wende ist etwas stärker mit den Wertvorstellungen verknüpft.

Die Lebenszufriedenheit – als Indikator der subjektiven Lebensumstände – steht ebenfalls in Beziehung zu den hier untersuchten Wertvorstellungen. Steigende Zufriedenheit geht mit einer Verlagerung der Wichtigkeitseinstufungen von den sozialen zu den liberalen Werten einher. Wiederum zeigt sich dieser Zusammenhang aber bei getrennter Betrachtung West- und Ostdeutschlands in abgeschwächtem Ausmaß.

<sup>28</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Anm. 6).



In der Gesamtschau weisen diese Ergebnisse auf merkliche Einflüsse der situativen Faktoren hin. Es zeigt sich unbestreitbar, daß die individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit die Unterstützung sozialer Werte verstärkt. Darüber hinaus geht ein geringeres Maß an allgemeiner Lebenszufriedenheit mit einer distanzierteren Beziehung zu liberalen Werten einher. *Arbeitslosigkeit macht sozialer, Unzufriedenheit macht weniger liberal.* In der Kombination reflektiert dies die Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich der sozialen und liberalen Werte einerseits sowie der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und des Grades an Lebenszufriedenheit andererseits. Die Wertunterschiede zwischen Ost und West lassen sich also zumindest partiell als Reflex der unterschiedlichen Lebensbedingungen verstehen. Die weitere Analyse soll klären, in welchem Ausmaß dies der Fall ist. Zunächst soll jedoch im anschließenden Abschnitt untersucht werden, ob bestimmte gesellschaftliche Wertvermittlungsinstanzen der Abhängigkeit der Wertvorstellungen von situativen Faktoren entgegenwirken können.

## 2. Situative Einflüsse und gesellschaftliche Wertvermittlungsinstanzen

In dem Maße, in dem Wertvorstellungen von situativen Faktoren bestimmbar sind, können Menschen flexibel auf Veränderungen der Lebensumstände reagieren. Dem einzelnen wird es dadurch möglich, ein der jeweiligen Lage angepaßtes Muster an „Konzeptionen des Wünschenswerten“ zu unterhalten. Diesem Bild der Flexibilität und Wandlungsfähigkeit steht jedoch der Anspruch auf Institutionen entgegen, deren Bestreben es ist, dauerhafte Wertvorstellungen zu vermitteln, die ihre Rechtfertigung eben nicht in der jeweiligen individuellen Lebenssituation suchen, sondern aus einem überzeitlich gültigen Wahrheitsanspruch. Das treffendste Beispiel derartiger Institutionen sind religiöse Einrichtungen. Aber auch für andere Institutionen gilt entsprechendes, wenngleich in eingeschränktem Ausmaß. Ein Deutungs- und Wertvermittlungsanspruch läßt sich immer dort konstatieren, wo bestimmte Verhaltens- und Denkweisen als höherwertig dargestellt werden. Das gilt in gewissem Maße auch für die Gewerkschaften, die politischen Parteien, aber auch für das Bildungssystem. Dies wirft die Frage auf, ob diese gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen in der Lage sind, die Beeinflussbarkeit der Wertvorstellungen durch situative Faktoren – Arbeitslosigkeit und Lebenszufriedenheit – zu mindern. Vermögen es Kirchen, Gewerkschaften, Parteien oder das Bildungssystem, Wertvorstellungen derart sta-

bil zu verankern, daß diese gegenüber Einflüssen aktueller Lebensbedingungen stabil bleiben?

### *Ergebnisse zur Arbeitslosigkeit*

Um diese Frage zu untersuchen, wurde zunächst berechnet, ob der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die sozialen und liberalen Werte geringer ausfällt, wenn starke Wirkungen der Sozialisation in einer der genannten Instanzen anzunehmen sind. Dies sollte bei Befragten mit Kirchen- und Gewerkschaftsbindung, mit Bindung an eine Partei oder mit höherem Bildungsstand der Fall sein. Während diese Konzepte im allgemeinen durch Standardinstrumente der empirischen Sozialforschung zu erheben sind, bereitet die Parteibindung hier ein Problem, da die Parteiidentifikation in der zugrundeliegenden Umfrage nicht enthalten ist. Deswegen mußte hilfsweise auf die „Sonntagsfrage“ zurückgegriffen werden. Es wird also angenommen, daß Befragte, die eine Wahlabsicht angeben, häufiger den Wirkungen einer parteinahen Sozialisation ausgesetzt waren bzw. sind als solche, die diese Frage nicht beantworten oder nicht an einer Wahl teilnehmen würden.

Diese Ergebnisse weisen in Ost und West auf deutliche Wirkungen der Sozialisation in den Kirchen hin. Bei Befragten mit Kirchenbindung fallen die Korrelationen zwischen der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und den unterschiedlichen Werteskalen geringer aus als bei Befragten ohne Kirchenbindung. Offensichtlich erweist sich die Nähe zur Sozialisationsinstanz der Kirchen in den alten und in den neuen Ländern als ein Puffer gegenüber kurzfristigen Einflüssen auf das Wertgefüge.

Im Westen ist dies in gleicher Weise für die Gewerkschaften und für das Bildungssystem festzustellen. Der Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Wertvorstellungen schwächt sich deutlich ab, wenn eine Bindung an die Gewerkschaften vorhanden ist bzw. wenn mindestens der Fachhochschulabschluß erreicht wurde. Auch diese Vermittlungsinstanzen üben also einen stabilisierenden Einfluß auf die Wertvorstellungen aus. Dieser läßt sich im Falle der Parteien nicht nachweisen, was angesichts der Schwäche des zugrundeliegenden Indikators allerdings keine abschließende Folgerung ermöglicht.

Mit Ausnahme des genannten Ergebnisses hinsichtlich der Kirchen sind in den neuen Ländern derartige Wirkungen von Sozialisationsinstanzen nicht festzustellen. Die unterschiedlichen Skalen legen im Falle der Gewerkschaftsbindung und der Wahlbeteiligung jeweils gegenteilige Schlußfolgerungen nahe, so daß von einer eindeutigen Wir-



kungsweise hier nicht ausgegangen werden kann. Im Falle der Bildung erscheinen die deutlichsten Effekte der Arbeitslosigkeit in der mittleren Gruppe, was mit den theoretischen Erwartungen nicht übereinstimmt. In den neuen Ländern erscheinen damit die Kirchen als die einzige der hier betrachteten Instanzen, die einem Durchschlagen der individuellen Arbeitslosigkeit auf die Wertvorstellungen entgegenwirkt.

#### *Ergebnisse zur Lebenszufriedenheit*

Die Funktion der Sozialisationsinstanzen als Puffer zwischen situativen Einflüssen und den Wertvorstellungen wird in den alten Ländern auch dann deutlich, wenn die allgemeine Lebenszufriedenheit anstelle der Arbeitslosigkeit als Indikator der individuellen Lebensbedingungen verwendet wird. Die Korrelation der Lebenszufriedenheit mit der Skala „Soziale versus liberale Werte“ ist bei Befragten ohne Kirchenbindung, bei potentiellen Nichtwählern und bei Befragten mit Hauptschulabschluß jeweils etwa doppelt so stark wie bei Kirchenverbundenen, potentiellen Wählern und Befragten mit mindestens Mittlerer Reife. Lediglich im Falle der Gewerkschaftsbindung scheint die Situation umgekehrt zu sein: Fehlende Bindung scheint dem Einfluß der Lebenszufriedenheit auf die Werte einen Riegel vorzuschreiben. Eine Betrachtung der Teilskalen zeigt jedoch, daß dies auf einem Vorzeichenwechsel des Zusammenhangs mit der Skala „Soziale Werte“ im nicht-signifikanten Bereich beruht. Bei den „Liberalen Werten“ sind die Relationen dagegen in der erwarteten Richtung, wenn auch nicht sehr ausgeprägt. Im ganzen sind dies deutliche Indizien dafür, daß die betrachteten gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen die Werte derjenigen, auf die sie Einfluß ausüben, von den individuellen Lebenssituationen partiell entkoppeln und so stabilisieren können.

In den neuen Ländern läßt sich derartiges nicht feststellen. Lediglich in einem einzigen Fall (Wahlbeteiligung) ist das Verhältnis der Koeffizienten zur kombinierten Werteskala wie erwartet: Bei potentiellen Nichtwählern ist der Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und Werten etwas stärker als bei potentiellen Wählern. Im Falle der Kirchen- und Gewerkschaftsbindung sowie der Bildung laufen diese Relationen den theoretischen Erwartungen zuwider: Die Wertvorstellungen bei Gebildeten sowie bei den Kirchen oder Gewerkschaften nahestehenden Befragten stehen in einem stärkeren Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit, als dies bei den jeweiligen Vergleichsgruppen zu beobachten ist. Eine sepa-

rate Betrachtung der beiden Wertebereiche bringt zwar einige Differenzierungen zutage, bestätigt jedoch das Gesamtbild, weshalb auf eine eingehendere Diskussion dieser Einzelergebnisse verzichtet werden soll.

Als Fazit dieser Ergebnisse, die hier nur global vorgestellt werden konnten, ist festzustellen, daß die gesellschaftlichen Wertvermittlungsinstanzen der Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und des Bildungssystems in den alten Ländern als wirkungsvolle Barrieren gegenüber situativ induzierten Veränderungen von sozialen und liberalen Werten funktionieren. Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben können bei denjenigen, die im Wirkungskreis dieser Institutionen stehen, weniger ausgeprägt auf die Wertvorstellungen einwirken. In Ostdeutschland zeigt sich ein derartiger Mechanismus bestenfalls im Ansatz. Der einzige deutliche Hinweis auf einen derartigen Effekt – die partielle Isolierung der sozialen Werte von der individuellen Arbeitslosigkeit bei vorhandener Bindung an die Kirchen – wird durch zahlreiche zuwiderlaufende Befunde relativiert. Eine Stabilisierung der sozialen und liberalen Wertvorstellungen durch die genannten Sozialisationsinstanzen findet in Ostdeutschland offenkundig nur in einem sehr beschränkten Umfang statt.

---

#### V. In welchem Ausmaß gehen die innerdeutschen Wertunterschiede auf situative Faktoren zurück?

---

Die Untersuchung kann sich nun wieder der zentralen Fragestellung zuwenden: Sind die Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich sozialer und liberaler Werte ein Reflex der unterschiedlichen Lebensbedingungen? Inwieweit steht also hinter dem stärkeren Liberalismus der Westdeutschen die Tatsache, daß diese mit ihrem Leben im großen und ganzen zufriedener sind? Und in welchem Maße verschafft sich in der stärkeren Unterstützung für soziale Werte in Ostdeutschland die hier sehr viel höhere Arbeitslosigkeit Ausdruck? Diese Fragen wurden auf zwei Wegen untersucht, die hier aus Platzgründen nicht detailliert nachgezeichnet werden können: Zunächst wurde eine Varianzzerlegung<sup>29</sup> und an-

---

<sup>29</sup> Mit dieser Methode wurde versucht herauszufinden, um welchen Anteil sich der Effekt der Region auf die Differenzen in den Wertorientierungen reduziert, wenn die individuellen Lebensumstände berücksichtigt werden.



schließlich eine Simulation ähnlicher Lebensumstände durch Gewichtung<sup>30</sup> durchgeführt.

Ergebnis der Varianzzerlegung ist, daß sich etwa ein Drittel der Unterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West in der Gewichtung sozialer und liberaler Werte auf die unterschiedliche Belastung durch Arbeitslosigkeit und die unterschiedliche Lebenszufriedenheit zurückführen lassen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die hier zum Einsatz gebrachte Methode, wenn immer möglich, einen Effekt der Lebenssituation konstatiert, mithin also die tatsächlichen Effekte in der Tendenz eher über- als unterschätzen dürfte. Damit ergibt sich klar, daß die situativen Faktoren bei der Interpretation der Unterschiede zwischen Ost und West mit berücksichtigt werden müssen: Die stärkere Wertschätzung der sozialen gegenüber den liberalen Werten in Ostdeutschland ist auch ein Reflex der stärkeren Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und der geringeren Lebenszufriedenheit – sie ist es jedoch nicht in der Hauptsache. Der größere Anteil des Ost-West-Unterschieds läßt sich nicht mit den hier berücksichtigten situativen Faktoren auf der individuellen Ebene verständlich machen und muß mithin von anderen Faktoren verursacht sein.

Die Simulation durch Gewichtung erbringt folgenden Befund: Wären Arbeitslosigkeit und Lebenszufriedenheit in ganz Deutschland auf dem derzeitigen Niveau Ostdeutschlands, so sanken die Unterschiede in den sozialen und liberalen Wertvorstellungen um zirka ein Fünftel, *ceteris paribus*. Dies zeigt sich bei den sozialen Werten etwas deutlicher als bei den liberalen. Der Unterschied in den sozialen Werten reduziert sich auf 80 Prozent des Ausgangsniveaus nach Angleichung der Arbeitslosigkeit und auf 76 Prozent durch Gewichtung der Lebenszufriedenheit. Dagegen verringert sich der Ost-West-Unterschied in den liberalen Werten kaum aufgrund angeglicherer Arbeitslosigkeit (auf 92 Prozent) und nur wenig mehr nach Simulation gleicher Lebenszufriedenheit (auf 85 Prozent).

30 Ein statistisch weniger rigoroses Verfahren, den Erklärungsbeitrag der situativen Faktoren zu schätzen, besteht darin, mit einer Gewichtungszurückführung der Lebensbedingungen in Ost und West zu simulieren. Dies geschieht im folgenden, indem der westdeutsche Datensatz so manipuliert wird, daß die Betroffenheit von der Arbeitslosigkeit und die Lebenszufriedenheit dem Niveau Ostdeutschlands entsprechen. Würden sich die Westdeutschen auch den sozialen Werten zu- und von den liberalen Werten abwenden, wenn sie häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und mit ihrem Leben weniger zufrieden wären?

Das Ausmaß, in dem sich die Abweichungen zwischen Ost und West reduzieren, ist bei diesem Verfahren geringer als bei den oben dargestellten Varianzanalysen, weil es von der Annahme absieht, daß im Zweifelsfall immer ein Effekt der Lebensbedingungen vorliegt. Die Beurteilung der unterschiedlichen Schätzungen hängt von der Einschätzung dieser Annahme ab, über die hier nicht abschließend entschieden werden kann, so daß kein definitiver Wert zu benennen ist. Mit diesen beiden unterschiedlichen Schätzungen ist aber ein Rahmen bestimmt, innerhalb dessen sich der wahre Wert wahrscheinlich befindet.

---

## VI. Zusammenfassung und Schlußfolgerung

---

Im Vorstehenden wurde gezeigt, daß sich individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und die allgemeine Lebenszufriedenheit auf die sozialen und liberalen Wertvorstellungen der Deutschen in Ost und West auswirken: In der einen oder anderen Art von Arbeitslosigkeit Betroffene denken sozialer, mit ihrem Leben Unzufriedene denken weniger liberal als der Rest der Bevölkerung. Dies bestätigt den Nutzen eines den Theorien Scott C. Flanagans entlehnten situativen Verständnisses der Formierung von Wertvorstellungen: Es ist nicht nur die Sozialisation, sondern auch die gegenwärtige Lage, von der bestimmende Einflüsse auf Werte ausgehen.

Ein Exkurs wies auf, daß diese Einflüsse kurzfristiger Faktoren auf die Werte dort besonders deutlich sind, wo gesellschaftliche Wertvermittlungsinstanzen keine Wirkungen zeigen konnten. So schirmt in den alten Ländern die Bindung an eine Kirche, an eine Gewerkschaft oder eine höhere Bildung die Wertvorstellungen in einem gewissen Maße gegen situative Einflüsse ab. In den neuen Ländern trat ein derartiger Effekt der gesellschaftlichen Sozialisationsinstanzen jedoch nicht in vergleichbarer Eindeutigkeit hervor. Offenkundig vermögen es diese Instanzen hier (noch) nicht, in ähnlichem Ausmaß stabilisierend auf Wertvorstellungen zu wirken. Dennoch fallen die Effekte der situativen Faktoren in Ostdeutschland insgesamt nicht stärker aus als in Westdeutschland.

Die hier aufgezeigten Effekte der situativen Faktoren erklären zu einem Teil die häufig als „innere Mauer“ bezeichneten Wertunterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West. Während die Bevölkerung Westdeutschlands liberalen Werten



deutlich höheren Rang einräumt als sozialen Werten, findet sich eine derartige Abstufung in Ostdeutschland nicht: Soziale Werte stehen in Ostdeutschland höher im Kurs als in Westdeutschland, liberale Werte niedriger. Diese Unterschiede gehen zu einem Teil darauf zurück, daß Ostdeutsche wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind und mit ihrem Leben im Durchschnitt etwas unzufriedener sind als Westdeutsche. Die stärkere Betonung sozialer Werte in den neuen Ländern ist also zu einem Teil als ein Signal aus einer derzeit stark belasteten Region zu verstehen. Dies bedeutet auch, daß von einer Angleichung der Lebensbedingungen – dem erklärten Ziel des „Aufbaus Ost“ – eine Annäherung der Wertvorstellungen erwartet werden könnte.

Die hier berücksichtigten situativen Faktoren erklären die Unterschiede in den Wertvorstellungen der Deutschen in Ost und West jedoch bei weitem nicht in umfassender Weise. Nach den verschiedenen Verfahren, den Erklärungsbeitrag der Arbeitslosigkeit und der Lebenszufriedenheit zu erfassen, läßt sich dieser etwa zwischen einem Drittel und einem Fünftel veranschlagen. Um diesen Anteil wären Ost und West in ihren sozialen und liberalen Wertvorstellungen also einander ähnlicher, wenn die individuelle Betroffenheit von der Arbeitsmarktsituation und die Lebenszufriedenheit auf einem vergleichbaren Niveau wären, *ceteris paribus*. Dies ist ein beachtlicher Erklärungsbeitrag, der aber gleichzeitig die Frage aufwirft, welche Faktoren für den verbleibenden (und größeren) Teil des Ost-West-Unterschieds ausschlaggebend sind. Hierzu bieten sich mehrere Hypothesen an.

- *Weitere situative Faktoren auf der Mikroebene:* Die Lebenssituation der Deutschen in Ost und West unterscheidet sich nicht nur hinsichtlich des Arbeitsmarktes, sondern in einer Vielzahl weiterer Bereiche, wie etwa dem Wohnungsmarkt, dem Einkommen, der Infrastruktur, der natürlichen und städtebaulichen Umwelt etc.<sup>31</sup>. Auch die Tatsache der Transformation selbst und die daraus resultierende „Unsicherheits-erfahrung“<sup>32</sup>, die sich nachweislich auf das Wohlbefinden auswirken<sup>33</sup>, könnten die Wertorientierungen beeinflussen.
- *Situative Faktoren auf der Makroebene:* Auch wer nicht selbst von einer bestimmten Lebens-

situation betroffen ist, könnte indirekt deren Auswirkungen auf die Wertvorstellungen unterliegen, wenn das weitere Umfeld überdurchschnittlich betroffen ist. Ein derartiger nicht nur nach der Theorie Flanagans plausibler Kontexteffekt könnte etwa darin bestehen, daß ein Wohnort in einer stark von Arbeitslosigkeit gezeichneten Region auch bei persönlicher Absicherung den Akzent auf soziale Werte verstärkt. Dabei sind sehr unterschiedliche Bezugskategorien derartiger Kontexteffekte denkbar: Ausschlaggebend könnte ein bestimmtes Wohnviertel sein, aber auch die höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland insgesamt. Immerhin fanden sich in einer anderen Untersuchung Hinweise darauf, daß die unterschiedlichen aktuellen Lebensbedingungen in Ost und West eine der Quellen einer spezifischen Identifikation als Ostdeutscher sind<sup>34</sup>. Wenn Lebensbedingungen in einer Region identifikationsstiftend wirken können, vermögen sie es mit hoher Wahrscheinlichkeit überdies, Wertvorstellungen zu prägen.

- *Spezifische Sozialisationseinflüsse:* Das politische und gesellschaftliche System der DDR proklamierte andere Wertziele als das der Bundesrepublik Deutschland. In den jeweiligen Systemen staatsnah sozialisierte Personen könnten die entsprechenden Wertorientierungen in besonders ausgeprägter Weise internalisiert haben. Zu suchen wäre also nach einer überdurchschnittlich sozialen Orientierung dieser Gruppen aus der DDR (vor allem also der ehemaligen Funktionsträger), aber auch nach einer überdurchschnittlich liberalen Orientierung der entsprechenden Gruppen in Westdeutschland. Dieser Ansatz leitet etwa die Analysen Rollers<sup>35</sup> zu den Bestimmungsgründen der Einstellungen zum Sozialstaat.
- *Globale Sozialisationseinflüsse:* Die unterschiedliche Wertbindung der beiden politischen Systeme könnte sich über den engeren Kreis der staatsnah sozialisierten hinaus auf die Wertvorstellungen der jeweiligen Bevölkerungen insgesamt ausgewirkt haben. Die Ost-West-Unterschiede wären dann als ein bevölkerungsweites Erbe der Teilung anzusehen. Dies ist der in der politischen Einstellungsforschung weithin favorisierte Erklärungsansatz.

31 Vgl. W. Zapf/R. Habich (Anm. 26).

32 Vgl. Lothar Fritze, Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27/95, S. 1–9.

33 Vgl. Th. Bulmahn (Anm. 26), S. 95 f.

34 Carsten Zelle, *Ostalgia? National and Regional Identifications in Germany after Unification*, University of Birmingham, Institute for German Studies (Discussion Papers No. IGS97/10).

35 Vgl. E. Roller (Anm. 2).



- *Innerdeutsche Abgrenzung*: Dieser Faktor könnte ergänzend zu einem der obengenannten hinzutreten. Wenn sich die Wahrnehmung eines Wertunterschieds mit einem abwertenden Urteil über den anderen Landesteil vermischt, erscheint es denkbar, daß das charakteristische Wertmuster zum Zwecke der Distinktion verstärkt wird. Da negative Stereotype eine Identifikation als Ostdeutscher begründen können<sup>36</sup>, liegt wiederum nahe, daß sie wertprägende Wirkungen haben können<sup>37</sup>.

Diese Vielzahl an potentiellen Erklärungsmöglichkeiten für die Wertunterschiede zwischen Ost und West bedeutet eine hohe Hürde für die abschließende Klärung der Ursachen. In dieser Situation verbietet es sich, Kausalzusammenhänge aus einer einfachen Gegenüberstellung der Regionen herzustellen<sup>38</sup> oder denjenigen Anteil eines Ost-West-Unterschieds, der sich nicht auf bestimmte Fakto-

ren zurückführen läßt, als Anzeichen eines globalen Sozialisationseffekts zu deuten<sup>39</sup>. Auch hier ist ein derartiger Umkehrschluß nicht möglich. Wenn in dieser Untersuchung also ein Teil der Unterschiede zwischen den Deutschen in Ost und West in der Gewichtung sozialer und liberaler Werte auf die Unterschiede in Arbeitslosigkeit und Lebenszufriedenheit zurückgeführt wird, muß offenbleiben, in welchem Ausmaß der verbleibende Teil dieser sogenannten „inneren Mauer“ auf darüber hinausgehenden Unterschieden in den individuellen Lebensbedingungen, auf Auswirkungen des gegenwärtigen Kontexts, auf der Sozialisation bestimmter Gruppen oder auf der globalen Sozialisation der Bevölkerung gründet und vielleicht durch das Bedürfnis nach innerdeutscher Abgrenzung verstärkt wird. Diese Studie leistet lediglich einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen: Die Wertunterschiede zwischen Ost und West spiegeln *unter anderem* die Unterschiede in den situativen Faktoren der Arbeitslosigkeit und der Lebenszufriedenheit wider.

<sup>36</sup> Vgl. C. Zelle (Anm. 33).

<sup>37</sup> Vgl. Thomas Gensicke, *Von der Transformation zur Integration. Die Ostdeutschen an der Schnittstelle zwischen individueller Anpassung und Vergesellschaftung im neuen Deutschland*, Dissertation an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer 1996.

<sup>38</sup> Vgl. U. Feist (Anm. 17).

<sup>39</sup> Vgl. K. Arzheimer/M. Klein (Anm. 8).



## Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe

### I. Über eine schwierige Annäherung

Mit der Wende hatten viele Menschen die erste Gelegenheit, den jeweils anderen Teil Deutschlands kennenzulernen. Interessiert und neugierig wurden die Lebensverhältnisse und Lebensgeschichten miteinander verglichen. Neben den unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen erschienen die kulturellen Differenzen für die individuelle Betrachtungsebene besonders augenfällig. Diese Unterschiede lösten auf beiden Seiten Irritation und Verwunderung, Überraschung und Enttäuschung, aber auch Ratlosigkeit und Ablehnung aus. Sie bremsen die euphorischen Erwartungen auf eine schnelle Überwindung der Teilung.

Auch die Frauenbewegungen in Ost- und Westdeutschland mühten sich um die Entdeckung von Gemeinsamkeiten und hofften auf einen Zuwachs an politischer Stärke und Ausstrahlungskraft durch frauenpolitischen Zusammenschluß. Es zeigte sich jedoch bald, daß der Vergleich der weiblichen Lebensentwürfe und der mit ihnen verbundenen politischen Konzeptionen kulturelle Unterschiede zutage förderte, die nicht nur als ein Gewinn angesehen werden konnten, sondern auch als eine Differenz. Klischees und wechselseitige Projektionen, die die Sicht aufeinander versperrten, waren das Ergebnis.

Die Wahrnehmung kultureller Differenzen zwischen Ost und West ist gewiß kein frauenspezifisches Problem, erfolgte aber – wie die Ergebnisse einer Zeitschriftenanalyse zeigen<sup>1</sup> – unter Frauen

1 Die empirischen Befunde, die in diesem Beitrag referiert werden, stammen weitgehend aus dem Projektbericht von Bianca Nellen-Brand/Bärbel Pukall/Barbara Siemers, „Schwesterlich find ich irgendwie doof“ oder: Das Verhältnis zwischen Ost- und Westfrauen im Spiegel der Zeitschriftenveröffentlichungen im Zeitraum von 1989–1993, in: Christine Eifler (Hrsg.), Kreuz und Quer, Ost-West-Erfahrungen, Köln 1994. In diesem Vergleich wurden 115 Artikel und Beiträge aus feministischen sowie frauenpolitisch interessierten und frauenpolitisch offenen Zeitungen und Zeitschriften aus Ost und West quantitativ und qualitativ ausgewertet, so u. a. Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Feministische

Studien, ifg-Frauenforschung, Emma, Argument, Mitbestimmung, Soziale Sicherheit, WSI-Mitteilungen, Der Spiegel, taz, Brigitte, Weitblick, Ypsilon. In dem angegebenen Zeitraum wurde eine Vielzahl von Beiträgen, auch Leserbriefe von Frauen aus Ost und West veröffentlicht, aus denen gängige Muster der gegenseitigen Wahrnehmung ableitbar sind. Im Folgenden wird nur ein Teil der Ergebnisse berücksichtigt, vor allem jener, der sich auf die wechselseitigen Klischees bezieht.

besonders intensiv. So urteilten *Westfrauen über Ostfrauen*: „DDR-Frauen sind selbstbewußt. Sie sind emanzipiert, aber in feministischer Hinsicht unterentwickelt.“ Ihnen mangelt es noch an der Fähigkeit, den „Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Gesellschaftsreproduktion wirklich radikal zu Ende zu denken“. Anderen Klischees zufolge sind ostdeutsche Frauen „angepaßt, biedere Muttis“, männerfixiert und kein bißchen radikal. Nicht besonders attraktiv, „ohne den nötigen Schick und naiv seien sie, außerdem zu sehr mit ihren Kindern beschäftigt“. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218 wurde die Ostfrau gar zur „Verräterin“ und erschien als „wehrloses Opfer der deutschen Vereinigung“. Fazit einer Westfrau: „Jede Französin, jede Italienerin, jede Frau aus einem westlichen Land ist mir näher, als eine Deutsche aus der DDR.“

Auch die *Ostfrauen* urteilten über *Westfrauen* nicht nur freundlich: „Westfrauen sind verwöhnte Luxusweibchen. Sie lassen sich von ihren Männern aushalten und sind unselbständig.“ Dennoch seien sie selbstsicherer. „Sie treten perfekter auf, sind rhetorisch gewandter und argumentieren nicht so zurückhaltend.“ Allerdings seien einige von ihnen „kinder- und männerfeindliche Karrierefrauen, die „arrogant, besserwischerisch und anmaßend“ gegenüber Ostfrauen auftraten.

Als Zusammenfassung der kulturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westfrauen sollte jener Witz dienen, der den Unterschied zwischen einer ost- und einer westdeutschen Frau, wenn sie abends nach Hause kommt, folgendermaßen charakterisiert: Die Frau aus dem Osten hat links an der Hand ein Kind, rechts eine Einkaufstasche, hinter sich einen harten Arbeitstag und vor sich

Studien, ifg-Frauenforschung, Emma, Argument, Mitbestimmung, Soziale Sicherheit, WSI-Mitteilungen, Der Spiegel, taz, Brigitte, Weitblick, Ypsilon. In dem angegebenen Zeitraum wurde eine Vielzahl von Beiträgen, auch Leserbriefe von Frauen aus Ost und West veröffentlicht, aus denen gängige Muster der gegenseitigen Wahrnehmung ableitbar sind. Im Folgenden wird nur ein Teil der Ergebnisse berücksichtigt, vor allem jener, der sich auf die wechselseitigen Klischees bezieht.



den Haushalt. Die Frau aus dem Westen hat links ein Hündchen, rechts das Handtäschchen, hinter sich einen schönen Tag und vor sich eine aufregende Nacht.

Es steht außer Zweifel, daß diese Klischees wenig geeignet sind, das unterschiedliche Leben von Frauen in Ost und West zu beschreiben. Aber ebenso deutlich ist, daß Unterschiede als Trennendes wahrgenommen und verstanden werden. Die zu konstatierende Heftigkeit des Streites im Ost-West-Gegensatz macht einige frauenspezifische Probleme deutlich. Es geht um die ganze Person, um das Auftreten von Frauen, um ihr Aussehen, ihr Reden und Denken, um die Art und Weise, wie sie mit *wem* zusammenleben, darum, ob sie Kinder haben, ob sie versöhnlicher gegenüber den Männern sind, und – nicht zuletzt – welche den konsequenteren feministischen Weg geht. Es gibt kaum ein Thema, das ausgelassen wird. Alles, was Frauen tun und sind, wird auf die Waagschale gelegt, beurteilt und bemessen. Es gibt keine Männergruppe, die in den Wogen der politischen Vereinigung auch nur annähernd ein ähnliches Verfahren bemüht hätte. Diskussionen über die Farbe ihrer Krawatten, die Anzahl ihrer Kinder, ihre Frauenfixierung und Attraktivität sowie über den Unterschied zwischen West- und Ostmännern waren für sie keine Voraussetzung, um politisch zu agieren.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Frauen zeigt sich, daß sie sich selbst immer als ganze Person sehen. Ihre Selbstveränderungen vollziehen sich in der Auseinandersetzung mit den gegebenen Verhältnissen, in Reibung mit den eigenen Wünschen und Erfahrungen, die immer auch mit Veränderungen der eigenen Lebensführung und des eigenen Selbstverständnisses verbunden sind. Politisierungen von Frauen führen zu weitreichenden lebensweltlichen, ganzheitlichen Veränderungen. Selbstveränderungen von Frauen schließen zwangsläufig die kritische Infragestellung der gängigen öffentlichen und „privaten“ Frauenbilder ein. In solchen Prozessen werden Gemeinsamkeiten unter Frauen zu einer kulturellen Ressource, die ihnen Orientierung und Sicherheit ermöglicht. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen zwischen ost- und westdeutschen Frauen zeigt zweierlei: Zum einen widerspiegelt sie die unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich die Frauen entwickelten, zum anderen dienen die Klischees einer Bekräftigung und Vergewisserung der eigenen Identität in Abgrenzung zu der der anderer.

## II. Ungleichzeitigkeit und Verschiedenheit von Erfahrungen

Aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse in vierzig Jahren getrennter Entwicklung in Ost und West wurden verschiedene Lebensgeschichten gelebt. Sie führten zu unterschiedlichen und ungleichzeitigen Erfahrungen ost- und westdeutscher Frauen – und Männer. Die *Situation von Frauen in der DDR* war wesentlich geprägt durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich aus der Politik zur „Lösung der Frauenfrage“ ergaben<sup>2</sup>. Frauen und Männer sollten gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen. Den Frauen wurden in der Verfassung die gleichen Bedingungen wie den Männern für ihre Entwicklung zugesichert: gleiche Bildung, gleiche Arbeit und gleiche Stellung zum Eigentum.

Lebenslang erwerbstätig zu sein war unter diesen Bedingungen für den übergroßen Teil der ostdeutschen Frauen selbstverständlich. Wie Männer arbeiten zu dürfen und arbeiten zu können war Ausdruck der gleichberechtigten Stellung der Frau in der Gesellschaft. Bereits Mitte der sechziger Jahre betrug der Beschäftigungsgrad der Frauen in der DDR 70 bis 80 Prozent, in den alten Bundesländern 1970 nur 30 Prozent.

Die Tatsache lebenslanger Erwerbstätigkeit hat das Selbstverständnis von DDR-Frauen nachhaltig geprägt: So äußerte eine Akademikerin, Jahrgang 1953, zwei Kinder: „*Also wer hier groß geworden ist, hat ganz selbstverständlich seinen Beruf ausgewählt. Da hatte ich auch gar keine Probleme, und es war völlig klar, daß ich den Beruf auch nachher ausüben will. Das hatte weniger mit finanziellen Aspekten zu tun, sondern weil ich überhaupt nicht auf die Idee gekommen wäre, nur zu Hause zu sitzen und Kinder großzuziehen. Also, diese Frage stand überhaupt nicht, die habe ich überhaupt nicht überlegt, genau wie sie sich ein Mann nicht gestellt hätte.*“<sup>3</sup>

„Mit Leistungen zu überzeugen“ war für Frauen ein wesentliches Motiv ihres persönlichen Einsatz-

2 Vgl. ausführlicher Christine Eifler, Identitätsbruch als Orientierungschance? Zu den Nachwirkungen der (auf)gelösten Frauenfrage in der DDR, in: Christine Kulke u. a. (Hrsg.), *Wider das schlichte Vergessen: Der deutsch-deutsche Einigungsprozeß. Frauen im Dialog*, Berlin 1992.

3 *Situation von Frauen im Transformationsprozeß. Transformationserfahrungen in Ostdeutschland. Ein Bericht des Projekts „Soziale Transformation in Deutschland“*, Universität Bremen, Fachbereich 8, 1994, S. 143.



zes. Dieser war bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben notwendig, vor allem wenn es um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familientätigkeit ging. Zum Selbstverständnis der DDR-Frauen zählte, Kinder zu haben, eine Haltung, die durch die Frauen- und Familienpolitik der DDR gefördert wurde. Die umfassenden sozialpolitischen Maßnahmen zielten dabei in erster Linie auf die Mütter, obwohl im Familienrecht auch die familiäre Verantwortung der Väter ausdrücklich betont wurde. Die entsprechenden Maßnahmen in der 40jährigen Geschichte der DDR reichten von finanziellen Vergünstigungen und Beurlaubungen bei Schwanger- und Mutterschaft über eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen mit Kindern, bezahlte Freistellung bei Krankheit des Kindes, Ehekredite, die durch Geburten „abgekündert“ werden konnten, und Arbeitsplatzgarantien bei Beurlaubung bis zum Ausbau eines umfassenden Kinderbetreuungssystems (Kinderkrippe, Kindergarten, Schulspeisung). Die Frauen erlebten eine Gesellschaft, in der die umfassende Fürsorge für sie und ihre Kinder betont wurde. Der Staat sorgte für die Rahmenbedingungen und propagierte, kinderfreundlich zu sein und alles für „seine Muttis“ zu tun.

Die umfangreiche Einbeziehung der Frauen in die Erwerbsarbeit hat in der DDR jedoch nicht zu einer gravierenden Veränderung des traditionellen Rollenbildes geführt. Hauptverantwortlich für die Familien waren die Frauen, von denen 75 Prozent der Haus- und Familienarbeit geleistet wurde<sup>4</sup>. Frauen glichen mit ihrer Mehrarbeit die Defizite aus, die es aufgrund der schlechten Infrastruktur sowie ungenügender Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs gab. Die umfassenden sozialpolitischen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Frauen ließen sie jedoch tendenziell zu unattraktiven Arbeitskräften werden, da die Ausfall- oder kürzeren Arbeitszeiten in angespannter wirtschaftlicher Situation für die Betriebe und Institutionen große Probleme mit sich brachten. So machten die Frauen die Erfahrung, doch nicht so gleichberechtigt zu sein wie Männer. Frauen hatten die gleiche Ausbildung, nicht selten die besseren Abschlüsse und Qualifikationen als ihre männlichen Kollegen, und dennoch zogen die Männer an ihnen vorbei.

4 Vgl. Siegfried Grundmann, Die Sozialstruktur der DDR, Wissenschaftszentrum Berlin, FS III 97–402, besonders S. 21, wo Grundmann auf der Basis von 1987 erhobenen Daten Ungleichheiten und Benachteiligungen von Frauen nachweist.

Die *Situation der Frauen in den alten Bundesländern* war durch andere Rahmenbedingungen bestimmt<sup>5</sup>. Die fünfziger Jahre sind durch ein traditionelles Familienleitbild und Wertekonservatismus geprägt. Das 1957 verabschiedete Gleichberechtigungsgesetz beinhaltete die normative Festlegung der Hausfrauenehe, in der die Erwerbstätigkeit der Frau nur mit Zustimmung des Ehemannes möglich war. Erst 1958 erfolgte die Aufhebung des sogenannten Stichtenscheids des Vaters in Erziehungsfragen, der den Vätern ein Recht auf letztgültige Entscheidungen in der Kindererziehung gesichert hatte. In den Gesetzesreformen zur Durchsetzung der im Grundgesetz zugesicherten Gleichberechtigung zeigte sich das staatliche Bemühen, „Ehe und Familie als ‚Grundpfeiler‘ des Staates zu bewahren und gegen Gleichberechtigungsbemühungen zu verteidigen“<sup>6</sup>. Erst mit dem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften in den sechziger Jahren setzte allmählich eine Modernisierung der staatlichen Frauenpolitik ein. Das sogenannte Dreiphasenmodell (Ausbildungs- und Berufseinstiegsphase, Familienphase, Wiedereingliederung in den Beruf) wurde zur Leitnorm einer familienorientierten Frauenpolitik. Am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre stand im Zusammenhang mit der sozialliberalen Reformpolitik die Chancengleichheit der Frauen im Bildungs- und Erwerbsbereich im Mittelpunkt. Nicht zuletzt als Reaktion auf die erstarkende Frauenbewegung wurden 1969 Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation getroffen, nichteheleiche Kinder wurden ehelichen gleichgestellt, die Hausfrauenehe als gesetzliche Norm wurde allerdings erst 1977 abgeschafft. Die Voraussetzungen für Frauen, auch außerhalb des familiären Rahmens tätig zu sein, wurden jedoch durch die sich verschlechternde ökonomische Lage wieder ungünstiger.

Vor dem Hintergrund dieser Frauenpolitik bildete sich – und darin besteht wohl ein wesentlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland – die neue Frauenbewegung heraus. Ihre zentralen Themen waren der Zusammenhang von Privatem und Politischem, die Bewußtwerdung der eigenen Diskriminierungserfahrungen in von Männern separierten Frauengruppen, neue politische Formen der Einmischung und ein feministisches Verständnis von Politik, die Kritik des herrschenden Wissenschaftsverständnisses und des Zusammen-

5 Vgl. Ute Gerhard, Die staatlich „institutionalisierte“ Lösung der Frauenfrage. Zur Geschichte der Geschlechterverhältnisse in der DDR, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 383.

6 Ebd., S. 392.



hanges von Gewalt und Sexismus. Mit Frauen über die eigenen Probleme zu reden und diese theoretisch zu durchdringen, sie als allgemeine Probleme von Frauen verstehen zu können, hat viel in Bewegung gebracht und zu einem neuen weiblichen Selbstbewußtsein geführt.

Mit der *Wende* im Herbst 1989 trafen nun Frauen aus Ost- und Westdeutschland aufeinander, die ganz unterschiedliche Erfahrungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld gesammelt und sich in anderen politischen Kontexten entwickelt hatten. Die ersten Schritte der sich entwickelnden ostdeutschen Frauenbewegung führten an die Runden Tische, an denen unter Zeitdruck die Positionen der Frauen verteidigt werden mußten, die durch die Neuordnung der Verhältnisse bedroht waren. Viele Frauen glaubten, daß es nun möglich sein würde, gerechtere und demokratische Lebensverhältnisse durchzusetzen – jenseits der Gängelei und Bevormundung in der DDR. Die Verbesserung der vorhandenen Kindereinrichtungen, und nicht deren Abschaffung, wollten sie ebenso wie die Einflußnahme auf Erziehungsziele und -formen. Der Wunsch nach Verbesserung der materiellen Situation, der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie nach Ausweitung eigener kultureller Freiräume bestimmten das Handeln von Frauen. Doch gelang es nicht, diese Positionen in praktische Politik umzusetzen.

Was hat sich für die Frauen in den neuen Bundesländern verändert? Fast alles. So äußerte eine Frau, Jahrgang 1955, Fachschulabschluß, zwei Kinder: „Die ganze Einstellung zum Leben ist anders geworden. Die Sicherheit, die man in der früheren DDR hatte, ist weg. Man hat eben Angst um seinen Arbeitsplatz, man hat Angst um seine Wohnung. Man hat mehr Angst, daß mit den Kindern das nicht so gerade geht, wie man sich das gerade wünscht. Früher war doch der Weg vorgezeichnet eben. Wenn man geheiratet hat, irgendwann hat man mal seine Wohnung bekommen, die Berufsausbildung, die Qualifizierung, man bekam sie eben, wenn man sich drum bemühte und nicht negativ auf der Arbeit auffiel.“<sup>7</sup> Diese Sicherheit gab es nach der Wende nicht mehr. Vieles, was bislang normal war, verschwand, wurde nicht selten von einem Tag auf den anderen außer Kraft gesetzt – auf der individuellen Ebene wie auf der gesellschaftlichen. Die bislang als selbstverständlich erlebte Berufsbiographie war von Arbeitslo-

sigkeit bedroht. Wie aus dem eben zitierten Text hervorgeht, wurden die neuen Verhältnisse als Bedrohung, die angst machen, erfahren. Individualisierung nach westlichem Vorbild und die bisher gewohnte Solidarität und soziale Anerkennung in den Arbeitskollektiven schienen den Frauen unvereinbar.

Was hatte sich durch die Wende für westdeutsche Frauen verändert – gemessen an dem, was ostdeutsche Frauen erlebten, nichts? Oder hatte sich doch etwas verändert? Unterschiedliche frauenpolitische Entwicklungen haben das Leben von Frauen in Ost- und Westdeutschland beeinflußt. Die Frauenpolitik der DDR setzte auf *Gleichheit*, verstanden als Anpassung an männliche Normen, und hier vor allem auf die Erwerbsarbeit bezogen. In der alten Bundesrepublik beförderte die Politik die *Differenz* zwischen den Geschlechtern und die damit verbundene klassische Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Erst die Frauenbewegung brachte Fortschritte bei der Gleichstellung und Anerkennung der spezifischen Interessen von Frauen. Die sozialpolitischen Maßnahmen in der DDR haben für die Frauen Möglichkeiten der Selbstbestimmung eröffnet, aber sie haben das Geschlechterverhältnis als ein Machtverhältnis nicht verändert. Frauen durften auch Männerarbeit verrichten. Männer mußten sich nicht verändern. Im Westen dagegen hat es durch die Frauenbewegung eine stärkere Veränderung auf der kulturellen Ebene gegeben, wodurch das Problem der notwendigen Veränderung der Geschlechterverhältnisse in das allgemeine politische Bewußtsein hineingetragen wurde.

Die hier nur grob umrissenen unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen, die verschiedenen Lebensgeschichten in Ost und West, die unter großem Einsatz von den Frauen gestaltet wurden, liefern die Erklärung für das Festhalten an den jeweiligen Erfahrungen, für Rechtfertigung und Verteidigung. Dieses Festhalten wird deshalb so intensiv betrieben, weil das Zusammentreffen unterschiedlicher Frauenkulturen ein neues Problem hervorbrachte, die wechselseitige Entwertung von Erfahrungen.

---

### III. Zur Entwertung von Erfahrungen

---

Die Hoffnung, voneinander zu lernen, aber auch Anerkennung von der jeweils anderen Seite zu erfahren, die ost- und westdeutsche Frauen nach

<sup>7</sup> Lisa Böckmann-Schewe/Christine Kulke/Anne Röhrig, Wandel und Brüche in Lebensentwürfen von Frauen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/94, S. 40.



der Wende hatten, wurde weitgehend enttäuscht. Das lag u. a. an den begrenzten Möglichkeiten, den Wert der Erfahrungen der jeweilig anderen Seite für das eigene Leben zu erkennen. Besonders in den zahlreichen persönlichen Begegnungen kam es zu Enttäuschungen. Die Erfahrungen der westdeutschen und ostdeutschen erwerbstätigen Frau und Mutter sind zu unterschiedlich:

Die erste hatte viel Kraft und Zeit in die Elternarbeit der Kinderläden gesteckt, um für sich Beruf und Kind vereinbaren zu können. In lang andauernden Diskussionen mußte sie sich mit Erziehungskonzepten auseinandersetzen, mit der Anmietung geeigneter Räume und der Suche qualifizierter Erzieherinnen beschäftigen. Entscheidungen über die Art der Ernährung mußten getroffen werden, auch darüber, welche Farbe die Wände der Räume haben sollten, oder darüber, ob die Erziehung eher weniger oder stärker antiautoritär ausgerichtet sein sollte. Und man mußte sich nicht nur immer wieder einigen, sondern auch noch einen großen Teil der praktischen Arbeit selbst leisten. Dazu kam die Erfahrung, daß ein Kind zu haben, nicht selten als „Privatvergnügen“ verstanden wurde – auch von Kolleginnen.

Sie traf nach der Wende auf die DDR-Frau, der ein großer Teil der Entscheidungen über Unterbringung, Ernährung, Erziehung und Bildung ihres Kindes vom Staat abgenommen worden war. Sie war davon ausgegangen, daß für ihr Kind in den entsprechenden Einrichtungen gut gesorgt sei, und sie hatte die Erfahrung, daß bei ihrem Ausfall ihre Kollegen und Kolleginnen für sie mitarbeiteten, wie sie es auch für andere tat.

Die erste war schockiert über das vermeintliche Desinteresse der ostdeutschen Frau, über ihren naiven Glauben an den Staat und seine Institutionen. Umgekehrt konfrontierte die Selbstsicherheit der Westdeutschen die Ostdeutsche mit Problemen etwa der Kinderbetreuung, mit denen diese sich so nie beschäftigt hatte.

Die jeweiligen Erfahrungen schienen von der jeweils anderen Frau entwertet zu werden. Jede Frau hatte unter großen Anstrengungen ihr Leben gemeistert und dennoch auf etwas Wesentliches verzichtet, was durch die Gegenüberstellung der Lebensentwürfe erfahrbar wurde. Es bleibt die Frage, wenn die Klischees nicht die andere Seite wiedergeben, was zeigen sie dann?

---

## IV. Wahrnehmungs- und Kommunikationsblockaden

---

In den konfrontativen Bewertungen der Frauen kommen Fremdprojektionen zum Ausdruck, etwa wenn ostdeutsche Frauen feststellen, daß die westdeutschen sie in ihren Reflexionen nicht mitbedenken würden. Die thematische Artikelauswertung der eingangs genannten Untersuchung ergab jedoch ein eher umgekehrtes Bild<sup>8</sup>. Demgegenüber verweist die Analyse der Themenprioritäten auf die Beschäftigung mit der jeweils eigenen Situation und mit den Erwartungen von Veränderungen nach der Wende bzw. Vereinigung.

Der Blick aufeinander war nicht ausreichend geschärft für die Neuartigkeit, Komplexität und Andersartigkeit der Fragestellung. Oft wurde übersehen, daß bei allen Unterschieden der Lebenslagen sich die Probleme der Frauen auch ähnelten. Lohnungleichheit, geschlechtliche Segmentierung des Arbeitsmarktes, Unterrepräsentation von Frauen in Leitungspositionen und in politischen Ämtern, überwiegend Verantwortung der Frauen für die Familienarbeit u. a. m. kennzeichneten die Struktur des Geschlechterverhältnisses in Ost- und Westdeutschland (nicht nur) vor der Wende. Durch die Wahrnehmung vor allem der Unterschiede und weniger der Gemeinsamkeiten wurde außer acht gelassen, was politisch engagierte Frauen wissen, selbst erfahren haben und personifizieren. In beiden Gesellschaften hatten Frauen Räume und Nischen ausfindig gemacht, die abhängig von der Generationszugehörigkeit, der sozialen Herkunft, dem Bildungsniveau, dem Territorium in der vierzigjährigen Geschichte eine differenzierte Entwicklung ermöglichten, und ohne die es weder hier noch dort Erfolge der Frauenbewegung gegeben hätte. Darüber tauschten sich die Frauen anfänglich kaum aus. Die Unfähigkeit, mit der Differenz zwischen der gesellschaftlichen Struktur und dem gelebten Leben und den daraus hervorgehenden Unterschieden umzugehen, war augenscheinlich. Im Westen gab es eine längere kontroverse Debatte um die Differenz zwischen Frauen, in deren Folge Unterschiede und Verschiedenheiten von Frauen Anerkennung und Akzeptanz fanden<sup>9</sup>, im Osten ein ausgeprägtes Drängen nach Einheitlichkeit, nicht im Sinne eines fälschlicherweise unterstellten Verständnisses von anonymer „Vermassung“, sondern im Sinne von

8 Vgl. B. Nellen-Brand/B. Pukall/B. Siemers (Anm. 1).

9 Vgl. den Beitrag von Gesine Spieß in diesem Heft.



Stärke. So zeigten sich ostdeutsche Frauen irritiert und enttäuscht über die zu geringe Zahl der Frauenbewegten im Westen und knüpften die Frage nach dem Erfolg der Frauenbewegung an eine Massenwirksamkeit, die ihren eigenen Aufgabenstellungen und Hoffnungen entsprach. Westdeutsche Frauen wiederum verbanden an den spontanen Aufbruch der Frauen im Osten im November 1989 Hoffnungen auf eine massenhafte Verbreiterung der Bewegung mit Ausstrahlung auf den Westen.

Einander widersprechende Vorstellungen gab es hinsichtlich der programmatischen Vorstellungen und der konkreten Wirklichkeit. Westdeutsche Frauen bewerteten bspw. bestimmte Entwicklungen der DDR-Frauenpolitik als Emanzipationsfortschritt. Das galt vor allem für die Frauenerwerbsarbeit, den vergleichsweise hohen Anteil von Frauen in der Wissenschaft und in technischen Berufen. Auch das Fehlen eines Frauenleitbildes, das sich ausschließlich auf die Mutterrolle der Frau reduzierte, wurde positiv bewertet und mit der Annahme verknüpft, die ostdeutschen Frauen hätten ein Frauenbewußtsein, das sich nahtlos in das eigene einfügen ließe. Vor dem Hintergrund solcher eher abstrakten Vorstellungen kam es bei den westdeutschen Frauen nach der persönlichen Begegnung zwangsläufig zu Enttäuschungen. So wurde u. a. den Ostfrauen das Festhalten am Zusammenleben mit Männern und Kindern als eine überkommene Orientierung an einem romantischen Lebensideal attestiert. Übersehen wurde dabei, daß diese sich selbstverständlich für ihre eigene materielle Absicherung verantwortlich fühlen und für sich selber sorgen (wollen)<sup>10</sup>.

Von ostdeutschen Frauen wurde demgegenüber übersehen und unterschätzt, daß sich die westdeutschen Frauen in ihren Partnerschafts-, in Arbeits- und politischen Beziehungen gegen große Widerstände durchsetzen mußten bzw. müssen. Diese individuellen Auseinandersetzungen um die Anerkennung der Interessen, Bedürfnisse, frauenspezifischen Themen und Darstellungsweisen haben das Frauenbewußtsein im Westen entscheidend mitgeprägt.

10 Die Reihenfolge der „Märkte“, durch die die eigene soziale und materielle Situation veränderbar wäre, lautet bei den Ost-Frauen: Arbeitsmarkt, mit großem Abstand folgt der „Heiratsmarkt“, dann der – „Geldmarkt“ (Ersparnisse, Erbschaften etc.). Bei den West-Frauen lautet die Reihenfolge: „Heiratsmarkt“, Arbeitsmarkt, „Geldmarkt“. Vgl. Eva Mäde/Claudia Neusüß, Frauen im Sozialstaat. Zur Lebenssituation alleinerziehender Sozialhilfeempfängerinnen, Frankfurt am Main – New York 1996.

---

## V. Ausblick

---

Die letzten Jahre haben trotz der beschriebenen Verständigungsschwierigkeiten zu vielen persönlichen Kontakten in politischen, professionellen und kulturellen Bereichen und zu neuen Erfahrungen geführt: Wenn sich etwa ostdeutsche Frauen in die Politik einmischen, so tun sie dieses „ausgesprochen selbstbewußt und stark“<sup>11</sup>. Sie bewegen sich nicht selten „selbstverständlicher“ im gesellschaftlichen Raum als westdeutsche Frauen und wagen sich kühn an scheinbar unlösbare Aufgaben und Projekte heran. Sie sind sich ihres Wertes bewußt, was sich aus ihrer vergleichsweise starken Stellung als Frau im Berufsleben und in der Familie in der DDR erklärt. Demgegenüber ist die Abwertung der Frau im Westen auch im Bewußtsein der Frauen selbst verankert, sie haben sie „viel stärker verinnerlicht . . . als wir uns dessen bewußt sind“<sup>12</sup>.

Ein wesentlicher Grund für unterschiedliche Erfahrungen ost- und westdeutscher Frauen ist das Fortbestehen der Uneinheitlichkeit der Lebensverhältnisse; zu den allgemeinen Ungleichheiten kommen frauenspezifische hinzu. Die sich in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung verschärfende geschlechtsspezifische Ungleichheit wird von einer komplizierten hierarchischen Differenz zwischen ost- und westdeutschen Frauen überlagert.

In diesem Konkurrenzverhältnis sind Frauen aus Ostdeutschland dann in der Regel unterlegen, wenn sie nicht bereit sind, sich den neuen (westdeutschen) Verhaltensnormen anzupassen, sondern sich wie zu DDR-Zeiten verhalten: ungeschützt, offen und solidarisch. Jene, die unter den neuen Bedingungen beruflich aufsteigen wollen, müssen ihre DDR-Sozialisation weitgehend abstreifen. Sie werden in Ostdeutschland nicht selten als „verwestlicht“ – also nicht mehr zur alten Gemeinschaft zugehörig – wahrgenommen. Dies ist ein Dilemma, da so die Impulse aus neuen Sozialisations- und Professionserfahrungen auf kleine Gruppen beschränkt bleiben. Der hohe Anteil Westdeutscher an der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite der Bundesrepublik Deutschland trägt auch nicht gerade zur Herausbildung eines neuen Selbstverständnisses – auch der Frauen – in Ostdeutschland bei.

11 Angelika Blickhäuser, Begegnungen, in: Chr. Eifler (Anm. 1), S. 13.

12 Ebd.



## Vater Staat und seine ungleichen Töchter

„Ich muß mich meiner vergewissern nach diesen Umbrüchen, damit es mir nicht ergeht wie der klugen Else aus dem Grimmschen Märchen. Sie muß, nachdem ihr Mann Vogelgarn mit Schellen über sie gehängt hat, die überall läuten und klappern, an ihn und sich die Frage stellen: Bin ich's oder bin ich's nicht?“<sup>1</sup>

Um Selbstvergewisserung geht es – auch in Zeiten des Umbruchs – in den Gesprächen über Gleichberechtigung der Frauen in Ost- und Westdeutschland. Nach acht Jahren deutscher Einheit werden dabei noch immer viele Unterschiede sichtbar. Die „ungleichen Schwestern“ hatten verschiedene Väter. Blicken wir zurück.

---

### I. Vater Staat im Osten – Vater Staat im Westen – ungleiche Schwestern

---

Der *Vater im Osten* sagte seinen Töchtern, was sie unter Gleichberechtigung verstehen sollten: „Ihr werdet genauso wie eure Brüder, gleich!“ Entsprechend richtete er alles ein: Kindergartenplätze für die „jungen Muttis“, Kommissionen, Organe, Frauenförderpläne. Vater Staat ließ sich die Gleichberechtigung – der Frauen – eine Menge kosten. Die Töchter waren dankbar, standen „ihren ganzen Mann“ (z. B. als Maschinist) und blieben trotzdem „richtige Frauen“, heirateten früh, bekamen Kinder und „vereinbarten“, ganz wie es der § 10 des (väterlichen) Familiengesetzbuchs vorgab, daß die Beziehungen der Ehegatten zueinander so zu gestalten seien, „daß die Frau ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren kann“.

Der *westliche Vater* hatte es schwer mit seinen Töchtern! Die pochten bereits im ersten Parlament auf Gleichberechtigung und ertrotzten den Artikel 3, Absatz 2 ins Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Doch dabei blieb es nicht. Die Töchter (bzw. Enkelinnen) gingen auf die Straße, machten die Gewalt der Männer an Frauen öffentlich und skandierten anrühige Sprüche wie

„Mein Bauch gehört mir!“. Beharrlich behaupteten sie, *das Persönliche sei politisch!* Frauenprojekte wurden gegründet und schließlich wurde selbst die Institutionalisierung von Frauenpolitik durchgesetzt: in Frauenbüros oder Gleichstellungsstellen. Den Worten von Vater Staat sollten endlich Taten folgen!

Die Frauen im Osten wußten wenig von ihren „Schwestern“ im Westen und umgekehrt. Mauern von Vorurteilen verhinderten den Austausch zwischen ihnen. Aber es gab immer einige, die diese überwinden wollten. Entsprechende Erfahrungen waren oft mit politischem Unbehagen verbunden. Der Grund dafür lag u. a. in der Doppelbödigkeit des Kontakts: Die im Osten dachten: „Ich bin arm, aber ehrlich, arbeite für eine gerechtere Sache“<sup>2</sup> – gleichzeitig guckten sie neidisch auf die Schwestern im Westen; und die fühlten sich „reich“ im Vergleich zu denen von „drüben“, sie waren zwar bei der Begegnung oft gerührt über die Gastfreundschaft der Schwestern, aber zugleich befremdet über viele ihrer politischen Äußerungen.

---

### II. Die Früchte der Gleichberechtigung

---

Verkürzt stellt sich die deutsch-deutsche Geschichte der Gleichberechtigung wie folgt dar: Während die Gleichberechtigung in der DDR „von oben“ mit hohem finanziellen Aufwand und mit Hilfe einer Vielzahl von Organen durchgesetzt und gewährt wurde, wurde das Verfassungsgebot der Gleichberechtigung in der alten Bundesrepublik von der Emanzipationsbewegung „von unten“ erkämpft<sup>3</sup>.

Das Konzept der Gleichberechtigung in der DDR war aus einem Guß und erzielte einen deutlichen Vorsprung (zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf) gegenüber dem Westen. Was die westdeutsche Frauenbewegung u. a. erreichte, war eine neue politische Aufmerksamkeit für die Frau.

<sup>2</sup> Ebd., S. 13 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Rainer Geißler, Soziale Ungleichheit zwischen Frauen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B14–15/91, S. 23.

<sup>1</sup> Annette Simon, Versuch mir und anderen die ostdeutsche Moral zu erklären, Gießen 1996<sup>2</sup>, S. 2.



Fragen der Macht und des öffentlichen Raums wurden ebenso thematisiert wie solche des Körpers, der Erziehung, der Sprache und des Bewußtseins. Frauenhäuser, Notrufe, Selbsthilfegruppen sowie Buchläden und Cafés von und für Frauen oder Computerkurse für Mädchen und schließlich ein flächendeckendes Netz von Frauenbeauftragten sind praktische Ergebnisse der westdeutschen Frauenpolitik.

Der *Mann* auf der Straße, in Politik und Wirtschaft wurde von dieser Bewegung jedoch wenig erfaßt. Der gewünschte Umbruch blieb aus. Die Ungleichheit im Verhältnis der Geschlechter hatte nach wie vor System; doch hatte die Blindheit dafür aufgehört.

Und „drüben“? – Die *Gleichberechtigungspolitik in der DDR* ermöglichte es den Frauen, Beruf und Familienarbeit zu verbinden. Zum Alltag gehörten u. a. die flächendeckende Kinderbetreuung, zahlreiche Dienstleistungen, Kommissionen, politische Beschlüsse, Frauenförderpläne usw. (von vielem konnten Frauen im Westen nur träumen). Die Frauen fühlten sich gleichberechtigt, sie hatten den gesellschaftlichen Rückhalt; die Gleichberechtigung der Frau war in der DDR ein anerkannter Wert.

Der *sozialistische Mann* war davon allerdings kaum betroffen, er war weder gleichberechtigt noch hatte er die gleichen Pflichten. Trotz Gleichstellungsvorsprung hatte die Ungleichheit der Geschlechter System, aber ein Bewußtsein dafür gab es in der DDR nicht.

*Erstes Fazit:* Während der im Westen „von unten“ kontrovers geführte Kampf um die Gleichberechtigung vorrangig auf der Ebene des Bewußtseins erfolgreich war, ohne relevante praktische Veränderungen zu erzielen – eine Umverteilung von Macht, Arbeit und Finanzen zwischen den Geschlechtern fand nicht statt –, führte die im Osten von oben eingeführte Gleichberechtigung vorrangig zu praktischen Erfolgen – ohne tiefgreifende Veränderungen auf der Ebene des Bewußtseins.

---

### III. Verständigung im Sog der binären Ost-West-Opposition

---

Heute haben wir *einen* Vater Staat. Die Wende hat nach einer 40jährigen Entwicklung eines demokratischen und eines sozialistischen Systems den „*Großversuch in Sachen Geschlechterverhältnis*“

beendet; doch wirkt dieser bis heute<sup>4</sup>. Der „real existierende Sozialismus“ ist nicht über Nacht versunken, und die Einigung bedeutet nicht die Stunde Null. Doch während für die einen die gesellschaftlichen Verhältnisse im wesentlichen gleichgeblieben sind, hat sich für die anderen alles verändert: „*Nach der Wende war es für mich, als wenn ich von heute auf morgen in Indien zurechtkommen müßte.*“ (Leiterin des Erfurter Studentenwerks, 1996) „*Ich bewege mich wie in einem fremden Land, muß die Sprache lernen, und alles ist für mich unbekannt. Ich lese und merke, ich habe nichts verstanden.*“ (Studentin 1997)

Solche Sätze spiegeln den Schock über den radikalen Wechsel wider. Davon ist im Westen nichts zu spüren. Der „Kulturschock Deutschland“<sup>5</sup> ist offensichtlich „ostlastig“.

Das Gedankenmodell des Kulturschocks sieht fünf Phasen vor; die Entwicklung der Beziehungen der ost- und westdeutschen Frauen seit der Wende könnte danach wie folgt aussehen:

1. Nach dem Mauerdurchbruch begegnen sich die Frauen *euphorisch*, sind offen und helfen einander; zahlreiche Frauenprojekte werden in dieser ersten Phase mit westlicher Hilfe und nach westlichem Vorbild gegründet.
2. In der zweiten Phase wird der Kontakt schwieriger; die andere Sprache, die unterschiedlichen Auffassungen zur Gleichberechtigung *befremden* beidseitig.
3. Es kommt zu gegenseitigen *Schuldzuweisungen*, die in der dritten Phase z. T. eskalieren („Ihr ward nicht wirklich gleichberechtigt.“ – „Ihr seid männerfeindlich.“); die eigene Kultur wird überhöht, die fremde mehr oder weniger offen negativ bewertet.
4. In der vierten Phase werden die kulturellen Unterschiede und die Konflikte auch als *Mißverständnisse akzeptiert*.
5. Und in der fünften Phase der *Verständigung* werden die unterschiedlichen Spielregeln verstanden, erlernt und geschätzt.

Die Frage, in welcher Phase wir uns derzeit befinden, wird unterschiedlich beantwortet. Was das Modell ausblendet ist, daß die deutsch-deutschen Beziehungen (auch der Frauen) von einer offenen

4 Vgl. Gesine Spieß/Cilly Rentmeister, Politische Frauenbildungsarbeit am Beispiel Thüringens. Theorie – Praxis – Perspektiven. Studie der Böll Stiftung, Erfurt 1997.

5 Wolf Wagner, Kulturschock Deutschland, Hamburg 1996.



und verdeckten Hierarchie überlagert werden, die in den neuen Ländern oft thematisiert wird:

Die gesellschaftlichen Normen werden im Westen gesetzt, der Osten gilt als das „Andere“ in bezug zum Westen. Innerhalb dieses Bezugsrahmens müssen sich auch die Frauen aus den neuen Bundesländern als „die Anderen“ erfahren, die an den Frauen im Westen gemessen werden<sup>6</sup>. Diese Ungleichheit behindert die Verständigung. Die im Westen fühlen sich merkwürdig über- und die im Osten wieder einmal unterlegen.

Das Gegensatzpaar Ost – West mit den alten Schubladen „Wir hier/Die da drüben“ übt nach wie vor einen mächtigen Sog aus. Natürlich gibt es aufgrund der anderen gesellschaftspolitischen Vergangenheit tiefgreifende Unterschiede; aber nicht jede Differenz darf auf den Ost-West-Gegensatz bezogen werden; die meisten Unterschiede haben andere Ursachen.

Das *zweite Fazit* lautet daher: Nach der „Einheit“ blieb die (teils verdeckte, teils offene) hierarchische Differenz zwischen den ungleichen Schwestern bestehen und wurde durch den „Kulturchock“ verstärkt. Das ‚Wir in den alten‘ und das ‚Ihr in den neuen Bundesländern‘ schuf Einheiten, die es in dieser Ausschließlichkeit nicht gibt. Frauen, ob in den alten oder neuen Bundesländern, waren und sind keine ‚einheitliche Gruppe‘, sondern Menschen mit sehr verschiedenen Vorstellungen – auch hinsichtlich der Frauenpolitik.

---

#### IV. Differenz oder Gleichheit?

---

„Frauen gemeinsam sind stark“ war die Behauptung der siebziger Jahre und wurde zur Ausgangsidee des Kampfes um gleiche Rechte. Das führte u. a. zur selbstbestimmten Absonderung der Frauen. Frauen wollten eigene Räume, eine eigene Sprache entwickeln und eigene politische Strategien verfolgen. Die Differenz (zum Mann) wurde zu einem Wert erklärt und das Konzept der Gleichheit bestritten. In den achtziger Jahren wurde die These aufgestellt, daß es die Groß-

6 Die Stellung der Frauen im Osten steht in einem *relativen Verhältnis zur absoluten* Stellung der Frauen im Westen (das Verhältnis gleicht damit dem zwischen Männern und Frauen, wie es Simone de Beauvoir 1949 in ihrem für die Frauenbewegung grundlegenden Werk „Le Deuxième Sexe“ – in der deutschen Übersetzung „Das andere Geschlecht“ – definiert hat).

gruppe „Frauen“ nicht gibt, sondern daß Frauen sehr verschieden sind. Sie beeinflusst bis heute den Streit um Gleichheit und Differenz.

*Drei grundsätzliche Konzepte* zur symbolischen und materiellen Gerechtigkeit werden daher kontrovers diskutiert: einerseits das der Gleichberechtigung mit der von Frauen beanspruchten Gleichheit, andererseits das der sogenannten rekonstruktivistischen Differenz, das von der grundlegenden Ungleichheit der Geschlechter ausgeht sowie von einer Weiblichkeit als essentiellen Wert. Die Idee der Geschlechtergleichheit wird abgelehnt. Das dritte Konzept der „dekonstruktivistischen Differenz“ will die sozial hergestellten Konstruktionen „männlich/weiblich“ dekonstruieren und ein neues „Denken jenseits der Eindeutigkeiten von Geschlechterkategorien“<sup>7</sup> entwickeln. Das von Frauen für sich bisher reklamierte „Gemeinschaftsstiftende“ wird zerstört, und die Differenzen auch zwischen Frauen werden offengelegt. Die rekonstruktivistische Position wird abgelehnt.

Dieser Streit wurde in der DDR so nicht geführt. Hier wurden vor allem einheitliches solidarisches Handeln und Denken geübt. In der sozialistischen Tradition wird das Denken in Differenzen in der Regel als „spalterisch“ und destruktiv wahrgenommen. Daher trifft die Differenzdebatte in Ostdeutschland auf eine völlig andere Tradition, mit Differenzen umzugehen.

Das *dritte Fazit* lautet: Der im Westen entwickelte Differenzstreit wird auf der Grundlage sozialistischer Tradition abgelehnt oder umgedeutet. Das bipolare Denken in Ost-West-Kategorien verhindert das Denken von vielen Differenzen und die konzeptionelle Weiterentwicklung von Chancengleichheit.

---

#### V. Gretchenfrage: Mit Männern oder ohne Männer?

---

Während ostdeutsche Frauen es aufgrund ihrer DDR-Erfahrung gewöhnt waren, gesellschaftliche Veränderung mit Männern zu denken, beruhen westliche Emanzipationskonzepte u. a. auf Geschlechtertrennung. Die von Frauen gewünschte „Separierung“ muß im Osten neu legitimiert wer-

7 Christina Thürmer-Rohr, Denken der Differenz. Feminismus und Postmoderne, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, 18 (1995) 39, S. 89.



den. „Ohne Männer“ wird hier unwillkürlich übersetzt in „gegen Männer“; und das will keine<sup>8</sup>.

Allerdings ist der Streit um die Frage: „Mit Männern oder ohne Männer“ älter als der Wende-Konflikt. Die Diskussionen über die Frage, ob das Geschlechterverhältnis dem Haupt- oder Nebenwiderspruch zuzuordnen sei, waren endlos und heftig. Der Hauptwiderspruch, so wurde gelehrt, besteht „zwischen Kapital und Arbeit“, der Nebenwiderspruch ist der zwischen Frauen und Männern. Patriarchalische Machtverhältnisse, so sagten die einen, müssen im Zusammenhang mit dem Kapitalismus gesehen werden; ist der überwunden, löst sich die Geschlechterfrage auch. Die autonomen Feministinnen beharrten dagegen, die Geschlechterfrage hat eine eigene Dimension: das Patriarchat ist eine der festen Säulen im Kapitalismus. Er baut darauf auf, daß Frauen durch ihre unbezahlte Familien- und Beziehungsarbeit die bezahlte Arbeit der Männer ermöglicht. Außerdem, die Gewalt von Männern gegen Frauen ist klassenübergreifend.

Die einen wollten die Gleichberechtigung nur mit Männern lösen, die anderen wollten sie auch (wenn es sein müßte) gegen die Interessen von Männern durchsetzen. Die wechselseitigen Vorwürfe bewegten sich lange Zeit nach dem Muster: „Ihr paßt euch den Spielregeln der Männer an!“ – „Ihr seid männerfeindlich“. – Ebenso heftig können noch heute die Kontroversen sein zwischen den Frauen, die in Institutionen für die Chancengleichheit kämpfen, (also natürlich auch mit Männern) und denen, die sich autonom in Frauenprojekten für Frauenrechte einsetzen. Treffen diese Frauen zusammen, wird das alte Muster wieder aufgelegt; der Vorwurf der Komplizinnenschaft (mit der männlichen Macht) trifft auf den Vorwurf der Männerfeindschaft und der Traamtänzeri.

8 An dieser Stelle drängt sich ein Widerspruch auf: Obgleich die Frauen in der DDR ökonomisch unabhängig waren, sich häufiger als ihre Schwestern im Westen scheiden ließen, außerdem gewöhnt waren, die Verantwortung für sich und ihre Kinder zu übernehmen, und sich ihrer Leistungen und ihres Werts durchaus bewußt, also selbstbewußt waren, sind sie es doch, die immer wieder die Gemeinsamkeit mit den Männern nahezu beschwören.

---

## VI. Die Synthese

---

Die Frage, wie Gerechtigkeit herzustellen ist, ist bis heute offen. Nur eins scheint sicher: Die Alternative, etwas „mit Männern“ oder „ohne Männer“ zu bewegen, ist ein falsches Entweder-Oder.

In der praktischen Arbeit für die Gleichberechtigung wird ohnehin eine Synthese gebildet aus dem Sicheinfügen und dem Sichwidersetzen. So wird frauenpolitische Praxis erfahrungsgemäß von drei konzeptionellen Säulen gleichermaßen getragen:

1. Die *Gleichberechtigungsidee* schafft(e) die Bedingungen dafür, daß Frauen heute in dieser Welt (neben Männern und ohne Männer) ihren Platz einnehmen.
2. Der gleiche Platz neben Männern erfordert den selbst-bewußten *Separatismus*, um eigene Maßstäbe zu bilden.
3. Die *Differenzidee* muß auch Frauen einschließen – ihre unterschiedliche Stellung in der Welt und ihre unterschiedlichen Interessen –, um nicht selbst einem Universalitätsanspruch und dem damit verbundenen Ausschluß des Anderen zu unterliegen.

Die Konzepte von Gleichheit und Differenz ergänzen sich. Und in Wende- bzw. Umbruchzeiten sind neben den aufgeführten Gefahren der Verzerrung und der Behinderung des Denkens auch Chancen enthalten. Indem zwei Kulturen sich „kreuzen“, werden gewohnte frauenpolitische Begriffe und Handlungen in Frage gestellt, der Systemvergleich fordert praktische Ideologiekritik heraus und eröffnet zugleich neue Wege der Erkenntnis.

Um auf das Eingangsbild zurückzukommen: Wir sollten uns wie die „kluge Else“ selbst Schellen anhängen und die Frage, wer wir sind, neu stellen. Die neue Selbstvergewisserung baut falsche Gegensätze, aber auch falsche Einheiten ab – sie läßt Differenzen zu.



## **Lothar Probst: Ost-West-Differenzen und das republikanische Defizit der deutschen Einheit**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 3–8

Aus einer verkürzten westlich-liberalen Perspektive, die für bundesrepublikanische Intellektuelle in den letzten drei Jahrzehnten mehr und prägend geworden ist, erscheint sowohl das in der friedlichen Revolution von 1989 artikulierte „Wir sind ein Volk“ als auch das jetzt von vielen Ostdeutschen geäußerte „Unbehagen in der Einheit“ als Relikt eines überschüssigen Gemeinschaftsdenkens, das in den antiliberalen Traditionen deutscher politischer Kultur verwurzelt ist. Der Topos von der „inneren Einheit“ wird in diesem Zusammenhang als eine schädliche Denkfigur angesehen, die der notwendigen politischen und sozialen Ausdifferenzierung im Prozeß der deutschen Einheit eher im Wege steht als ihr nützt. Eine solche Position verfehlt jedoch die spezifische Qualität des ostdeutschen Aufbruchs, weil sie weder einen Zugang zu den Quellen der erfolgreichen Herbstrevolution noch zu den Verlusterfahrungen, die die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger im Zuge der Anpassungsleistungen an die Mechanismen einer modernen Ökonomie machen, ermöglicht.

Freundschaften, Familienbeziehungen und interpersonale Netzwerke als wichtige Bestandteile der ostdeutschen Alltagskultur konnten unter den spezifischen Bedingungen der DDR-Diktatur nicht nur die soziale Kohäsion der Gesellschaft gegenüber den spaltenden Tendenzen des politischen Systems stärken, sondern in einem günstigen historischen Moment auch ein kritisches Potential entfalten, ohne das die Herbstrevolution 1989 nicht denkbar gewesen wäre. Die Bedrohung und der Zerfall dieser von unten geschaffenen „kommunitären“ Alltagskultur durch die Implementierung der Imperative des Marktes und der daraus folgenden funktionalen Interessendifferenzierungen hat unter einem Teil der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger Abwehrhaltungen ausgelöst, die nicht einfach als „vormodern“ und „rückwärtsgewandt“ qualifiziert werden können. Auch in den ausdifferenzierten „modernen“ Gesellschaften des Westens hängt die politische Stabilität und die Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen in einem hohen Maße davon ab, welche Stützung „Freiheit als erste Grundrechtstitel einer republikanischen Verfassung“ durch diejenigen zivilen und interpersonalen Gruppen, Gemeinschaften, Vereinigungen und Netzwerke erfährt, die nicht dem Kalkül einer ökonomischen oder politisch-instrumentellen Rationalität unterworfen sind. Vor diesem Hintergrund könnten die ostdeutschen Gemeinschaftserfahrungen sogar eine wichtige Quelle der Inspiration für eine gemeinsame republikanische Binnenidentität des staatlich vereinten Deutschland sein.

## **Detlef Pollack/Gert Pickel: Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 9–23

Auch wenn die materielle Vereinigung im Laufe der letzten acht Jahre bedeutende Fortschritte gemacht hat, vollzieht sich die Herstellung der inneren Einheit nach wie vor sehr viel langsamer. Noch immer ist die Bewertung der Leistungen der Demokratie, der politischen Institutionen und ihrer Vertreter im Osten Deutschlands deutlich schlechter als im Westen. Die dominante Erklärung für die Unterschiede im Niveau der Akzeptanz der politischen Ordnung der Bundesrepublik greift auf die Sozialisationsthese zurück. Aufgrund der sozialistischen Prägung in den Jahren des Bestehens der DDR seien die Ostdeutschen auch acht Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch nicht in der Lage, die Demokratie in gleichem Maße wie die Westdeutschen zu akzeptieren, die mehrere Jahrzehnte Zeit gehabt hätten, die Funktionsprinzipien des westlichen Systems zu verinnerlichen.

Dies scheint kaum überzeugend, denn nachdem die DDR fast zehn Jahre nicht mehr existiert, wird man die heutigen politischen Einstellungen nur schwer auf sozialisatorische Prägungen zurückführen können, die inzwischen durch weitaus nachhaltigere neue Erfahrungen überlagert worden sind. Diese neuartigen Erfahrungen mit dem westlichen System sind es – so lautet die These –, die die heutigen Einstellungen zu Demokratie und Politik vor allem prägen. Ein Einfluß sozialistischer Prägungen ist damit nicht gänzlich bestritten. Wir gehen aber davon aus, daß die unmittelbaren Folgen der Vereinigung und deren subjektive Verarbeitung, etwa die wirtschaftliche Lage, das subjektive Gefühl der Benachteiligung oder die Fremdheit gegenüber den Landsleuten im anderen Teil Deutschlands, heute in höherem Maße als die sozialisatorischen Prägungen die Bewertung der Demokratie und der politischen Institutionen der Bundesrepublik beeinflussen.



## **Carsten Zelle: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 24–36

In den acht Jahren deutscher Einheit (und in den acht Jahren innerdeutsch vergleichender empirischer Sozialforschung) wurde wiederholt festgestellt, daß die Deutschen unterschiedliche Akzente hinsichtlich bestimmter Wertorientierungen setzen. Gleichzeitig kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Lebensumstände in Ost- und Westdeutschland – trotz aller Bemühungen um den „Aufbau Ost“ – in erheblichem Maße voneinander abweichen.

In der vorliegenden Untersuchung wird der Frage nachgegangen, ob zwischen dieser subjektiven und der objektiven Abweichung von dem Ideal der „inneren Einheit“ ein Zusammenhang besteht. In welchem Maße sind also die Unterschiede in Wertorientierungen der Deutschen in Ost und West auf Unterschiede in der jeweiligen Lebenssituation zurückzuführen? Anders ausgedrückt: Wären die Unterschiede in den Wertvorstellungen der Deutschen weniger ausgeprägt, wenn die Lebensbedingungen ähnlicher wären? Wäre bei einer Angleichung der Lebensbedingungen mit einer Annäherung der Wertvorstellungen zu rechnen, bei einer unterschiedlichen Entwicklung dagegen mit einem Auseinanderdriften?

Diese Fragen richten sich auf das Potential situativer Faktoren für die Erklärung dessen, was gemeinhin als „innere Mauer“ bezeichnet wird. Damit ist ein Erklärungsansatz angesprochen, der in einem großen Teil der Literatur über verschiedenste Arten von Einstellungsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen auf eine Nebenrolle verwiesen blieb. Die Untersuchung versteht sich somit als ein Gegenpol zu der Standarderklärung von Einstellungsdivergenzen durch die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen in der DDR bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Den konkreten Untersuchungsgegenstand bildet das unterschiedliche Gewicht, das Deutsche in Ost und West auf soziale und auf freiheitliche Werte legen. Als situative Erklärungsfaktoren werden die – differenziert erfaßte – Betroffenheit von Arbeitslosigkeit sowie ergänzend die Lebenszufriedenheit betrachtet.

## **Christine Eifler: Die deutsche Einheit und die Differenz weiblicher Lebensentwürfe**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 37–42

Der Beitrag befaßt sich mit den Schwierigkeiten der Annäherung zwischen ost- und westdeutschen Frauen nach der Wende. Es werden die Klischees analysiert, mit denen die Frauen die jeweiligen kulturellen Unterschiede und Differenzen zu fassen suchen. Die dabei aufscheinende Ungleichzeitigkeit und die Verschiedenheit der Erfahrungen lassen sich aus den unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen der Frauen in der DDR und in der alten Bundesrepublik erklären. Kommunikationsschwierigkeiten zwischen ost- und westdeutschen Frauen verweisen darauf, daß die Frauen die Gespräche als Entwertung sowohl der jeweiligen frauenpolitischen Entwicklung als auch der individuellen Lebensentwürfe erlebt haben bzw. immer noch erleben. Die Wahrnehmungs- und Kommunikationsblockaden werden an den jeweiligen Selbstbildern und Fremdprojektionen untersucht, und es wird der Frage nachgegangen, ob die Abgrenzungen überwunden werden können.

## **Gesine Spieß: Vater Staat und seine ungleichen Töchter**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 41–42/98, S. 43–46

„Die ungleichen Schwestern“ in den neuen und alten Bundesländern haben einen jeweils völlig anderen „Vater Staat“ als sozialpolitischen Erfahrungshintergrund. Während im Westen in dem „von unten“ geführten Kampf um Gleichberechtigung teilweise widersprechende Gedanken- und Handlungsmodelle entwickelt wurden, war das im Osten „von oben“ gewährte und durchgesetzte Gleichberechtigungskonzept aus einem Guß.

Das Zusammentreffen der unterschiedlichen Handlungs- und Begriffskonzepte zur Gleichheit und Differenz nach der Wende birgt für die Praxis und Theorie der Geschlechtergerechtigkeit Behinderung und Chance gleichermaßen: Einerseits verhindert das alte und neue bipolare Denken in Ost-West-Kategorien die Differenzierung, andererseits ermöglichen Kulturschock und Systemvergleich die frauenpolitische Ideologiekritik und eine ungewohnte emanzipatorische Selbstvergewisserung.